blätter des iz3w

Nr. 19 Okt. 72

Herausgeber : Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Lorettostr. 2o a, Tel. 71o28, App. 29

Zusammengestellt und herausgegeben von : S.Bartels, G.Cremer, E.-H.Flammer, J.Geue, F.Hemmerich, H.Pöttker, B.Mellein, P.Riedesser, B.Sandbothe, G.Stingl, B.Stein, L.Teubner, R.Verhülsdonk, W.Witzel, W.Zirke <u>Konten :</u> Bank für Gemeinwirtschaft, Freiburg, Nr. 1.o22.623.3; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ : Postscheckkonto Basel 4o-35899 (G.Stingl); Preis des Jahresabonnements : DM 15,-

FÖRDERKREIS des izЗW wozu?

Zu unserer Detailplanung für die nächste Zeit gehören u. a.:

- die Veröffentlichung von zwei Büchern und mehreren Broschüren,
- Vorbereitung und Durchführung des Portugaltribunals,
- die Verstärkung der materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegungen,
- die Verbesserung der Koordination unter den Dritte-Welt-Gruppen,
- die Anpassung unseres Apparates an die wachsenden Aufgaben.

Diese Arbeit wird im Wesentlichen durch Spenden ermöglicht, die allerdings nur sporadisch eintreffen und deren Beschaffung zusätzliche Arbeitsbelastung verursacht.
Unsere Organisation hat inzwischen eine Größe erreicht, die es nicht mehr erlaubt, von zufälligen Spenden und Zuschüssen staatlicher und kirchlicher Institutionen abhängig zu sein.

Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und neben den schon jetzt laufenden großen Projekten und Ausgaben eine langfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch den Beitritt zum

Förderkreis des Informationszentrums Dritte Welt.

Nur einplanbare Beiträge werden unsere Unabhängigkeit und eine freizügige Planung garantieren können.
Wir appellieren besonders an Mitarbeiter und Sympathisanten politischer Gruppen, die an eigenem zeitlichem Einsatz für Dritte-Welt-Arbeit verhindert sind, die aber durch ihren finanziellen Beitrag in Höhe von 1 bis 3% ihres Monatseinkommens oder mindestens 5,- DM monatlich die Weiterführung unserer Arbeit ermöglichen wollen.

Organisatorisches

Neues Versandsystem - Vorausbezahlung

In obiger Aufstellung ist ersichtlich, seit wann Sie die "blätter" abonnieren, wieviel Sie bisher bezahlt haben, wieviel noch aussteht bzw. bis wann Ihr Abonnement gedeckt ist.
Wir bitten um Überweisung der ausstehenden Beträge. Wer nur noch für wenige Nummern im voraus bezahlt hat, möge an die Begleichung weiterer Nummern denken.
(10 Nummern im Jahr für DM 15,-, pro Nummer DM 1,50, Doppelnummer DM 3,- incl. Porto und Beilagen.)
Sollten Ihre Zahlungen falsch registriert sein, bitten wir um kurze Benachrichtigung, wenn möglich mit Angabe des Zahlungstermins.

Es wird uns von nun an leider nur möglich sein, die "blätter" an Abonnenten zu schicken, die bereits im voraus bezahlt haben. Wir müssen auf Vorausbezahlung umstellen, da der finanzielle Verlust durch nicht zahlende Abonnementen für uns nicht mehr tragbar war.

Auch der Paperversand wurde auf Vorausbestellung umgestellt, da etwa 40 % der Bestellungen nach Lieferung nicht bezahlt wurden und der Arbeitsaufwand, der durch Mahnungen entsteht, von uns nicht geleistet werden kann.

Bei Bestellungen bitten wir, sofern Ihnen der Preis bekannt ist, unter Berücksichtigung des Portos um gleichzeitige Überweisung. Teilen Sie bitte in diesem Falle bei der Bestellung mit, wieviel Sie überwiesen haben und auf welches Konto (Konten s. Titelseite).

Wenn Sie bei einer Bestellung die Preise nicht wissen, teilen wir Ihnen die Gesamtkosten der Bestellung mit; erst nach Eingang des Betrags können wir liefern.
Rechnungen stellen wir nur auf Wunsch aus.

Schreiben Sie bitte auf den Überweisungsschein deutlich Ihren Namen und den Wohnort.

Berichtigungen zu Nr. 17/18, Juni/Juli 72

1. Falscher Abonnementpreis

Auf dem Titelblatt der letzten Ausgabe wurde fälschlicherweise der Jahresabonnementpreis für die Blätter mit DM 10,-- angegeben, ein für uns sehr kostspieliger Druckfehler. Wir bitten alle, die auf Nr. 17/18 hin lediglich DM 10,-- bezahlt haben, die Differenz zu überweisen. Der Jahrespreis beträgt DM 15,--.

2. Fehlende Fußnoten

Die Fußnoten zu "ITT - der geplante Sturz Allendes" (S. 20) wurden beim Umbruch vergessen:

(1) Anzeigentext der ITT, so z.B. im Handelsblatt, 15.5.72, und ZEIT-Magazin, 26.5.72

(2) nach Aussagen Allendes, FR 5.5.72

(3) FR 26.4.72

(4) Daß diese Verflechtung kein US-amerikanisches Privileg ist, auch nicht in Chile, zeigt die dieser Nummer (17/18) beigelegte Dokumentation zur neueren Entwicklung in Chile, die u.a. ein Beispiel für Machenschaften westdeutscher Kapitalisten in Zusammenarbeit mit der Botschaft in Santiago enthält.

3. Namibia

Der Artikel "Zu den Streiks in Namibia" (S. 42) wurde aus den "Sunday News" vom 2.4.72 übersetzt (Verfasser: Brian Howard, Windhoek)

4. Interview

Das Interview auf S. 44 wurde, wie die Überschrift angibt, mit M. dos Santos gemacht. Die Angabe auf dem Titelblatt ist falsch.

Paolo FREIRE:

Entmythologisierung der Bewußtseinsbildung

Mexico, April 1972

Übersetzung

Ich möchte etwas erklären, aber nicht in "Bankiersbegriffen" (1). Ich werde in einfachen Begriffen einige Dinge zu einem Problem, das mir wichtig erscheint, sagen, was das Resultat von Beobachtungen in Lateinamerika und den USA ist: Die Mythisierung der Methode der Bewußtseinsbildung (concientización).

Mir scheint, daß dieses Wort "Bewußtseinsbildung", das einen Prozeß bezeichnet, verschiedene Haltungen in den verschiedenen Gruppen und Personen provoziert.

1. Einige Personen und Gruppen nehmen an den Kursen und Seminaren über "Bewußtseinsbildung" teil, weil sie in demselben Wort "Bewußtseinsbildung" ein magisches Signal suchen, durch das die gefühlsmäßigen Regeln, die diese Personen oder Gruppen haben, gestärkt und gelöst werden können. Andere sehen dieses "magische Signal" als Lösung, bedingt durch ihre eigene Vergangenheit, durch den erfahrbaren Moment bedingt, die Realität, in der wir leben, provoziert durch die uns täglich entgegentretenden Probleme (in Familie, Verlust der Werte, Probleme zwischen den Generationen, Wahrnehmung der Ungleichheit des gelebten Lebens und der Vorstellung vom "erfüllten" Leben, ökonomische Probleme etc.). Alle diese Probleme bilden einen Faktor der emotionalen Verwirrung. Darum suchen einige Gruppen und Personen - nicht notwendigerweise junge Leute, sondern auch Erwachsene - den Begriff "Bewußtseinsbildung" und das, was den Prozeß versinnbildlicht, wie einen "magischen Zauberstab", durch den ihre emotionale Verwirrung durchbrochen werden kann. Sie besuchen Kurse und Seminare zu diesem Thema, um diese Spezialmedizin, die Ruhe schafft, zu finden.

2. Eine andere Gruppe besucht die Kurse der Bewußtseinsbildung, nicht vorrangig ein magisches Instrument für ihre persönlichen Probleme suchend, die nie persönliche Probleme, sondern Reflexe der sozialen Probleme sind; sondern sie suchen, magischerweise auch, diese Instrumente wie ein Instrument der Prozeßführung in der Gesellschaft, um eine revolutionäre Transformation zu bewirken.

Es scheint im ersten Augenblick, daß die "Bewußtseinsbildung" genau das notwendige Instrument ist, das gefehlt hat, um mit dem Aussprechen des Wortes die Revolution zu machen. - Das ist eine ungemein magische Haltung und total unhaltbar. Diese Personen meinen, wenn sie in der Nacht mit einem Projektor oder mit einem Plakat in der Hand sich mit Gruppen von Arbeitern oder Landbewohnern treffen, werden sie die Veränderung der Welt machen.

3. Die dritte Gruppe, möglicherweise die größte Gruppe, kommt zu den Kursen der "Bewußtseinsbildung", weil sie dort die Antwort auf verschiedene Ängste suchen, die sie gegenüber der sozialen Problematik haben. Diese Personen wissen, daß es diese Probleme gibt und sie wünschen sehr, diese lösen zu können, ausgehend von versöhnlichen Lösungen. Diese Gruppen sind tief christlich, mythologisiert durch idealistische Ideen. Eine dieser idealistischen Ideen ist, daß man den Menschen ändern kann, ohne die Welt zu ändern, daß es möglich sei, den Menschen zu befreien, ihn humaner zu machen, jedoch nicht beachtend, daß die soziale Realität es den Menschen verbietet, human zu sein. Diese Personen eilen begierig, unruhig, sehnsüchtig und glücklich zu den Kursen zur "Bewußtseinsbildung", wünschen erfüllt zu werden vom erlösenden Wort, das den Klassenkampf verhindern könnte.

Diese Gruppen beginnen zu denken: wie entwickeln wir etwas für diese Leute - ich weiß nicht, wie ich es sagen soll - sie entwickeln "Medizinaktionen" (Aktionen, die die Symptome behandeln sollen, d.Übers.), und mit diesen "Aspirinaktionen" wollen sie die sozialen Probleme lösen: Ich komme zum Volk, das leidet, zu meinen Brüdern, die leiden, ich komme mit einem Bewußtsein, das verändert ist in eine Schachtel Aspirin, gehe zu den Gemeinwesen

78 Freiburg, Lorettostr. 20a Tel.0761 / 71028 App.29

Konten: siehe Titelseite der "Blätter des iz3w"

iz3w

<u>Betr.</u>: Begleichung der Abonnementsgebühren für "Blätter des iz3w"

Liebe Bezieher des iz3w

Seit der unten angegebenen Nummer beziehen Sie unsere Zeitschrift "Blätter des iz3w". Wir sind, um weiterhin finanziell und organisatorisch bestehen zu können, auf regelmäßige Bezahlung der Abonnementgebühren angewiesen. Dieser Pflicht, die eigentlich selbstverständlich sein sollte, sind bis heute etwa 50% der Bezieher nachgekommen.
Obwohl wir arbeitsmäßig hoffnungslos überlastet sind (wir haben nur freiwillige Mitarbeiter), entschlossen wir uns zu individuellen Zahlungsaufforderungen.
Unten geben wir Ihnen eine Aufstellung der von Ihnen bezogenen Nummern und der fehlenden Beträge. Wir bitten Sie, die Gebühren bis 15.11.72 an eines unserer Konten zu überweisen. Es empfiehlt sich unser Postscheckkonto Karlsruhe Nr.14 82 39, von dem wir eine Zahlkarte beilegen.
Außer dem "Beibringen" ausstehender Abogebühren wollen wir noch einen zweiten Effekt erreichen: dieses Jahr kommt noch eine Nummer unserer Blätter heraus (Nr.20). Damit sind 2 Jahrgänge abgeschlossen. Ab dem neuen Jahr wird das"iz" nur noch gegen V o r a u s b e z a h l u n g geliefert. Außerdem ist eine E r h ö h u n g der Abonmementsgebühren auf 18,- DM (20 sfr) zur Kostendeckung unumgänglich geworden. Wir bitten Sie um Verständnis für diesen notwendigen Schritt. (höhere Druck-und Portokosten)
Zur Erklärung der unten aufgeführten Beträge: der 1. Betrag nennt Ihnen die Differenz, die Sie noch begleichen müssen, um bis zur Nr.20 Bezahlt zu haben. (ein Jahrgang hat bisher 10 Ausgaben umfaßt). Der 2.Betrag ist die Vorausbezahlung des 3.Jahrgangs, der das Kalenderjahr 73 umfaßt. Die Abo-Gebühren werden in Zukunft also immer am Anfang des Jahres fällig sein. Diejenigen Leser, die weiterhin Interesse an unseren "Blättern des iz3w" haben, bitten wir, schon jetzt die Gebühren für 73 (umfaßt die Nummer 30 einschließlich) zu begleichen, da wir ansonsten die Lieferung einstellen werden.
Wir bitten Sie um Verständnis für diese Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

Redaktion der "Blätter des iz3w"

Sie haben die Zeitschrift "Blätter des iz3w" bezogen seit der Nummer 15,- undbis jetzt bezahlt ..... DM.

Wir bitten um Bezahlung

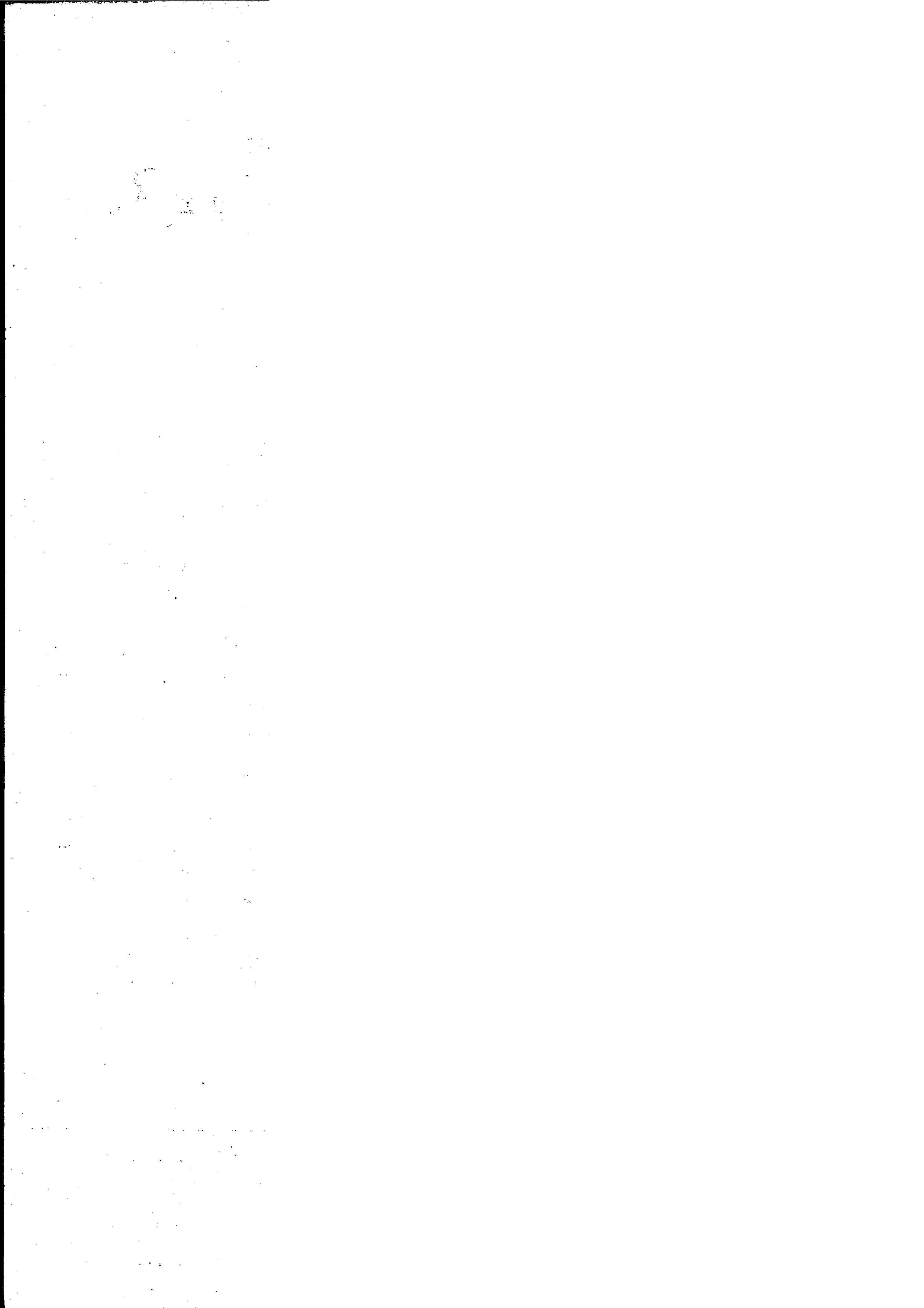
☒ Differenzbetrag bis zur Nr.20 (2.Jahrgang abgeschlossen) Dm 9,-

Total: 27,- DM

☒ Mahngebühr DM 1,-

☒ Vorausbezahlung für 1973 (bis Nr.30) DM 17,-

Ein Jahrgang umfaßt 10 Ausgaben. Sollten uns Fehler unterlaufen sein, Bitten wir dringend um Benachrichtigung mit genauen Angaben, wohin, wieviel, Wann bezahlt wurde!



und sage zu den Leuten: Hören Sie, Leute, warum setzen wir uns nicht zusammen, in ein Clübchen für die Mütter; in diesen Mütterclubs können wir zusammen studieren, wie man die Kinderchen kleidet, wie sie aufwachsen, wir können lernen, wie man den Kindern Milch gibt. Alle Tage vor und nach der Versammlung beten wir ein Ave Maria, damit wir gut anfangen und gut enden - und wir nennen diese Bewußtseinsbildung eine Art von Opium. Aus dieser Sicht, sollten diese Aktionen verurteilt werden wie Drogen? Nein! Sie sind schlimmer als eine Droge, viel schlimmer.

Ich will hier keine Werturteile abgeben und sagen, diese Gruppen sind schlecht. Nein, in ihnen, ich habe da keinen Zweifel, gibt es tausende hervorragende Personen, liebenswert, mit einer guten Portion Phantasie, und ich sage ihnen ohne ironischen Beigeschmack diese meine Beobachtungen und Erfahrungen, daß sie wirklich sich irrende Personen sind. Sie sind nicht von der Ideologie Reaktionäre, sie sind in der praktischen Arbeit Reaktionäre. Aber sie wissen nicht, was sie sind. Im Grunde sind sie ebenfalls Beherrschte, aber sie wissen nicht, daß sie es sind; trotzdem, sie erscheinen wie Retter und Befreier ihrer armen Brüder, die leidend sind. Daher also, weil die "Bewußtseinsbildung" bei diesen Personen wie ein Instrument der "Versöhnung" scheint, wie ein Instrument der Verbindung zwischen denjenigen, die verbieten und denjenigen, denen durch die anderen verboten ist, zu "sein", ändern sie darum den Prozeß der Bewußtseinsbildung in eine "Liebes-Mystifizierung" oder in eine mystische Liebe, in eine verdrehte Liebe.

Die "Bewußtseinsbildung" erscheint hier wie ein Instrument der Überbetonung des Masochismus; ich gebrauche den Namen der Liebe, mich masochistisch gebärend, um dieselben Strukturen zu lieben, die mich soweit bringen, daß ich nicht "Ich" sein kann, wartend, daß ich mit Geduld eines Tages den Himmel erweichen werde.

Bei genauerer Betrachtung ist das eine absolut falsche Haltung. Ich glaube nicht, daß irgendeine Theologie in der Lage wäre, dieses falsche Postulat zu verteidigen und zu unterschreiben, das ein falsches Bewußtsein widerspiegelt, ein irrsinniges Bewußtsein, das einem immer mehr verbietet, zu "sein", oder "mehr zu sein".

4. Eine zahlenmäßig sehr kleine, eng begrenzte vierte Gruppe ist auf dem Wege zu einem wirklich kritischen und dialektischen Bewußtsein. Sie nähert sich diesem Bewußtsein mit dem Wissen, daß es kein "Zauberstab" zur Lösung von Problemen ist. Sie begeht den Prozeß der Bewußtseinsbildung, indem sie ihn nur als fundamentale Basis eines Prozesses der befreienden Erziehung betrachtet. Sie benutzen die Bewußtseinsbildung als eine dialektische Kraft zum Begreifen der Subjektivität und der Objektivität - oder in anderen Worten - zwischen Bewußtsein und Welt, oder, zwischen Mensch und Welt - wissend, daß es keine Menschen ohne Welt, daß es keine Welt ohne Menschen gibt. Sie wissen, daß es kein Bewußtsein gibt, das nicht gleichzeitig Bewußtsein von der Welt wäre, und daß es keine Welt gibt, die nicht Welt des Bewußtseins wäre. Sie gebrauchen dieses Bewußtsein nicht, um zu wiederholen, was man sagt, sondern mit der Überzeugung, daß es nicht außerhalb von Aktion und Reflexion der Menschen über die Welt existieren kann, die verbietet, daß die Menschen "sind". - Sie wenden sich an das Bewußtsein, weil sie wissen, daß es eine Notwendigkeit ist, die Realität, in der man nicht "sein" kann, zu verändern. Sie wissen, daß die Realität nur durch die erfahrbare Praxis und nicht vom Bewußtsein der Menschen verändert wird. Deshalb weist diese vierte Gruppe jegliche idealistische Perspektive zurück und geht von einer dialektischen Perspektive aus, um dialektisch die sozialen Probleme zu verstehen. Es freut mich sagen zu können, daß in Mexiko und in allen lateinamerikanischen Ländern, die ich kenne, diese Gruppe existiert; aber es existieren auch alle anderen Gruppen, sowohl in Lateinamerika als auch in den USA und Europa.

5. Allerdings gibt es noch eine fünfte Gruppe. Diese Gruppe kommt nicht zum Bewußtsein; im Gegenteil, sie arbeitet gegen jede Bewußtseinsbildung, weil sie mehr oder weniger den wirklichen Prozeß der Bewußtseinsbildung erfaßt hat, in dem Maße, in dem die Realität entmystifiziert wird, wird das Bewußtsein von der Realität auch entmystifiziert. Es handelt sich nicht um eine neue Gruppe; das weiß ich, da sie sich in meinem Land (Brasilien, d. Übers.) sehr hervorgetan hat. Sie wird jetzt in Lateinamerika immer stärker. - Diese Gruppe betrachtet die "Bewußtseinsbildung" als "Verkörperung des Bösen" (satanización), und es ist diese Gruppe, die den Prozeß der Bewußtseinsbildung mit dem "Bösen schlechthin" in der Welt in Zusammenhang bringt. Sie sucht nicht eine Bewußtseinsänderung, nicht eine Bewußtseinsbildung, sie arbeitet gegen sie. Diese Gruppe ist also sehr verschieden von den übrigen Gruppen. - Die anderen Gruppen gehen mit falschen oder richtigen Perspekti-

ven an die Bewußtseinsbildung heran; die fünfte Gruppe aber nicht. Sie hat eine richtige Sicht von der Bewußtseinsbildung, sie weiß, was "Bewußtseinsbildung" bedeutet, und deshalb denunziert sie sie als "Teufelswerk" Das, weil sie entdeckt hat, daß die Bewußtseinsbildung im eigentlichen Sinn der Bedeutung, genau diejenigen Interessen, die diese Gruppe verteidigt, angehen kann. Von daher besteht für diese Gruppe die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, daß die "Bewußtseinsbildung" eine "teuflische Kraft" darstellt; notwendigerweise müssen deshalb dagegen Magie und Mythos geschaffen werden. Im Grunde setzt sie sich gleich mit den übrigen Mystikern; aber während die übrigen mit gutem Willen mystifizieren, weiß diese Gruppe genau, daß die Notwendigkeit der Mystifizierung der einzige Weg ist, der ihnen bleibt, um zu verhindern, daß die Bewußtseinsbildung sich verwirklicht.

Es ist notwendig, ein Reizwort zu benützen, ein mit Emotionen besetztes ideologisch belastetes Wort, damit die naive öffentliche Meinung sich vor der "Bewußtseinsbildung" fürchtet – und dieses Reizwort heißt: Satanización. – Dieser Begriff "satanización" ist heute vielleicht stärker als das Reizwort "Kommunismus", obwohl es im Grunde ein Synonym dafür ist. Zweifellos ist es für die Beherrscher unumgänglich, die Verteufelung des Prozesses der Bewußtseinsbildung zu betreiben, weil tausende von "Naiv-Bewußten" im Lauf des Prozesses der Bewußtseinsbildung klarer sehen und aufhören könnten, an die bewußt betriebene Verteufelung, die man dem Prozeß der Bewußtseinsbildung andichtet, zu glauben.



Man muß also diese fünfte Gruppe bloßstellen, außerdem muß man ihr die Bewußtseinsbildung entmystifizieren, man muß diese Gruppe öffentlich anklagen und charakterisieren als antihumane Gruppe. Ich nehme mir vor, diese Aufgabe auch zu übernehmen.

Nun möchte ich schnell die Resultate dieser verschiedenen Perspektiven oder Begriffe der Bewußtseinsbildung beschreiben:

Wenn wir z.B. die 1. Gruppe analysieren, die die Bewußtseinsbildung als Lösung ihrer persönlichen Probleme auffaßt, geschieht es, daß diese Gruppe sich selbst betrügt. In dem Moment, in dem sie beginnt, den Versuch der Bewußtseinsbildung mit anderen Gruppen in die Praxis umzusetzen, entdeckt sie, daß ihre persönlichen Probleme weiterhin existieren. So kommt es zu der Tendenz des stillen Rückzuges und Zurückgehens in ihren unsinnigen, destruktiven Kreis.

Die zweite Gruppe sucht die Bewußtseinsbildung wie eine revolutionäre Aktivität: Wenn sie beginnen, den Prozeß der Bewußtseinsbildung zu gebrauchen, entdecken sie, daß es sich um keine Zauberei handelt. Was geschieht dann? – Das Resultat scheint mir vom Gesichtspunkt der Veränderung der Welt her tragisch zu sein. Die Gruppe, wenn sie die ersten Hemmnisse im Prozeß entdeckt (die ersten Hemmnisse zur Klärung der Realität, bedingt durch das beherrschte Bewußtsein, das die Realität nicht einordnen kann), flieht sie in die idealistische Illusion, welche bedingt, daß die Gruppe in den objektiven Fehler verfällt, daß das Bewußtsein lediglich die Kopie der Realität sei, daß das Bewußtsein lediglich die Realität widerspiegelt. Darum also, so meint diese Gruppe, müsse man die Realität ändern, und diese ändert das Bewußtsein. Die Gruppe fällt in eine mechanistische Auffassung vom Prozeß der Änderung. Dieser Mechanismus ist eine äußerst antidialektische Änderung der Welt. Dieser Mechanismus ist eine Verdrehung der Ideen von Marx, er hat nichts mit dem Marxismus gemein. – Prof. L. Goldmann, Frankreich, hat zu diesem Komplex eine interessante Arbeit geschrieben: Die Philosophie und die Sozialwissenschaften. In diesem Buch werden sehr gut die Konzepte über das höchste Bewußtsein und das reale Bewußtsein analysiert. Es wird weiter darin das Problem diskutiert, daß in verschiedenen Epochen die Tendenz der Linksbewegungen war, total die Beteili-

gung des Bewußtseins im "Änderungsprozeß" zu verweigern. Das bringt uns wieder zu den mechanistischen Verdrehungen des Marxismus zurück, über die ich schon gesprochen habe. Wieviele von uns werden nicht von den ersten Hemmnissen enttäuscht. Die Tendenz ist dann oft, diese Hemmnisse zu verleugnen, abzustreiten und ins Gegenteil zu fallen.

Die dritte Gruppe ist die der Idealisten, die den Fehler kritisieren, daß das Bewußtsein lediglich eine Kopie, ein Reflex der Realität sei. Für die Idealisten ist das Bewußtsein der Urheber der Realität.

Wir sehen, wie entgegensetzt eine Tendenz von der anderen ist. Das ist ein Streit, der durch die ganze Geschichte zwischen der idealistischen Philosophie, den Objektivisten usw. sich hindurchzieht. Für die Idealisten schafft das Bewußtsein die Realität; für die Objektivisten schafft eindeutig die Realität das Bewußtsein.

Für die Dialektiker erzeugt die Realität das Bewußtsein und dieses Bewußtsein ist Objekt, Wirklichkeit des Bewußtseins; es besteht ein dialektisches Verhältnis zwischen Bewußtsein und Welt - und Welt und Bewußtsein. Dieses dialektische Verhältnis ist nicht teilbar. Sartre z.B. sagte ungefähr: Es gibt kein Bewußtsein vorher, keine Welt danach, keine Welt vorher und kein Bewußtsein danach; Bewußtsein und Welt bedingen sich gleichzeitig.

Aber die idealistische Gruppe, mit ihrer naiven Überzeugung, daß die Befreiung der Menschen in ihrem Bewußtsein ist, macht folgendes: Es ist so, als würde ich zu den Menschen sagen, sie müssen sich gegenseitig nur lieben, als würde ich sagen, sie müssen nur gut zueinander sein, und als würde ich sagen, sie sind schon deshalb frei, weil sie humane Wesen sind, - schon brauche ich nicht mehr die Strukturen zu verändern, in denen die Menschen nicht "sein" können; weil es genügt, zu wissen, daß ich ein Mensch bin, um zu "sein" - und das ist nicht so - es hat keinen Zweck, den Landbewohnern, die Mäuse essen müssen, zu sagen, sie seien frei, weil sie humane Wesen sind, denn sie sind keine humanen Wesen, sie existieren als Lebewesen - und das ist sehr wenig. Es ist notwendig, sich existent zu machen und das kann man erfahrungsgemäß nicht, solange man Mäuse ißt.

Aber was geschieht? Je größer diese dritte Gruppe ist, desto größer werden die sektiererischen Mechanismen, d.h. jene Gruppen, die jetzt die Bewußtseinsbildung zurückweisen, folgerichtig in Beziehung zur Realität gesetzt, verwandeln sich in Idealisten und behaupten, daß die Frage der Bewußtseinsbildung ein Problem des Aspirins sei. Die Tendenz der Gruppe geht in Richtung Sektierertum.

Das Bewußtsein erscheint im Prozeß der Humanisierung wie eine sinnreiche, überlegte Wissenschaft, jedenfalls ist sie potentiell kritisch und von dort aus entwickelt sie sich vorwärts. Das Bewußtsein wird auftauchen im Evolutionsprozeß des Menschen, wenn das Tier sich zum Menschen entwickelt (in diesem Zusammenhang wäre die Literatur T. Chardins interessant), wenn der Mensch sich entwickelt im Prozeß der Menschwerdung, wie es Chardin nannte, was noch nicht Humanisierung bedeutet.

Das Bewußtsein erscheint schon als ein Bewußtsein, das fähig ist, über sich selbst zu reflektieren und wahrnehmend wahrzunehmen. Das ist also dann, wenn das Bewußtsein das vorhergegangene Stadium überwindet, in dem das Tier weiß, was passiert, aber nicht weiß, daß es weiß.

In dem Augenblick, in dem das reflexive Bewußtsein sich wiederaufbaut im Prozeß der Vermenschlichung, macht der Mensch etwas mehr: Er weiß nicht nur, sondern er weiß, daß er weiß. Das gibt ihm zu seinem Bewußtsein einen aktiven Zug und ergibt, daß dieses Bewußtsein niemals ein Behälter ist, den man füllt, sondern ein permanentes, konstantes Abheben vom Boden in Richtung auf die Realität, reflektierend über die eigentliche Beschaffenheit, die den Menschen befähigt, existentiell zu wissen und Wissen zu haben. Alleine so ist es möglich zu erkennen; die aktive Kapazität des Erkennens, die weiß und wiedererkennt, was heute existiert, ist die gleiche, die das Erkennen möglich macht, daß das heutige Wissen möglicherweise das wiederhergestellte, überwundene Wissen, das man vorher hatte, ist.

Das bewirkt, daß das Erkennen ein Prozeß und keine feste Tatsache ist. Das Erkennen ist ein permanenter Prozeß, der die Aktion und die Reflexion des Menschen über die Welt fordert, es ist ein ununterbrochener, nicht endender Prozeß.

Darum ist eine neue Erkenntnis keine andere Sache als die Erkenntnis, die vorher entstand, die jetzt alt genannt wird, aber auch neu war. Jede neue Erkenntnis wird mit dem Testament der überwundenen Erkenntnis geboren. Wenn dieser aktive Charakter der Erkenntnis nicht existieren würde, könnte man nicht von diesen Erkenntnissen sprechen.

Dieser aktive Charakter der Erkenntnis

besteht allein in der dialektischen Verbindung mit der Welt, in der sie sich bildet. Diese Welt, in der sie sich bildet, macht den Prozeß der Bewußtseinsbildung Schritt für Schritt möglich. Dieser Prozeß ist kein lateinamerikanischer, kein brasilianischer Prozeß, sondern ein humaner Prozeß, der sich genau dann erneuert, wenn das Bewußtsein bewußt wird. Aber es ist noch etwas mehr: Die "Bewußtseinsbildung" ist nicht allein das Zunehmen der Erkenntnis; das Werden der Erkenntnis ist einfach, daß der Mensch eine bewußte Erkenntnis hat, die es ermöglicht, zu erkennen, daß alle Erkenntnis Erkenntnis ist - oder es ist keine Erkenntnis. Es gibt keine Erkenntnis, die nicht irgendwoher kommt.

Und was bezeichnet die Vertiefung des Bewußtseins? Das bezeichnet ein Dasein, mit dem wir eine Formel der Annäherung an die Welt haben, die ich die "tägliche Formel" der Annäherung an die Welt nennen würde. Diese Form der Annäherung an die Welt ist eine spontane Form des "mich in der Welt Bewegens". Dafür brauche ich keine wissenschaftlichen Kenntnisse, sondern eine Meinung.

... Die Bewußtseinsbildung ist deshalb in erster Linie ein Akt der Erkenntnis, beinhaltend eine Wachsamkeit gegenüber der Realität, mit der ich gründlich, Schritt für Schritt, den Tatsachen, die mir gegenüberstehen, wie erkennbare Objekte auf den Grund gehe.

... Die Bewußtseinsbildung kann nicht auf eine Erkenntnis außerhalb der Realität, der Welt, basieren, es besteht eine Dialektik: Erkenntnis - Welt. Die Bewußtseinsbildung kann nicht auf dem Glauben bestehen, daß innerhalb der Erkenntnis (in sich) sich die Welt verändert. Das Bewußtsein ist in der Welt, ist geschichtlich, ist durch die Praxis, durch die sie den Prozeß der Veränderung hervorbringt.

Der Prozeß der Bewußtseinsbildung kann nur in Gang gebracht werden durch die Sorge um die Realität, durch die Organisierung der Veränderungspraxis, die man kennenlernen will. Es ist ein Prozeß, der enttäuscht; aber von dem Moment an, in dem wir sagen, der Prozeß der Bewußtseinsbildung beinhaltet die Praxis der Veränderung - oder es ist keine Bewußtseinsbildung, sind wir verpflichtet, zu erklären, welchen Prozeß wir in Gang setzen wollen. - Darum muß vor der Praxis eine Meinung darüber bestehen, welche Praxis ich will.

Wenn meine Meinung die Beibehaltung der Realität, in der ich lebe, beinhaltet, kann ich keinen Prozeß der Bewußtseinsbildung realisieren. Aber wenn ich eine Theorie der Veränderung habe, entdecke ich, z.B. aus der Geschichte und dem Entwicklungsprozeß der Menschheit, daß der Mensch ein Wesen der Veränderung und nicht der Anpassung ist. Wenn meine Überzeugung ist, daß zur Humanisierung die Realität, in der ich nicht "sein" kann, zu verändern ist, muß der Prozeß der Bewußtseinsbildung die Menschen organisieren, damit diese dann die inhumane Realität ändern können.

So bin ich ein Gegner derjenigen, die keine Veränderung wollen, und sie müssen mich als teuflisch betrachten. Und ich habe sie als Reaktionäre zu beurteilen. Zwischen ihnen und mir kann es keine Übereinstimmung geben. Auf der persönlichen Ebene war und ist das möglich; auf der Ebene der Klassengesellschaft ist eine Einigung und Versöhnung nicht möglich. Ich gehe vielmehr klar davon aus, daß die Menschen Subjekte und nicht Objekte der Geschichte sein sollen. Wenn ich nicht davon überzeugt bin, daß ich nicht "sein" kann, wenn Du nicht bist, wenn ich überzeugt bin, daß ich "sein" kann und Du unter meiner Herrschaft stehen kannst, überzeugt bin, daß ein soziales System, in dem geherrscht und ausgebeutet wird, den Interessen der menschlichen Person entspricht, darf ich einleuchtenderweise nicht über dieses Thema reden. Aber ich bin davon überzeugt, daß ein solches System anders werden muß.

Die Bewußtseinsbildung kann für mich jedenfalls kein "Lassen wie es ist, um zu sehen, wie es wird" sein. Sie muß vielmehr eine permanente Arbeit der Klärung sein, indem die Erziehung, die in der Bewußtseinsbildung grundgelegt wird, einen humanistischen Prozeß der Befreiung darstellt, und sie muß fundamental eine Wachhaltefunktion gegenüber der Welt wahrnehmen. Die Erziehung im Untertanengeist muß zwangsläufig ein Prozeß der Mythologisierung sein. - Warum? - Die Mächtigen mystifizieren die Wirklichkeit, weil es keine Realität gibt, die nicht eine Realität der Erkenntnis ist; durch die Mystifizierung der Realität der Erkenntnis wird die Erkenntnis der Realität mystifiziert - und durch die Mystifizierung der Erkenntnis der Realität verhindert man den Prozeß der Veränderung der Realität.

Aus diesem Grund erscheinen diejenigen, die aufstehen und die Realität entmystifizieren wollen, als "Teufel". Darum nennt man Helder Cámara in Brasilien einen "Teufel". Warum? Als Helder Cámara in Rio de Janeiro als Bischof arbeitete, barmherzig zu den Entrechteten

war, sprach keiner von ihm als einem "Bösewicht", im Gegenteil, seine christlichen Tugenden wurden proklamiert. Aber als er dann später im Norden das Volk dazu anhielt, die Veränderung ihrer Welt zu beginnen, wurde er als "Teufel" bezeichnet. Warum das? Weil die Wachsamkeit der Unterdrückten schlecht für die Besitzer der Welt ist.

Es gibt dann keine Befehlsgewalt mehr, wenn die Menschen sich erheben und "Warum" fragen. Darum ist es notwendig, dieses "Warum" zu verbieten, darum müssen die Besitzer der Welt das Denken verbieten. Darum sind die Schulen bisher immer noch Einrichtungen, die das Denken verbieten; sind die Schulen Gewöhnungsstätten der Menschen, um nicht zu denken; darum verurteilt Ivan Illich die Verschulung - und darum nennen sie ihn auch einen Satan.

Also, alle diejenigen, die Mißstände verurteilen und anzeigen, sind als "Teufel", "Bösewichte" etc. zu bezeichnen.

Aus diesem Grund ist der Prozeß der Bewußtseinsbildung in sich ein utopischer Prozeß, aber jetzt ist es nötig, zu erklären, was Utopie ist. Die Utopie ist kein irrealer Begriff, Utopie ist ein wahrhaftiger Begriff. Die Utopie ist die Dialektik zwischen dem Akt der Anklage an die Welt, die enthumanisiert und der Verheißung der humanen Welt. Aus diesem Grund können die Utopisten Propheten sein und aus diesem Grund haben die Beherrscher keine Zukunft. Warum? Was ist die Zukunft der Beherrscher? Welche Hoffnung hat der Beherrscher? - Allein, seine Herrschaft zu schützen.

Allein die Beherrschten können Utopisten sein, weil allein sie eine Zukunft haben - nämlich die, nicht mehr Beherrschte zu sein, sondern freie Personen.

Was ist die Anklage der Ankläger? Es ist die Anklage der Herrschaftsstrukturen, die Beherrschte schafft. Was ist die Verheißung der Beherrschten? Es ist die Ankündigung von humanisierenden Strukturen. Was ist die Hoffnung der Beherrschten? Es ist die Hoffnung des "Sein". Das ist die tiefste Hoffnung, das ist eine christliche Hoffnung - oder es gibt kein Christentum. Aus diesem Grund kann ich z.B. kein reaktionäres Christentum verstehen. Entweder ich bin Reaktionär - oder ich bin Christ.

Die "Bewußtseinsbildung" muß Utopie sein, wie alle Revolutionen Utopien sind. Die Bewußtseinsbildung, die nicht einhergeht mit einer Utopie oder einer geschichtlichen Erfahrung, hört auf zu sein. Darum, wenn Sie sich bewußt werden wollen, müssen Sie Utopisten sein.

Eine der großen Aufgaben der befreienden Erziehung ist, die Massen zu überzeugen, daß sie Utopisten sein können. Was dabei erreicht wird, ist eine kritische und keine einfältige, naive Utopie. Die Anklage und die Verheißung müssen erfahrbare Praxis sein. Ich kann nicht meine Anklage vorbringen mit einem Bla, Bla, Bla - und meine Verheißung mit einem anderen Bla, Bla, Bla. Meine Anklage und meine Verheißung müssen einhergehen mit meiner Veränderung der Geschichte der Menschheit.

... Man hat mich als einen "katholischen bürgerlichen Reaktionär" bezeichnet, der in Lateinamerika den Status quo aufrechterhalten will, weil ich so oft von der Liebe spreche. Ich werde aber fortfahren, von der Liebe zu reden, ich habe erfahren, daß die Utopisten lieben müssen. Alle Anklagen und Verheißungen müssen Akte der Liebe sein, alle Zerstörungen von etwas müssen ein Aufbau für etwas sein. - Weiter gibt es auch keinen Aufbau ohne Zerstörung.

Die Liebe ist kein verschlagener Akt, sondern ein mutiger Akt. Aus diesem Grund ist die Liebe kein Sohn eines Eunuchen; Eunuchen haben keine Kinder. Derjenige, der all diese Verteufelung der "Bewußtseinsbildung" anzettelt, hat keine Kapazität zum Lieben, der liebt bloß sich und nicht die anderen. Ebenfalls ist die Anwesenheit Gottes in der Geschichte für mich eine Einladung, die Geschichte zu machen, meine Geschichte, die Geschichte der Menschen.

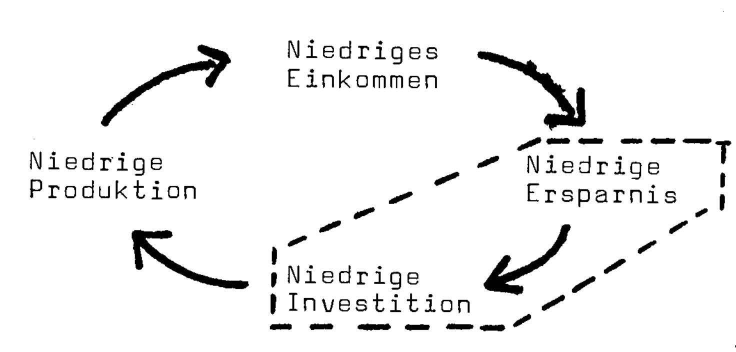
Abschließend darf ich noch sagen, daß die "Bewußtseinsbildung" wie eine utopische Manifestation oder wie ein Instrument dieser Utopie eine Sache zu sein hat, eine Sache, die eine Ideologie von unserer Seite einschließt, vom Beginn des Prozesses bis zum Ende. Diejenigen, die echt lieben können, die, die wirklich die Möglichkeit der Anklage und Verheißung ergreifen, jene, die den Mut haben, Risiken zu ertragen, können sich "bewußt-machen". Die anderen, die die Liebe fürchten, diejenigen, die Masochisten sein wollen, die, die die anderen verteufeln, müssen sich entscheiden, damit der Wert der "Bewußtseinsbildung" nicht verlorengeht.

(1) Freire spielt hier auf das Lehrer-Schüler-Verhältnis an, wo der Lehrer alles, seine Schüler nichts wissen - und die ihr Wissen in den Schülern "anlegen" - siehe auch: Paolo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, Kreuz-Verlag

IDEOLOGIEKRITIK 1

Der Teufel steckt im Teufelskreis

Kritik eines Lehrsatzes bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft



Wohl jedem, der sich ein wenig mit Entwicklungstheorie und -politik beschäftigt hat, ist dieser Teufelskreis (circulus vitiosus) so oder in erweiterter Form schon einmal begegnet. Im folgenden soll der eingerahmte Ausschnitt, also der Zusammenhang zwischen Ersparnissen und Investitionen, näher untersucht werden.

Zuvor jedoch einige Erläuterungen zu den Vorstellungen, die die Erfinder und Verwender dieses Teufelskreises mit dem bezeichneten Ausschnitt verbinden:

> Um die Armut (niedriges Einkommen) in der Dritten Welt zu verringern und einen wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Gang zu setzen, müsse vor allem das Sparen der Bevölkerung verstärkt werden. Denn Sparen bedeute Aufbringung von Mitteln für Investitionen und sei also die Voraussetzung für die Kapitalbildung. Die Kapitalbildung aber stelle die entscheidende Größe wirtschaftlichen Wachstums (Vergrößerung der Produktionsmöglichkeiten) dar.

Das Sparen wird in dieser Argumentation - als wäre das selbstverständlich - ausschließlich als monetäres Sparen, als Sparen von Geld angesehen. Es wird also gar nicht gefragt, ob vielleicht - neben dem Sparen von Geld - noch eine andere Form der Aufbringung von Mitteln für die Kapitalbildung möglich ist. Indem aber diese Frage unterbleibt, wird die "Analyse" des Teufelskreises, die Sparen nur als Sparen von Geld versteht, zur Ideologie mit folgenschweren Konsequenzen für die Strategie der Entwicklungspolitik:

1. Konsequenz:

Man darf den Reichen in der Dritten Welt nichts von ihrem Reichtum wegnehmen (z.B. durch ein progressives Steuersystem). Denn nur die Bezieher hoher Einkommen können viel (Geld) sparen, während die Armen auch dann nicht sparen könnten, wenn man die meist extrem ungleiche Verteilung des Volkseinkommens in der Dritten Welt etwa zugunsten der Armen verändern würde. Denn auch dann hätten die Armen noch zu wenig zum leben und müßten ihre gesamten Einkünfte für den Kauf von Nahrungsmitteln ausgaben.

2. Konsequenz:

Die Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in der Dritten Welt sind willkommen; denn sie stellen ja offenbar eine Form der Kapitalbildung im Entwicklungsland dar, für die das Herkunftsland des Konzerns die erforderliche Ersparnis aufgebracht hat. (So werden also die Privatinvestitionen mit "guten Argumenten" gerechtfertigt.)

3. Konsequenz:

Die Arbeitslosen in der Dritten Welt (im Durchschnitt ca. 30 % der Erwerbstätigen) und alle diejenigen, deren Entlohnung nicht in Geld (sondern in realen Gütern) besteht, können offenbar nichts zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Entwicklung ihrer Länder beitragen.
Und das ist wohl die fatalste Konsequenz der im Teufelskreis enthaltenen Behauptung, daß eine niedrige Investition notwendig aus einer niedrigen monetären Ersparnis folge. Denn dann wären ja die Millionen Arbeitslose in der Dritten Welt, die ja bereit und fähig sind zu arbeiten, unnütz, unbrauchbar für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften; (denn sie können die - monetäre - Ersparnis ihrer Länder nicht erhöhen.)

Diese drei (fatalen) Folgerungen für die Strategie der Aufbringung von Mitteln für die Kapitalbildung (1) sind unmittelbares Ergebnis der im Teufels-

kreis enthaltenen, falschen Begriffsbildung, daß nämlich Sparen immer ein Sparen von Geld, ein monetäres Sparen sei. Diese Begriffsbildung ist deswegen falsch, weil damit eine mögliche Form des Sparens zur alleinmöglichen erklärt und so der Blick auf Alternativen verstellt wird.

Sparen bedeutet zunächst einmal, daß Teile des Arbeitsergebnisses nicht für Konsumzwecke verwendet werden. (2) Dieses Sparen kann monetär (geldwirtschaftlich) oder real (güterwirtschaftlich) erfolgen. Monetär erfolgt das Sparen dann, wenn die Bezieher von Geldeinkommen Teile dieses Geldes nicht zum Kauf von Konsumgütern verwenden.

Real erfolgt das Sparen z.B. dann, wenn eine landwirtschaftliche Kommune - etwa in der VR China - beschließt, täglich eine Stunde mehr zu arbeiten, um mit vorhandenen Werkzeugen ein Bewässerungssystem zu bauen. (3) Dieses Bewässerungssystem stellt nun offenbar eine Investition (eine Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten, eine Kapitalbildung) dar und trägt zum Wachstum des Volkseinkommens bei, ohne daß vorher Geld gespart wurde.

Den Blick für diese Quelle der Aufbringung von Mitteln für die Kapitalbildung verbaut sich die bürgerliche Nationalökonomie selbst, indem sie das Sparen von dem ihm zugrunde liegenden Vorgang der Arbeit trennt. Würde sie das nicht tun, dann würden auch die beschriebenen, fatalen Konsequenzen in dieser Form hinfällig und der Kapitalismus würde wieder eine kleine Stütze seiner Rechtfertigung durch diese "Wissenschaft" verlieren.



Gutachter-Kommission
(Die Namen sind der Redaktion bekannt)

(Süddt. Zeitung 29.7.72)

Denn um die Möglichkeiten der realen Ersparnis in der Dritten Welt auf breiter Basis nutzen zu können (4), müssen dort wohl zunächst andere als kapitalistische Produktionsverhältnisse geschaffen werden ...

fh

---

(1) Es wird also hier nur das Problem erörtert, welche Quellen für die Aufbringung von Mitteln zum Zwecke der Kapitalbildung zur Verfügung stehen in der Dritten Welt. Eine andere, aber sicher nicht weniger wichtige Frage ist es, welche Leute in einer kapitalistischen Gesellschaft schließlich über die Verwendung der aufgebrachten Mittel entscheiden und durch diese Investitionsentscheidungen die Richtung des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses vorbestimmen.

(2) Dabei soll hier - aus Vereinfachungsgründen - außer acht bleiben, daß erstens die Arbeiter im Kapitalismus i.d.R. nicht über ihr gesamtes Arbeitsergebnis verfügen können (also auch nicht Konsum- bzw. Sparentscheidungen über das gesamte Arbeitsergebnis treffen können) und daß zum zweiten (resultierend aus erstens) das Sparen der Unternehmer im Kapitalismus nur z.T. ein Verfügen über eigene Arbeitsergebnisse darstellen kann.

(3) Derartige Beschlüsse wurden und werden im Entwicklungsprozeß der VR China zu zehntausenden gefaßt. Ein sehr wesentlicher Teil der dortigen Kapitalbildung dürfte durch derartiges reales Sparen in Form von (Mehr-)Arbeit zustande gekommen sein.

(4) Und das heißt vor allem, alle vorhandenen Arbeitskräfte (also auch die Arbeitslosen!) beim Aufbauprozeß zu beteiligen; das dürfte aber kaum gelingen, solange der Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft von den Investitionsentscheidungen privater Unternehmer und damit von deren Gewinnerwartungen abhängig ist.

Technologie :

Der Computer als Ausbeutungsinstrument in der Dritten Welt

von Ernst Glatzl

"Die unterentwickelten Länder der Dritten Welt nutzen ihre Computer schlecht aus, vor allem deshalb, weil ihnen IBM und ICL die modernsten und schnellsten Computer verkaufen, wo einfache Buchungsmaschinen oder gebrauchte Computer älterer Modelle ausreichen würden." (1)
So Winston C. Riley, ein englischer Computerexperte, auf einem Seminar über Zukunftsforschung. (2)

Das hier so harmlos technokratisch charakterisierte Problem ist für die Zukunft der Dritten Welt von viel weitreichenderer Bedeutung, als es das Zitat vermuten läßt. Das nämlich, was die beiden Monopolgiganten der Computerindustrie, der IBM-Konzern und International Computers Limited (London), sich hier ausgedacht und bereits praktiziert haben, ist eine neue und höchst subtile Form von Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt.

Es ist unbestreitbar, daß Computer - richtig eingesetzt - ein unentbehrliches Hilfsmittel für Produktion, Planung, Verwaltung und Wissenschaft sein können. Richtig eingesetzt sind solche Maschinen dann, wenn sie als arbeitssparende und -erleichternde Hilfsmittel gebraucht werden. In den Ländern der Dritten Welt herrscht fast überall permanente Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Hier geht es nicht darum, irgendwelche umständliche und zeitraubende Arbeiten zu mechanisieren, eine Flut von Verwaltungsvorgängen zu erledigen oder ähnliches. (3) Es geht bzw. müßte darum gehen, Arbeitsplätze zu schaffen, die genügend Mehrwert produzieren, die Völker zu ernähren; es müßte darum gehen, die Ausbeutung der Rohstoffquellen durch die industrialisierten Länder zu beenden und eigene Grundstoff- und Verarbeitungsindustrien zu gründen; es müßte darum gehen, den Kapitaltransfer aus den Ländern der Dritten Welt zu unterbinden, um den Völkern den Mehrwert zu erhalten, den sie erarbeitet haben!
Statt dessen wird amerikanisch-europäische Technologie importiert, um möglichst alle Arbeiten von landesfremder Arbeitskraft ausführen zu lassen und die Völker der "Entwicklungsländer" in ständiger Armut, Abhängigkeit und Unterdrückung zu halten.

Bezeichnend ist dabei, daß nur die Großkonzerne IBM und ICL in dieses fragwürdige "Geschäft" eingestiegen sind und in den Ländern der Dritten Welt zusammen eine absolute Monopolstellung einnehmen. (4) Beide Konzerne zeichnen sich durch ihre enge Verflechtung mit Elektro-, Elektronik-, Metall- und Bergbauindustrien aus und haben deshalb ein vitales Interesse an der Ausbeutung der Bodenschätze in aller Welt.
Das bedeutet, daß sie von ihrer Interessenlage her immer versuchen werden, Industrien in den Ländern der Dritten Welt nicht aufkommen zu lassen, um ihre billigen Rohstoffquellen zu behalten. Als multinationale Konzerne dulden sie nur diejenigen Industrien, die sie entweder selbst besitzen oder doch wenigstens beherrschen, indem sie als Monopsonist (5) auftreten. Dadurch gelingt es ihnen, nicht nur den Wert der Rohstoffe, sondern auch den produzierten Mehrwert weit unter dem bei freien Marktbedingungen erzielbaren Preis einzukaufen. Sobald es teurer oder risikoreicher (Streik!) sein könnte, für eine Arbeit einheimische Arbeiter einzusetzen, gehen sie lieber den teureren, aber risikolosen Weg. Bezogen auf Büro- und Verwaltungsarbeiten heißt das: sie setzen Computer ein. Daher kann es kaum überraschen, wenn etwa 2/3 aller Computer in der Privatwirtschaft arbeiten. Das restliche Drittel verteilt sich auf Ministerien und Universitäten. (6)

Nicht genug, daß man Computer an Länder verkauft, die tatsächlich keine oder nur sehr wenige brauchen - man läßt sich diese Maschinen auch noch ausschließlich in "harten" Devisen bezahlen! Bei den sowieso meist negativen Zahlungsbilanzen in der Dritten Welt ist das ein weiteres Indiz für ein massives Abhängigkeitsverhältnis.

Mit dem Kauf des Computers beginnt für den Käufer eine tiefgreifende Abhängigkeit vom Hersteller; der Hersteller liefert die Grundausstattung von Programmen, ohne die die Maschine funktionsunfähig ist; er stellt die Spezialisten, die die Maschine in Gang setzen, die Instruktoren, die die Spezialisten des Käufers ausbilden sollen, die Ersatzteile und das Zubehör - natürlich wieder nur gegen "harte" Währung. Bei der Monopolstellung der zwei einzigen Lieferanten (Ersatzteile kann man sowieso nur beim Hersteller selbst kaufen!) kann man sich mühelos vorstellen (obzwar dafür keine Zahlen bekannt-

gegeben werden), wie maßlos überhöht die Preise für alle Leistungen sein werden ...

Die Maschinen, die man dafür liefert, sind nun alles andere als ausgereift, und selbst bei den Herstellern kämpft man noch mit den Kinderkrankheiten der eigenwilligen "Intelligenzmaschinen". Für viele Aufgaben existieren überhaupt noch keine Programme, die auf den neuesten Maschinentypen laufen könnten. Deshalb müssen die Benutzer dieser brandneuen Maschinentypen entweder warten, bis der Hersteller endlich ein brauchbares Programm für den gewünschten Zweck anbietet, oder sie müssen unter immensem Kostenaufwand die Programme selber schreiben. Mit Anlagen älterer Typen wären die Länder der Dritten Welt sicherlich besser beraten: erstens haben diese Anlagen keine Kinderkrankheiten mehr; zweitens existieren für praktisch alle Aufgaben die passenden Programme, die in der Regel mit dem Gebrauchtcomputer zusammen (ohne Preiserhöhung) verkauft werden.

Daß dennoch nur die neuesten Modelle verkauft bzw. aufgedrängt werden sollen, ist aus der Sicht der Computerhersteller durchaus verständlich, machen sie doch ein dreifaches Geschäft aus der Ausbeutung von Arbeit und Rohstoff, dem Verkauf des blanken Geräts und schließlich dem Verkauf des technischen know-how in Form von Programmen und technischer Betreuung.

Daß für die Aufgaben der Computerprogrammierung, der Wartung und des Bedienens der Anlagen kaum einheimische Spezialisten herangebildet werden, ist nicht weiter verwunderlich. Wundern kann man sich nur darüber, daß es diesen Profitgeiern doch noch gelingt, dieses Geschäft weiter zu betreiben und sogar noch auszudehnen.
Ganz sicher bietet nicht nur der massive wirtschaftliche Druck auf die Länder der Dritten Welt dafür eine Erklärung, sondern auch Faktoren wie Prestigedenken (das sich an kapitalistischen Idealen orientiert) und eine gewisse Art von zweifelhafter Klassensolidarität. Diejenigen, die über den Ankauf von Computern entscheiden, gehören in aller Regel den Ausbeuterklassen ihrer Länder an; und warum sollten sie dann nicht mit den Ausbeutern anderer Länder zusammenarbeiten, dem eigenen Volk das Brot rauben, indem sie Computer einsetzen? Viel einfacher haben sie es, wenn sie mit Unterstützung von Computern ausbeuten!

Anmerkungen:

(1) siehe "COMPUTERWORLD" vom 3. Mai 1972, S. 6.
(2) Winston C. Riley ist Direktor der Abteilung Elektronische Datenverarbeitung beim "International Labour Office" der UNO. Dieses Zitat stammt aus einem Vortrag, den er im Februar dieses Jahres beim Seminar "1980" der Ausbildungsfirma INFOTECH in London gehalten hat.
(3) Daß die Notwendigkeit für den Einsatz von Computern nicht besteht, belegen einige von Riley genannte Zahlen. Danach arbeitet in der Dritten Welt fast kein Computer über 6 Stunden am Tag (zum Vergleich - BRD: 12 Stunden; USA: 15 Stunden am Tag im Durchschnitt!). 75 % der Computerzeit wird in den Ländern der Dritten Welt für Buchhaltungstätigkeiten eingesetzt, um die Buchhalter herkömmlicher Art einzusparen (USA ca. 15 %, BRD ca. 20 %). Selbst wenn Automation notwendig wäre, würden Buchungsautomaten (kosten zwischen DM 10.000,- und DM 50.000,-) an Stelle von Computern (ab DM 500.000,-) völlig ausreichen.
(4) Es ist zu vermuten, daß zwischen IBM und ICL wenigstens Teilabsprachen über die Aufteilung des Marktes bestehen. Zum Beispiel ist ICL in Mexiko vertreten, mit 2 verkauften Anlagen aber augenscheinlich wenig aktiv (IBM: ca. 200). In den Vereinigten Arabischen Republiken ist das Verhältnis der Verkaufsziffern beinahe umgekehrt: dort arbeiten fast nur ICL-Anlagen. Die in der VAR eingesetzten ICL-Großanlagen vom Typ 1906 und 1907 dienen - mit Ausnahme einer ICL 1906 bei der Universität Kairo - ausschließlich der Staatsverwaltung und speziell dem logistisch-militärischen Einsatz gegen Israel.
(5) Monopsonist = jemand, der ein Nachfragemonopol besitzt, der also der einzige Nachfrager einer Ware ist.
(6) siehe DIEBOLD-Statistik 1972. Interessant ist eigentlich nur dieser Anteil, weil ihn diese Länder selbst und direkt bezahlen müssen. Der Wert dieses Computerbestands läßt sich nur größenordnungsmäßig schätzen, da man aus der Marke und Type nur sehr vage auf Ausstattung und damit Preis schätzen kann. Größenordnungsmäßig liegt der Gesamtwert der in der Dritten Welt installierten Anlagen höher als 1,5 Milliarden DM. Man kann also annehmen, daß die bei Ministerien und Universitäten installierten Computeranlagen mindestens einen Wert von 500 Millionen DM darstellen.

Presse

Das südrhodesische Regime im Spiegel der westdeutschen Presse

Die meisten deutschsprachigen Zeitungen haben eine Gelegenheit verpaßt, humanes Engagement zu beweisen: Anläßlich des Konfliktes um die Teilnahme Südrhodesiens an der Olympiade wurde zwar am laufenden Band über die aktuellen Sensationen des vermeintlichen Skandals, aber kaum über seine in der Tat skandalösen politischen und sozialen Hintergründe berichtet. Die "Bild-Zeitung" drückte sich, indem sie von ihren Lesern verlangte, sich an einem Sonntagmorgen telefonisch zu informieren:

> Wollen Sie wissen, was die schwarzen Afrikaner gegen Rhodesien haben? Warum sie die Olympischen Spiele in München boykottieren wollen, obwohl sie manche Medaille mit nach Hause nehmen könnten? Am Sonntag sitzt ein Mann am BILD-Olympiatelefon, der es wissen muß: Teferra Schhidaw, der Olympia-Attaché von Äthiopien kann Ihnen all diese Fragen beantworten. Er spricht fließend Deutsch und kennt die Hintergründe des Boykotts ganz genau. Wählen Sie am Sonntag von 12-13 Uhr München 0811/280696." ("Bild-Zeitung", 19.8.72, S. 5)

Die "Bild"-Redakteure selbst waren entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt, die einfachsten Hintergrundinformationen zu geben. "Die Welt" hielt es mehrfach für noch nicht oder "nicht mehr an der Zeit, darüber zu diskutieren, ... wieweit die rassenpolitischen Bedenken der farbigen Afrikaner zu Recht bestehen." ("Die Welt", 24.8.72, S. 4; vgl. auch "Die Welt", 21.8.72, S. 2). Insbesondere die Springer-Blätter ließen hier also bewußt eine Lücke. Wir wollen diese journalistische Schäbigkeit gegenüber den schwarzafrikanischen Völkern nicht wiederholen:

1953 wurde das von der British South Africa Companie verwaltete Südrhodesien auf Drängen der europäischen Minderheit seiner Bevölkerung mit Nyassaland (heute Malawi) und Nordrhodesien (heute Sambia) zur Zentralafrikanischen Föderation zusammengefaßt. Zehn Jahre später brach die von der Kolonialmacht England erzwungene administrative Einheit auseinander. Die Völker Malawis und Sambias erhielten in der Folge die staatliche Unabhängigkeit; und zwar unter Verfassungen, die immerhin ermöglichen, daß neben der massiven ökonomischen Macht ausländischer Kapitalverwerter wenigstens die offiziellen Regierungsgeschäfte von einheimischen, afrikanischen Politikern geführt werden. In Südrhodesien dagegen, das eine verhältnismäßig ausgewogene Wirtschaftsstruktur aufweist (Anteile am Bruttosozialprodukt 1967: Landwirtschaft 20 %; Industrie einschl. Bergbau 34 %; sonstige Bereiche 46 %) und deshalb imperialistischen Einflüssen ohne institutionelle Absicherung weniger zugänglich wäre als seine Nachbarn, mochte die Clique der herrschenden Weißen den Afrikanern selbst formale Freiheit und Gleichheit nicht zugestehen. Da London der vollkommenen Selbständigkeit seiner Kolonie aber nur zuzustimmen bereit ist, wenn Gleichberechtigung der Rassen und eine entsprechende Regierung verbürgt sind, proklamierte Ian Smith, der politische Anführer der weißen Siedler, am 11.11.1965 UDI (Unilateral Independence), die einseitige Unabhängigkeit des Landes.

Mit der Verfassung von 1969 schufen sich die 230 000 Weißen ein institutionelles Instrument, um die farbige Bevölkerungsmehrheit - rund 5 Millionen Bantu - auch weiterhin daran zu hindern, die selbstverständlichsten Menschenrechte wie Freizügigkeit und Unversehrtheit wahrzunehmen und die reichen natürlichen Hilfsquellen ihres Heimatlandes für sich selbst zu nutzen. Nach dieser Verfassung setzt sich das Parlament (Repräsentantenhaus) aus 50 Weißen sowie 16 gewählten oder die Stämme vertretenden Afrikanern zusammen. Daß man auf eine Handvoll Renommierneger offenbar nicht verzichten will, hat sich wieder bei der Olympiade gezeigt, wo ja - freilich nach Auflage des IOC - ebenfalls ein paar Schwarze in der rhodesischen Mannschaft gestanden hätten. Die westdeutsche Presse fiel prompt auf dieses konstruierte Alibi herein und wurde nicht müde, die rührende Gemischtrassigkeit des Sportlerteams zu loben. "Auch wer nicht weiß ist bei uns, fühlt gleich.", wurde unbefangen der rhodesische Mannschaftskapitän Plaskitt zitiert. ("Die Welt", 24.8.72, S. 2)

Es fragt sich, ob auch alle gleich gefühlt haben, als bei den Wahlen von 1970 ganze 8 300 Nichtweiße stimmberechtigt waren und die "Rhodesian

Front", die die Vorrechte der parasitären europäischen Oberschicht und die Rassentrennung mit Klauen und Zähnen verteidigt, alle 50 den Weißen vorbehaltene Sitze gewann, während von den vier zugelassenen rein afrikanischen Parteien nur die UNPP einen einzigen Sitz erobern konnte. (Die radikalen Bantuparteien ZAPU und ZANU sind verboten und arbeiten vom sambischen Exilsitz in Lusaka aus.)

Ein weniger institutionalisierter, dafür aber brutalerer Ausdruck der rassen- und zugleich klassenantagonistischen Verhältnisse in Südrhodesien ist, daß die farbige Urbevölkerung Zimbabwes wie eh und je seit der Kolonialisierung von den Europäern mit Füßen getreten wird, wozu die Verfassung eben das formale Recht schaffen soll. Das ganze Land ist säuberlich aufgeteilt in Siedlungsgebiete für weiße Kolonisatoren einerseits und Bantus andererseits, wobei sich die Europäer natürlich die fruchtbarsten Landstriche reserviert haben. Verschleppungen ganzer Stämme sind keine Seltenheit. Erst kürzlich wurden wieder mehrere hundert Familien der Tangwena mit Militärgewalt in weniger fruchtbare Gebiete transportiert: Sicherlich wieder ein Anlaß für alle Beteiligten, gleich zu fühlen!

Außer bei Südafrika und Portugal, deren herrschende Klassen dieselbe rassistische Politik betreiben, hat die Regierung Smith unter diesen Umständen ihr internationales Ansehen eingebüßt, sofern es jemals vorhanden war. Großbritannien betrachtet Südrhodesien nach wie vor als Kolonie und hat Wirtschaftssanktionen – u.a. ein Ölembargo – gegen das abtrünnige Regime verhängt, denen sich andere bedeutende Handelsnationen angeschlossen haben. Der Sicherheitsrat der UNO verabschiedete am 28.5.1968 eine Resolution, die nicht nur die Wirtschaftssanktionen bekräftigt, sondern von den Mitgliedstaaten fordert, auf rhodesischen Paß reisende Personen abzuweisen. Erbittertster Gegner der Smith-Clique ist natürlich das schwarze Afrika, dessen Interessen und Selbstbewußtsein durch die diskriminierende Rassenpolitik unmittelbar verletzt werden. Obwohl die Handelsblockade heute weitgehend unterlaufen wird (man schätzt bis zu 95 %), hat die diplomatische Isolation des Regimes in Salisbury ständig zugenommen.

Gegenwärtig ist sie auf einem Punkt angelangt, der die weißen Rhodesier verzweifelte Anstrengungen unternehmen läßt, wenigstens einen Zipfel internationaler Anerkennung oder auch nur Aufmerksamkeit zu erhaschen. Dazu war die Olympiade ein willkommener Anlaß. Die Teilnahme wäre ein Schritt auf dem Weg zur internationalen Respektabilität gewesen. Daß sie für die rhodesische Ausbeuterklasse also weniger von sportlicher Bedeutung war, als vielmehr eine heiß ersehnte Bestätigung ihrer politischen Identität und Legitimität, beweist die fanatische, jede Demütigung geduldig schluckende Hartnäckigkeit, mit der darauf hingearbeitet wurde. Man wußte natürlich, daß es Schwierigkeiten geben würde, da Südafrika wegen derselben rassistischen Politik von der olympischen Bewegung ausgeschlossen worden ist. Also fand man sich zähneknirschend bereit, den Union Jack und "God save the Queen" als nationale Symbole anzuerkennen; logischerweise ist es für die weißen Rhodesier leichter, den Kolonialstatus, der ja nicht um der Selbstbestimmung einer Mehrheit willen aufgekündigt wurde, sondern um die Rassenpolitik zu sichern, formal zu akzeptieren, als eben diese Politik, die ihrerseits die eigenen Privilegien sichert, material aufzugeben. "Wir wären auch unter Hammer und Sichel angetreten ", soll ein rhodesischer Politiker gesagt haben; daß es ihm dabei bestimmt nicht um die Rettung des Sports vor der Politik, sondern eben um die politische Identität und Legitimität seines Staates ging, die zu bestätigen der zynischen Besiegelung offener und schonungsloser Unterdrückung einer überwältigenden Bevölkerungsmehrheit gleichkäme, offenbart der Nachsatz: "Jeder hätte dennoch gewußt, daß wir Rhodesier sind." ("Frankfurter Rundschau", 23.8.72) Gleichwohl wurden die kriecherischen Ambitionen des Smith-Regimes, an der Olympiade teilzunehmen, von einem großen Teil der westdeutschen Presse als "sportliche Flexibilität" honoriert (vgl. "Die Welt", 24.8.72, S.2), während die Androhung des Boykotts durch die Afrikaner – die eine zugegebenermaßen genau zum richtigen Zeitpunkt unternommene und deshalb taktisch kluge Reaktion darauf war – als unzulässige Einmischung der Politik in rein sportliche Angelegenheiten gewertet wurde:

> "Zu dem politischen Konflikt, der den sportlichen Charakter der Olympischen Spiele zu überschatten droht, ist es dadurch gekommen, daß die Nationalen Olympischen Komitees der afrikanischen Staaten offensichtlich von ihren Regierungen und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) unter Druck gesetzt werden." ("Die Welt", 19./20.8.72)

Natürlich waren die Aktionen der Afrikaner ebensogut wie die der Rhodesier "politisch", nur besaßen sie – und das mag die formalistische Argumentationsweise einer bürgerlichen Presse eben

nicht eingestehen - wegen des Inhaltes, auf den sie sich bezogen, ungleich mehr Legitimität.

Alle Zeitungen - auch die "Süddeutsche" und die "Frankfurter Rundschau" - bedauerten den Ausschluß Rhodesiens als Niederlage des hehren Sports vor der Politik, die als Feind alles Menschlichen, als gräßlicher schwarzer Buh-Mann auf die Bühne gestellt wurde.



FR 24.8.72

Setzt man für Sport das ein, was die Olympiade wirklich war, nämlich ein gigantisches Spektakel und Getöse zu Ehren der Massenmedien, allenfalls ein schlechtes Geschäft, auf jeden Fall aber ein Feierabendzirkus, der geeignet war, von der frustrierenden Alltagspraxis abzulenken, und den man in Zukunft ganz ins Fernsehstudio verlegen sollte, so war der Ausschluß Rhodesiens freilich nicht der Untergang des Sports. Er war die Demontage eines Stückes Blendwerk. Was dahinter sichtbar wurde, war in der Tat Politik, die alle, besonders aber die Völker der Dritten Welt, in ihren authentischen Lebensbedürfnissen betrifft, anstatt nur zu betäuben und zu berauschen. Der Vorrang der Politik vor dem ideologischen Allotria war einen Augenblick lang zum Zuge gekommen.

Die Art und Weise, wie die Presse dieses richtige Verhältnis mit ihrem Jammern über die Niederlage des Sports dann auf den Kopf gestellt hat, brachte allerdings die Sache schnell wieder ins alte schiefe Lot. "Die Welt" trieb die Verdrehungskünste so weit, daß nachträglich doch noch ein Sieg des Allotrias über die Politik heraussprang: "Spürt man, daß ... man (das IOC) eigentlich nicht Afrikas Argumenten recht gab, sondern um jeden Preis die Spiele retten wollte?" ("Die Welt", 24.8.72, S. 2)

Im übrigen hätten wir der "Süddeutschen Zeitung" und der "Frankfurter Rundschau" zugetraut, sich mit Schrekken an eine Zeit zurückzuerinnern, wo nicht zuletzt die Ohne-Mich-Ideologie, die auch nichts von Politik wissen wollte und es lieber anderen überließ, sich daran "die Hände schmutzig zu machen", in Deutschland einen Rassismus gewähren ließ, der in seinen Unterdrückungsmethoden noch brutaler war als der gegenwärtige in Rhodesien. Dieses Zutrauen war offenbar unbegründet.

In allen Belangen fielen Sportjournalisten und politische Redakteure unserer Zeitungen nur zu bereitwillig auf die Taktik der weißen Rassisten in Salisbury herein. "Die Welt", beim Setzen von Gänsefüßchen seit jeher nicht bange wenn es gilt, unangenehme Realitäten, die Axel C. Springer nicht wahrhaben will, auf bequeme Weise aus der "Welt" zu schaffen, spricht allerdings von "schwarzen und weißen 'Rassisten' aus der ehemaligen englischen Kolonie". ("Die Welt", 19.8.72, S. 4). H. Joachim Maitre, Meister des fairen Kommentars wie alle seine Kollegen von "Welt" und "Bild", hat hier einen Schlenker zu viel um die Wahrheit herum gemacht: denn wenn es schon durchaus "Rassisten" sein sollen in der ehemaligen englischen Kolonie, also keine Rassisten, dann gilt das - man höre und staune - ja auch von den erwähnten Schwarzen. Und die wollte unser Meisterkommentator doch sicher nicht reinwaschen, denn bekanntlich sind die elenden Opfer unserer jahrhundertelangen Hatz in allen Teilen der Welt an ihrer Lage selbst schuld - jedenfalls nach gängiger kulturimperialistischer Ideologie.

Auch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat sich nicht gescheut, das Verhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten derart zu pervertieren - und zwar explizit. Ihr Kommentator Robert Held erwähnt zwar ganz am Rande die frühere Unterdrückung und Ausrottung hungernder farbiger Völker durch gewinnhungrige Europäer. Aber das ist nur eine entschuldigende Vorbereitung auf die Hauptsache. Die Hauptsache ist eine bösartige Unterstellung: "Die schwarze Reaktion (auf die Ausbeutung durch Europäer) wird nun zwangsläufig zum Rassismus eigener Art." Abgesehen davon, daß diese Unterstellung den Sklavenhandel und andere heute etwas aus der Mode gekommene Formen der ko-

lonialen Verwüstung beinahe noch nachträglich zu rechtfertigen sucht, indem sie die Nachkommen der Opfer pauschal diffamiert, legitimiert sie indirekt die gegenwärtig gebräuchlichen Methoden der imperialistischen Ausbeutung; sie ruft die mächtigen Industrienationen als Wächter der politischen Moral und als kulturelle Lehrmeister der angeblich rassistischen, primitiven Völker der Dritten Welt auf den Plan und verschweigt, daß ihre Konzerne ihn längst betreten haben, um auf Kosten dieser Völker billig an Rohstoffe zu gelangen und der miserabel bezahlten Lohnarbeit Einheimischer, die von ihrer durch die ausländischen Kapitalverwerter perpetuierten Armut erpreßt werden, den entsprechend hohen Mehrwert zu entnehmen. Held empfiehlt, sich doch deshalb nur kein schlechtes Gewissen zu machen, "sondern die Afrikaner wissen (zu) lassen, daß reifere politische Zivilisation, etwas oberhalb von Stammesgepflogenheiten, auf die Dauer auch ein höheres Maß an Gerechtigkeit bedeutet " (FAZ, 24.8.72, S. 1) - womit er ohne Zweifel unsere eigene, westliche Zivilisation meint. Es gehört einige Arroganz dazu, diesen Satz im Zusammenhang mit Südrhodesien hervorzubringen, dessen politische und soziale Verhältnisse jenes höhere Maß an Gerechtigkeit so augenfällig demonstrieren, daß die ideologische Zugabe der imperialistischen Kapitalexpansion, die westliche Zivilisation, sich in diesem Land selbst ad absurdum führt. Widerlich, wie die Schwarzafrikaner mit ihren Stammesgepflogenheiten von der hohen Warte unserer korrupten Kultur aus als daumenlutschende und menschenfressende Primitive abqualifiziert werden. Mit dieser Geringschätzung mag es zusammenhängen, daß Held überhaupt wagte, derartige Frechheiten ins Gesicht von Menschen zu sagen, die das höhere Maß an Gerechtigkeit Tag für Tag am eigenen Leibe erfahren.

Held war nicht der einzige westdeutsche Journalist, der die Afrikaner in seiner Olympia-Berichterstattung über den Rhodesien-Konflikt als dumme Jungen oder Gefährlicheres hinzustellen suchte. Die kleinen gemeinen Wörter machten es in der Regel aus. Verhältnismäßig harmlos war noch, wenn die afrikanischen Sportler oder Politiker als nicht ganz ernst zu nehmende Trottel erschienen, denen "wohl nicht zu helfen" ist (Herbert Wagner in der "Westfalenpost", 19.8.72, S. 2) oder wenn z.B. Isaak Lugonzo, "der oberste Sportfunktionär Kenias", zum großmäuligen Witzbold gemacht wurde, der nicht mitteilte oder äußerte, sondern "tönte" ("Express", 19.8.72, S. 17). Schlimmer war es schon, wenn die Afrikaner in den Geruch des Hinterhältigen, wenn nicht Kriminellen gebracht wurden, wobei sich wieder die Springer-Blätter besonders hervortaten. Die "Bild-Zeitung" versah den Generalsekretär des obersten Afrikanischen Sportrates, den Kongolesen Jean Claude Ganga, mit dem liebenswürdigen Attribut "der Aalglatte" ("Bild"-Zeitung, 23.8.72, S. 5). Und daß die Afrikaner Erpresser sind, darüber waren sich zumindest "Die Welt" und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" einig; beide Zeitungen gewannen nach dem Ausschluß Südrhodesiens durch das IOC den "Eindruck einer unverantwortlichen Kapitulation vor der politischen Erpressung der Afrikaner" (FAZ, 24.8.72, S. 1).

Das ganze Gehechel läßt keinen Zweifel, daß die westdeutsche Presse nicht auf seiten der um ihr Recht und ihre Lebensgrundlage kämpfenden Afrikaner, sondern auf seiten des Regimes in Salisbury steht, das sich in München ein wenig internationalen Beifall abholen wollte. Die Presse redet über die Völker der Dritten Welt mit derselben rassistischen Zunge, wie die Protagonisten des Rassismus in Südafrika, Rhodesien und Portugal selbst. Karlheinz Vogel, ein anderer Kommentator der FAZ, machte gar keinen Hehl daraus, wem seine Sympathien gehören:

> "Die XXI. Spiele von 1976 in Montreal sind schon heute gefährdet, weil zu Südafrika und Rhodesien bis dahin neue Unbeliebte gefunden werden ... Vielleicht wird dem Mutterland des Olympismus, Griechenland, der olympische Status entzogen, weil dort antikommunistische Politiker die Regierung bilden. Oder Portugal, weil es noch Kolonien hat." (FAZ, 24.8.72)

Ein nettes Konsortium: Südafrika, Rhodesien, Griechenland und Portugal. Alles Länder, deren Regierungen dankenswerterweise hauptsächlich damit beschäftigt sind, die drohende Gefahr des Kommunismus gerade eben noch abzuwenden.

Es sei noch einmal betont, daß Ethnozentrismus dieser Art, egal, ob er sich auf antikommunistische Ressentiments oder auf die vermeintliche moralische Überlegenheit der europäischen Rasse und ihrer Zivilisation stützt, als ideologische Umhüllung des europäischen (und nicht zuletzt des deutschen) Imperialismus in der Dritten Welt zu betrachten ist. Insofern steht die arrogante Haltung der westdeutschen Presse gegenüber den Afrikanern

in Einklang mit den Profitinteressen ihrer großen, multinationalen Anzeigenkunden. Sie kommt nicht von ungefähr.

Trauen wir unseren Zeitungen, dann geht der Riß zwischen Leuten, die im Besitz der rechten Moral und Kultur sind, und den Ärmsten, die nicht darüber verfügen und sich deshalb der Erpressung und anderen hinterhältigen Machenschaften beugen, sogar durch den illustren Club des IOC:

> "Die Abstimmungen im IOC sind geheim. Niemand wird erfahren, welche der 70 Herren sich der politischen Erpressung gebeugt haben. Es ist dennoch ohne zu große rechnerische Mühe möglich, die Herkunft dieser 36 Stimmen zu orten. Sie wurden ohne allen Zweifel von den neun Mitgliedern des Ostblocks, den sechs afrikanischen sowie den süd- und mittelamerikanischen Delegierten geliefert, angereichert durch ein paar Herren, die durch die Boykottdrohungen der Farbigen so nervös geworden waren, daß sie um den Preis der "heilen Spiele" in München die Hand zum olympischen Offenbarungseid hoben." ("Die Welt", 24.8.72, S. 4)

Nun wissen wir doch endlich, wer die Bösewichter der Weltgesellschaft sind, die man immer für alles verantwortlich zu machen hat (selbst wenn man es – wie in diesem Falle – nicht belegen kann): Die Bewohner des Ostblocks sowieso, aber auch die Afrikaner, die Süd- und Mittelamerikaner und natürlich jene paar Schwächlinge bei uns, die sich nervös machen lassen und ab und zu unerwartetes, abweichendes Verhalten an den Tag legen. Die Anderen, Artigen, die Klugen und Starken, die Wahrer der olympischen Idee, das sind W i r : Großverleger Axel C. Springer und seine Redakteure, die deutschen Mitglieder des IOC mit Topmanager Beitz an der Spitze, überhaupt: Wir alle, die reichen Leute.

Der Skandal war nicht, daß ein Konflikt um die Teilnahme Rhodesiens an der Olympiade ausgetragen wurde und die Afrikaner ihn für sich entscheiden konnten. Der Skandal war die Berichterstattung der westdeutschen Presse darüber.

hpö

IBM – Hymne

GELIEBTER FÜHRER

Streng gehütetes Firmengeheimnis ist seit einigen Jahren die IBM-Hymne, die Verkäufer und Ingenieure des Computer-Herstellers bis in die 60er Jahre bei Betriebstreffen zum Eigenlob und zu Ehren des IBM-Gründers Thomas J. Watson sangen. Jetzt wird sie bekannt. Der US-Autor William H. Rodgers veröffentlicht den Song of IBM in seinem kürzlich erschienenen Buch "Die IBM Saga".

Auf euch alle wartet eine Freude,
denn wir wollen jetzt toasten
auf die Firma in aller Welt.
Wir sind hier, um jenen Pionier zu grüßen
und uns auch stolz zu rühmen
jenes "Mannes aller Männer",
unseres Freundes und gütigen Meisters.
Der Name T.J. Watsons bedeutet Mut,
dem keiner Einhalt gebietet,
und wir fühlen uns stolz, hier zu sein,
und toasten auf die "IBM".

IMMER VORWÄRTS – IMMER VORWÄRTS!
Das ist der Geist, der uns berühmt gemacht hat.
Wir sind groß, aber noch größer werden wir sein.
Es kann uns nicht mißlingen,
denn alle Welt kann sehen,
daß der Menschheit zu dienen unser Ziel gewesen ist.
Unsere Produkte sind in aller Welt bekannt.
Unser Ruf glitzert wie ein Edelstein!
Wir haben uns den Weg erkämpft – und wir sind auch gewiß,
uns neue Märkte zu erobern
für IMMER-VORWÄRTS-IBM.

IMMER VORWÄRTS – IMMER VORWÄRTS!
Wir streben auf den Gipfel und werden niemals stürzen.
Hier und heute schwören wir dankbar aufrichtige Treue
zu der Firma, der besten von allen.
Wir verehren unsere Führer, und da wir hier zusammen sind,
laßt uns der Welt zeigen, was wir von ihnen denken.
So laßt uns singen, Männer, SINGT, MÄNNER.
Ein- und zweimal, sing noch einmal
für die IMMER-VORWÄRTS-IBM.

aus: Capital 5/1971, S. 9

Westeuropa auf dem Wege zur Großmacht

Andreas Buro

Auswirkungen der ökonomischen und politischen Integration

Vor zwanzig Jahren, am 27. Mai 1952, unterzeichneten die Außenminister der späteren sechs EWG-Staaten den Vertrag über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Als dieser zwei Jahre später, kurz nach der dramatischen Indochina-Konferenz in Genf am 30. August 1954, von der französischen Nationalversammlung abgelehnt wurde, war ein erster Anlauf zu einer schnellen politischen Einigung Westeuropas gescheitert. Denn bei diesem Vertrag handelte es sich um mehr als nur um eine militär-technische Zusammenlegung von Streitkräften. Die Bildung einer europäischen Armee hätte die Souveränität der bestehenden westeuropäischen Nationalstaaten an der Wurzel getroffen. Deshalb bestanden auch bereits zu dieser Zeit Planungen über weitere vertragliche Schritte, die auf eine Europäische Politische Gemeinschaft zielten.

Die tieferen Gründe für die Ablehnung der EVG jenseits der jeweiligen Motive der einzelnen Fraktionen der französischen Nationalversammlung lagen, wie mir scheint, in dem damals noch geringen Ausmaß der ökonomischen Integration. Der industrielle Wiederaufbau Westeuropas war in keiner Weise abgeschlossen. Vielmehr suchte die Industrie ihre Aufbauphase durch nationale politische Maßnahmen nach außen abzuschirmen. Die Konvertibilität der Währungen, wichtige Voraussetzung für den Außenhandel, war trotz des ersten Ansatzes der Europäischen Zahlungsunion noch nicht hergestellt. Von einer übernationalen Verschmelzung des Kapitals konnte kaum die Rede sein. Die ökonomische Basis für einen politischen Zusammenschluß fehlte also in jeder Hinsicht. Aus diesem Grunde dürfte auch die Initiative von Winston Churchill zur Vereinigung Westeuropas in dem bescheidenen Ansatz des Europa-Rates und seiner weitgehend kompetenzlosen beratenden Versammlung in Straßburg steckengeblieben sein.

Doch neben diesen vorzeitigen Versuchen, die politische Einigung von oben zu vollziehen, waren bereits damals mit der OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) (1948) und der Gründung der Montanunion (1950) die ersten Schritte zum wirtschaftlichen Zusammenwachsen Westeuropas getan. In den folgenden zwanzig Jahren wurde die ökonomische Integration auf allen Ebenen konsequent verfolgt. Die Konzentration des Kapitals erst vorwiegend im nationalen Rahmen, den Eintritt in die Konkurrenz innerhalb der größeren Gemeinschaft vorbereitend, und in den letzten Jahren zunächst behutsam, dann immer stürmischer auch über die europäischen Grenzen hinweg, hat aus der nationalstaatlich organisierten Industrie von einst, das Westeuropa der Monopole gemacht. Die alten nationalen Schutzgrenzen und die Schwerfälligkeit der nationalstaatlichen Koordination in Westeuropa erscheinen nun immer öfter als Hemmschuh dort, wo das Kapital der schnellen und entschlossenen Unterstützung geballter westeuropäischer Staatsgewalt bedürfte, um seine Verwertungsbedingungen zu sichern und zu optimieren. So ist es nicht verwunderlich, wenn der Schwerindustrielle Otto Wolff von Amerongen die mangelnde politische Einigung bitter beklagt und feststellt: Nicht nur Europa, sondern die ganze Welt warte darauf, daß die Gemeinschaft unverzüglich die ihr zukommende neue Führungsrolle aufnehme (FR 7. 6. 72).



In Reih und Glied zum Familienfoto: die 10 EWG-„Repräsentanten" dpa

Aktualität politischer Integration

Die Frage der politischen Gemeinschaft steht nach 20 Jahren wirtschaftlicher Integration wiederum auf der Tagesordnung, obwohl im Oktober auf dem Gipfeltreffen noch immer die Abstimmung von Wirtschafts- und Währungspolitik im Vordergrund stehen wird. Das wird nicht nur deutlich aus der Forderung nach Errichtung eines politischen Sekretariats, sondern vielmehr noch aus der Tatsache, daß die ökonomische Integration mittlerweile eine Stufe erreicht hat, die nur überschritten werden kann, wenn die Souveränität der westeuropäischen Nationalstaaten weiter abgebaut wird und supranationale Kompetenzen an ihre Stelle treten. Das zweitwichtigste Konferenzthema, die Außenbeziehungen der EWG, illustriert die weitgehende Konsequenz der wirtschafts- und währungspolitischen Integration. Nach Ansicht von Paris sollte die EWG-Gipfelkonferenz „die ‚europäische Identität' gegenüber den USA, den Entwicklungsländern und den Ostblockstaaten bekräftigen ..." (FR 20. 7. 72). Ganz in diesem Sinne erörterte der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften bei seiner Sitzung am 20. Juli 1972 Schritte zu einer Global-Politik gegenüber den Mittelmeerstaaten. Die Beispiele für solche außenpolitischen Konsequenzen ließen sich beliebig erweitern. Stichworte wie Assoziierungspolitik, Neuordnung des Weltwährungssystems, Festlegung von Bandbreiten, aber auch die Bildung einer Euro-Gruppe innerhalb der NATO oder die Tendenz zur Übernahme von Koordinationsfunktionen durch Brüssel im industriellen Sektor, beispielsweise bei der Verschmelzung der Luftindustrie, zeigen überdeutlich, wie weit die Integration heute bereits, und zwar de facto auch im politischen Bereich gediehen ist.

Die Entspannungspolitik ist neben dem wirtschaftlichen Zusammenschluß die zweite wichtige Voraussetzung der westeuropäischen Integration. So berichtete der gut informierte FR-Korrespondent Erich Hauser nach der Ratifizierung der Ost-Verträge aus Brüssel, daß bei der Europakommission unverhohlene Erleichterung zu spüren sei, „... weil die Bereinigung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn seit langem als Voraussetzung für eine gemeinsame Außenpolitik der EWG-Staaten und den Beginn einer politischen Integration gilt, und ... weil dies wiederum die Voraussetzung für das Gelingen der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion der EWG ist" (FR 19. 5. 1972). Hier wird ein wichtiger Hintergrund der Entspannungspolitik für Europa angesprochen: Das Festhalten der Bundesregierungen an den Forderungen der Roll-back-Politik war zum Hemmnis der Westintegration geworden. Diese Politik mußte deshalb nicht nur aus den Interessen der USA nach einer flexiblen Politik gegenüber den nicht mehr zu ignorierenden neuen Machtzentren und der damit verbundenen Ablösung der bipolaren Politik der Kalten Kriegs-Ära aufgegeben werden, nicht nur wegen der Ost-Handelsinteressen deutscher Industriegruppen, sondern auch und gerade unter dem Aspekt der von Adenauer eingeleiteten und ohne Rücksicht auf Chancen der friedlichen Wiedervereinigung betriebenen Politik der Integration in Westeuropa. Entspannungspolitik ist somit auch konsequente Fortführung alter bundesrepublikanischer Außenpolitik. Auch die CDU/CSU wäre um diesen Schritt, wie immer in Nuancen variiert, nicht herumgekommen.

Die Entspannungspolitik schafft eine weitere Erleichterung für die westeuropäische Integration. Sie verringert den Zwang zur militärischen Allianz- und Gefolgstreue gegenüber der Vormacht USA. Sie vergrößert den politischen Spielraum zu selbständigerer Politik, auch bei Interessengegensätzen mit den USA.

Die Probleme der Integration

Angesichts steigenden Druckes der mächtigsten Industriefraktionen zu schnellerer Integration wird trotz der Verzögerungen, die mit dem Beitritt der vier ehemaligen EFTA-Länder am 1. 1. 1973 verbunden sein dürften, die von schwachen und nicht konkurrenzfähigen Unternehmen und Industriezweigen ausgehen und trotz der Schaukämpfe der nationalen Regierungen um die besten Startchancen für ihre dominanten Wirtschafts- und wichtigsten Wählergruppen mit baldigen weiteren Fortschritten im Ausbau der Gemeinschaft und im Abbau der nationalen Souveränitäten zu rechnen sein. Daraus ergibt sich die Frage nach den voraussichtlich auftretenden Widersprüchen, die sozialistische Strategie in ihre Überlegungen einzubeziehen hat.

Die Gemeinschaft der Zehn ist mit ca. 527 Mill. Einwohnern, einem Sozialprodukt von 637 Mrd. Dollar und 41 % Anteil am Welthandel (USA 205 Mill. Einw., 997 Mrd. Dollar und 14 %, UdSSR 245 Mill. und 288 Mrd. Dollar; alle Zahlen für

1970) der zweitgrößte Wirtschaftsblock. Doch die Wirtschaftsstrukturen und die sozialen Verhältnisse sind in den einzelnen Teilen dieser Gemeinschaft sehr unterschiedlich. Es gibt in ihr Wohlstands- aber auch unterentwickelte Gebiete. Die Überwindung dieser Unterschiede ist nicht wahrscheinlich, würde sie doch den wohlhabenderen Teilen Opfer abverlangen, für die in der kapitalistischen Gesellschaft die Solidaritätsbasis fehlt. Die ökonomischen Trends werden vielmehr im Sinne eines ‚inneren Kolonialismus' solche Unterschiede weiter verschärfen, wodurch die Bevölkerung dieser ‚unterentwickelten' Gebiete die Funktion einer industriellen Reservearmee, als Disziplinierungsmittel für die Lohnabhängigen, erhält.

Ebenfalls im Sinne der Verschärfung sozialer Spannungen wird sich die Öffnung der Märkte, das Zurückdrängen offener oder versteckter staatlicher Subventionierung und die damit in Verbindung mit dem Machtkampf der Kapitalgruppen erzwungenen Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen auswirken. Die Existenzbasis vieler wird gefährdet, wenn nicht zerstört werden. Dabei ist nicht auszuschließen, daß alte nationalistisch gefärbte Feindbilder besonders bedrohte Schichten zu politischer Irrationalität bewegen.

Die sozialen Wirkungen solcher Umstrukturierungen werden um so tiefer sein, je mehr die Integration wie bisher auf der Basis der ständigen Enteignung der kleinen Geldwertbesitzer durch Inflation zugunsten von Sachwertbesitzern — die wichtigsten unter ihnen sind natürlich die Produktionsmittelbesitzer — erfolgt. Die Enteignungen bezahlen damit die Strukturveränderungen und verschieben die Einkommensverteilung ständig wieder zugunsten der Kapitalisten. Hiermit ist jedoch trotz allem Zweckoptimismus der Vorwahlzeit zu rechnen. Die Ursachen für die Inflation sind vielfältig. Die Angleichung von feineren regionalen Unterschieden wird nur auf der Basis von Preiserhöhungen vorgenommen werden können, da eine Reduzierung der Nominal-Einkommen auf großen sozialen Widerstand der Lohnabhängigen stoßen dürfte. Da die Monopole inzwischen, wie nicht nur das amerikanische Beispiel, sondern auch die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik zeigen, die Stagflation (Preissteigerungen trotz wirtschaftlicher Rezession) beherrschen, werden sie ferner weiterhin versuchen, alle Lohnkampferfolge durch Preissteigerungen zum Teil wenigstens aufzuheben.

Inflationsgemeinschaft

Von 1969 bis 1971 betrugen die Raten der Geldentwertung in:

Bundesrepublik	**12,7 %**
Frankreich	**17,2 %**
Großbritannien	**21,6 %**
Holland	**21,0 %**
Italien	**14,2 %**
Belgien	**13,1 %**
Luxemburg	**12,6 %**

Alle beschriebenen, teils schon sich andeutenden Spannungen können in ihren Auswirkungen erst richtig vor dem Hintergrund der wachsenden Macht der Monopole bewertet werden. Diese sind in ihrer Struktur weitgehend unterschieden von den Monopolen vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Ihre multinationale Struktur — sie werden deshalb auch als Multinationale bezeichnet — erlaubt ihnen schnelle Produktions-, Handels- und Geldmanipulationen über nationale Grenzen hinweg. Die 20 größten Multinationalen in Europa haben zusammen Umsätze, die etwa doppelt so hoch sind wie der Haushalt der Bundesregierung. Sie entziehen sich weitgehend der Kontrolle der Staaten, verschieben bei vertikaler Konzernstruktur ihre Profite an für sie steuerlich günstige Stellen und erheben den Staatsapparaten gegenüber Forderungen, denen sie durch die souveräne Manipulation des Kapitals Nachdruck verleihen. Das wirtschafts- und finanzpolitische Instrumentarium der Regierungen vermag gegen sie wenig. Hierfür ein Beispiel: Die US-Regierung wollte auf Grund der ungünstigen Zahlungsbilanz den Kapitalexport durch Einführung neuer Steuern drosseln, doch ihr Versuch wurde von den großen Konzernen mit Hilfe der Euro-Obligationen und des Euro-Dollars vereitelt.

Die neue Phase der Integration wird dadurch gekennzeichnet sein, daß die westeuropäischen Konzerne — durch die EWG-Erweiterung durch gewichtige britische Monopolgruppen verstärkt (von den 20 größten europäischen Konzernen stellen die Briten 7, BRD 7, Frankreich 2, Italien 2 und Holland und die Schweiz je 1) — sich dem sich verschärfenden Konkurrenzkampf mit den anderen großen kapitalistischen Wirtschaftsblöcken USA/Kanada und Japan anpassen werden. Dazu müssen die sozialen Kosten gering und die Lohnforderungen unter Kontrolle gehalten werden, während die staatliche Politik fest an die Interessen der Multinationalen gebunden ist. Eine technokratisch dirigierte Leistungsgesellschaft ohne emanzipativen Anspruch entspricht dieser Zielsetzung am ehesten. Die Bemühungen in dieser Richtung werden allenthalben sichtbar.

Die Strategie der Multinationalen, Produktionsverlagerungen in andere Länder auch außerhalb der EWG und Zurückgreifen auf dort gelagerte Vorräte, dient nicht zuletzt der Kontrolle der Lohnabhängigen in der EWG. Gelingt es den Multinationalen, diese Strategie flexibel zu beherrschen, so werden die Kampfmöglichkeiten der Lohnabhängigen in der EWG durch eine große zusätzliche, äußere Reservearmee beschnitten. Hierdurch wird nicht nur die Machtposition der Monopole in sozialen Konflikten gestärkt, sondern sie drängen auch auf eine imperialistische Außenpolitik der EWG. Dieser Druck verstärkt sich in dem Bemühen, die schmale Rohstoff-Basis Westeuropas gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftsblöcken auszuweiten.

Imperialistische Blockpolitik

In diesem Zusammenhang geraten die Mittelmeerstaaten und Afrika mit ihren riesigen, teils noch unerschlossenen Bodenschätzen ins Blickfeld. Auf sie zielt die Assoziierungs- und Entwicklungspolitik, ebenso wie die mehr oder weniger versteckte Hilfe für die Unterdrükkung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und die Kooperation mit Rhodesien und Südafrika.

Die Staaten des Mittelmeerraumes und Afrikas sind zum großen Teil ehemalige Kolonien oder hatten einen halbkolonialen Status. Ihre Dekolonisation war begleitet von der Herstellung neokolonialistischer Abhängigkeiten, die vorwiegend über ökonomische Mechanismen und Protegierung der mit den kapitalistischen Industriestaaten zusammenarbeitenden sozialen Schichten (Kompradoren-Bourgeoisie) und Sicherung ihrer Privilegien gesteuert wurde. Entscheidend ist nun, daß diese Zusammenarbeit auf weitere Ausbeutung der Völker dieser Länder zielt. Darüber kann auch nicht Entwicklungshilfe hinwegtäuschen, selbst wenn sie als staatliches Geschenk gewährt wird. Denn die durch sie bewirkten Investitionen in die Infrastruktur dieser Staaten sind zur Vorbereitung und Stützung wirtschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse unerläßlich. Um aber die Völker zu bewegen, ihre eigenen Interessen aufzugeben und sich den ausländischen zu unterwerfen, bedarf es der Gewalt. Sie wird über die korrumpierten Kompradoren-Bourgeoisien ausgeübt. Die Entwicklung liberaler Formen bürgerlicher Herrschaft in den Staaten der armen Welt ist nicht zuletzt wegen dieser imperialistischen Einmischung ausgeschlossen. Diktaturen sind vielmehr die Herrschaftsformen dieser Gesellschaften fast überall in den Einflußzonen der imperialistischen Industriestaaten.

Die Sicherung von Rohstoffquellen und Kapitalexport im Interesse der europäischen multinationalen Konzerne macht es erforderlich, zunehmend mit diesen Diktaturen zu kooperieren, ja, ihre korrupte Herrschaft und ihr terroristisches Regime zu stützen. Heute geschieht dies bereits in erheblichem Maße — Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal, Südafrika, Rhodesien und Marokko sind dafür nur einige Stichworte. Doch mit steigender Ausbeutung wird der Widerstand und damit die ‚notwendige' Hilfe Westeuropas für die terroristischen Regime wachsen. Dies wird die Legitimationsbasis bürgerlicher Herrschaft weiter untergraben, denn in Europa sind die Menschen, nicht zuletzt durch den Vietnam-Krieg, gegenüber den Konsequenzen imperialistischer Politik hellhörig geworden. Sie werden sich in zunehmendem Maße gegen eine solche Politik neo-kolonialistischer Ausbeutung und Unterdrückung wenden. So werden auch hierdurch die innenpolitischen Spannungen steigen und, wie immer, wird außenpolitisch geübte Unterdrückung letztlich nicht ohne innenpolitische Repression aufrechtzuerhalten sein.

Atomstreitmacht parallel zur politischen Integration

Rainer Barzel entwickelte im Mai in einer britischen Zeitschrift Pläne für eine westeuropäische Atomstreitmacht: „Auch die nuklearen Potentiale, und zwar Großbritanniens und Frankreichs, müßten in irgendeiner Form in die Zusammenarbeit Westeuropas eingefügt werden. Es geht daher ... um die Kooperation dieser Nuklearmächte in und mit Westeuropa". „Im Vorstadium" lasse sich „eine Beteiligung aller westeuropäischen Staaten in Formen der Mitberatung über Verteidigungskonzeptionen und Operationspläne ermöglichen und sie parallel zur politischen Integration weiterentwickeln".

(Nach „AMI" Nr. 7/72)

Doch werden dies nicht die einzigen' Folgen sein. Westeuropäische neokolonialistische Außenpolitik bedarf, soll sie sich gegen Konkurrenten anderer Blöcke durchsetzen, der möglichst weitgehenden Unabhängigkeit auch auf dem militärischen Sektor. Zwar betont Frankreich diesen Aspekt heute noch vorwiegend unter nationalem Vorzeichen. So Verteidigungsminister Debré: „Ohne die Bedeutung der Allianzen zu verkennen, wolle Frankreich seine Entscheidungsfreiheit behalten und daher über jene militärischen Mittel verfügen, die ihm eine solche Politik ermöglichen" (FR 1. 7. 72). Doch der nationale Aspekt Debréscher Äußerungen ist nur vordergründig. Er bezieht sich auf die Position, die Frankreich im Rahmen Westeuropas beispielsweise gegenüber der BRD gewinnen kann. Sinnvoll ist solche Taktik jedoch nur, wenn militärische Selbständigkeit auch in einem integrierten Westeuropa eine wichtige Komponente darstellt.

Selbständige neokolonialistische, imperialistische Politik des Westeuropas der Zehn, gestützt auf die alten Kolonialbeziehungen und -erfahrungen wird deshalb ein Europa sein, das seine qualitative Rüstung verbessern, Rüstungsindustrie koordinieren, ~~konzentrieren~~ und erweitern und sich in stärkerem Maße als bisher am Rüstungswettlauf der Supermächte beteiligen wird. Damit aber wird auch der Industrie-Militär-Komplex mit seinen aus den USA hinreichend bekannten Nebenerscheinungen einen zunehmenden Einfluß auf die

Politik der westeuropäischen Gemeinschaft ausüben. Seine Bedeutung wird jedoch nicht auf außenpolitische Aspekte beschränkt bleiben. Angesichts steigender innenpolitischer Spannungen wird sich bürgerliche Herrschaft auch nach innen auf eine solche ‚Europäische Verteidigungsgemeinschaft' stützen wollen.

Strategien bürgerlicher Herrschaft

Sind die hier grob skizzierten Entwicklungstrends zutreffend, wird die Integration Westeuropas erhöhte innere Spannungen erzeugen und imperialistische Politik mit allen Implikationen vorantreiben, so lassen sich daraus Schlußfolgerungen für Entwicklungstrends der Formen bürgerlicher Herrschaft in Westeuropa ziehen.

Die auf Kapitalverwertung zielende technokratische Leistungsgesellschaft ist das unverzichtbare Leitmotiv der Sicherung von Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Monopolen der anderen Wirtschaftsblöcke. Unter diesem Aspekt ist die Gemeinschaft gezwungen, technokratisch bestimmte und begrenzte Reformen in vielen Sektoren, von der Bildung bis zur Wirtschaftsstruktur, vorzunehmen. In diesem Sinne ineffektive Herrschaftsgruppen sind deshalb nur dort akzeptabel, wo es nicht um Effektivität bei technokratischer Modernisierung geht, sondern um neokolonialistische Unterwerfung der Bevölkerung. Doch Reformen sind meist ambivalent, wie gerade die Reformversuche auf dem Bildungssektor in der BRD zeigen. Besteht doch immer auch die Möglichkeit, die Ausrichtung auf die Leistungsgesellschaft zugunsten einer Orientierung auf menschliche Emanzipation zu durchbrechen. Deshalb muß bourgeoise Herrschaft diese Reformvorhaben genau unter Kontrolle halten und womöglich durch konservative Kräfte ausführen lassen. Progressive Kräfte, wie sie etwa in sozialdemokratischen Parteien vorhanden sind. werden zwar für die Einleitung von Reformen benötigt, um verhärtete Strukturen aufzubrechen, sind aber andererseits ein Sicherheitsrisiko im Sinne der erwähnten Ambivalenz. Disziplinierung der sozialdemokratischen Kräfte und Modernisierung der Konservativen muß daher neben einem Wechselspiel zwischen den Herrschaftseliten ein wichtiges Moment innenpolitischer Herrschaftsstrategie sein. Die eindeutige Stellungnahme der Großindustrie zugunsten der CDU/CSU nach zeitweiliger Tolerierung der SPD weist auf solche Taktiken ebenso hin, wie der Rechtstrend in der SPD selbst.

Für die Sicherung von Massenloyalität auch und gerade bei Reformen ist die Entpolitisierung der Massen wichtigstes Mittel. Politisch desorientierte Massen sind verschleiernden irrationalen Erklärungen zugänglich und können so im Sinne von Herrschaftszielen manipuliert werden. Die monopolistische Verfügung der Bourgeoisie über die Massenmedien hat hier auch weiterhin ihre überragende Funktion. Durch ihren Kampf um die Politisierung der Massen wird sozialistische Opposition in diesem Punkte zum gefährlichen Gegner. Ist es ihr doch in der Vergangenheit gelungen, einen großen Teil gerade der Jüngeren in fast allen Schichten zu erreichen und nicht nur Information zu vermitteln, sondern auch kritische Distanz zu den öffentlich immer wieder beschworenen Werten des ‚freien' Westens und ‚christlichen' Abendlandes herzustellen. Gerade die Tatsache, daß sich an die spektakulären Ereignisse der 60er Jahre eine Phase theoretischer Aufarbeitung gesellschaftlicher Probleme – wie rudimentär und disparat auch immer – und ein sich zunehmend verbreiternder ‚langer Marsch durch die Institutionen' anschloß, hat erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Sie schlägt sich in der forcierten Errichtung des neuen, innenpolitisch motivierten antikommunistischen Feindbildes und in Maßnahmen wie dem Berufsverbot für Linke, dem Kooperationsverbot für Jusos und der Verketzerung der SPD als kommunistisch unterwandert ebenso nieder, wie in den Versuchen der Unternehmer, ihr von den Anschuldigungen der Sozialisten getrübtes Image durch Public-Relation-Kampagnen wieder auf Hochglanz zu bringen.

So ist es durchaus denkbar, daß Sicherung von Massenloyalität durch Entpolitisierung und Entwicklung neuer Feindbilder nicht ausreichen wird, um der jeweiligen Integrationspolitik den notwendigen Rückhalt zu verschaffen, und daß ideologische Anstrengungen verstärkt werden, um eine neue, nun supranationalistische Ideologie über das Vaterland der Vaterländer, die ‚Gemeinschaft der freien Nationen Westeuropas' zur Herstellung verstärkter Loyalitätsbindungen zu schaffen und der Bevölkerung einzuhämmern. Noch stellen sich allerdings solcher ideologischen Stilisierung Hindernisse entgegen. Das Pokern um die nationalen Ausgangspositionen ist mit supranationalen Ideologien nur schwer in Einklang zu bringen. Sind hier jedoch die Entscheidungen gefallen, so kann sich eine schnelle Wende ergeben. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sollte die Linke bereits jetzt die Diskussion über das sich integrierende Westeuropa verstärken, um in der Lage zu sein, sich schnell mit aufkommenden europäischen Ideologien auseinandersetzen und deren Funktion entlarven zu können.

100 Milliarden DM einsparen

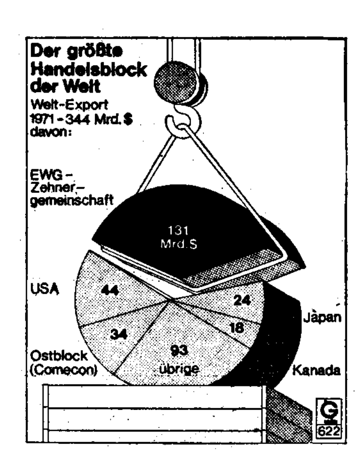
Für ein Rentenreformprogramm, das bis 1986 mehr als 100 Milliarden DM weniger kosten würde als die Regierungsvorhaben, hat sich in Bonn die Bundesvereinigung der Deutschen - Arbeitgeberverbände (BDA) ausgesprochen. Während die SPD-FDP-Koalition einschließlich einer auf den 1. Juli 1972 vorgezogenen 9,5prozentigen Rentenanpassung mit einem Finanzierungsrahmen von 187 Milliarden DM rechnet, würden die von den Arbeitgeberverbänden vorgeschlagenen Verbesserungen lediglich zu Mehraufwendungen in Höhe von 83 Milliarden DM führen.

Psychologische und ideologische Manipulationen sind wichtige Instrumente der Herrschaftsstabilisierung. Der historische Rückblick zeigt jedoch, daß bürgerliche Herrschaft sich hiermit nicht begnügt hat, um geänderten sozioökonomischen Situationen zu entsprechen. Man kann Revue passieren lassen: die oligarchische Kooperation mit den Königen zur Bekämpfung des Adels, die Herrschaft der Besitzenden durch Diskussion unter Gleichen im Parlament, von dem natürlich die Masse der Bevölkerung ausgeschlossen war, die für die Bourgeoisie trotz Sozialdemokratie und ihrer Integrationsbereitschaft heikle Zeit der großen sozialen Massenparteien, die schließlich in einzelnen Ländern durch faschistische Herrschaftsformen unter Kontrolle gebracht wurden, und nun die Zeit der erfolgreichen industriellen Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten mit der schrittweisen Entleerung der bürgerlich-parlamentarischen Formen zugunsten einer Oligarchisierung der politischen Entscheidungsträger. Neben Psychologie und Ideologie trat also immer noch herrschaftstechnische Absicherung politischer Macht.

Schon heute sind die nationalen Parlamente nur noch in bescheidenem Maße in der Lage, die supranationale Politik zu kontrollieren oder gar zu bestimmen. Die Verselbständigung von Regierungsexekutiven und Parteieliten hat hier ihren höchsten Ausdruck gefunden. Die Fortführung der Integration Westeuropas wird der Tendenz zur Entleerung des bürgerlichen Parlamentarismus weiter Vorschub leisten. Die bescheidenen Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments der Europäischen Gemeinschaften und die Tatsache, daß ihm nach wie vor eine direkte Wahl vorenthalten worden ist, signalisieren nur diesen Zustand. Die Monopolisierung politischer Entscheidungen durch Eliten mit der Entwicklungstendenz zu einer multinationalen Oligarchie entspricht dem Prozeß der Kapital-Konzentration über die Grenzen hinweg und den daraus folgenden Tendenzen, die politische Gewalt für die Bedürfnisse der Kapitalverwertung schlagkräftig zu instrumentalisieren. Die Ergebnisse solcher Entwicklung können nur sein: Zunahme autoritärer Herrschaftsformen, Verminderung der Öffentlichkeit für wichtige Entscheidungen, Entdemokratisierung, wo immer möglich, und Zunahme der Repression gegenüber sozialistischer Opposition.

Der Schritt zum autoritären Stil der französischen Präsidialverfassung ist dann nicht allzu weit, besonders wenn die bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen sich in noch anderen Ländern als Frankreich als ungeeignet erweisen sollten, etwa beim Scheitern der italienischen Balanceakte um die linke und rechte Mitte.

Das skizzierte Bild der Entwicklungstrends in Westeuropa scheint nur schlecht mit den Hoffnungen übereinzustimmen, die mit der Entspannungspolitik verbunden werden. Solche Hoffnungen verkennen aber, daß die Entspannungspolitik nicht aus humanitären Gründen geboren wurde, sondern politische Notwendigkeit wurde, als die Ziele des Kalten Kriegs nicht mehr zu erreichen waren und neue Machtkonstellationen eine neue außenpolitische Ausrichtung erforderlich machten. Die Ära der Entspannung nach Osten ist für Europa gleichzeitig die Ära der Formierung der neuen Supermacht: des Europas der Monopole, die Westeuropa ihren ökonomischen Zielsetzungen weitgehend unterworfen haben. Statt der durch Entspannung erweckten Hoffnung auf eine solidarischere Welt werden sie den Konkurrenzkampf nun auf ein neues Niveau der Zentralisation und der Konzentration sowie der weltweiten imperialistischen Aktivität heben. Autoritärere Herrschaftsformen und innenpolitische Verschärfung von Manipulation und Repression werden die Folge sein. Hoffnungen, sozialdemokratische Parteien und gewerkschaftliche Apparate könnten solche Entwicklung mehr als nur leicht modifizieren, dürften angesichts der weitgehenden Integration beider in die Herrschaftsstrukturen kapitalistischer Gesellschaft trügerisch sein. Nur der solidarische Kampf der Unterdrückten selbst gegen eine solche Entwicklung wird Änderung schaffen können.



aus: "links"
Sozialist. Zeitung
(Okt. 72)

Portugal & EWG:

E.A. Scharffenorth,
Rotterdam

Zu den Beziehungen zwischen Portugal, seinen afrikanischen Kolonien und der EWG

Die jüngste Entwicklung von Handelsvereinbarungen

Schon seit vielen Jahren bestehen wirtschaftliche Beziehungen zwischen Portugal, seinen afrikanischen Kolonien und den EWG-Ländern. Es geht im folgenden um einen Hinweis auf Regelungen für den EWG-Handel Portugals und seiner afrikanischen Kolonien, die im Verlauf der letzten 1 1/2 Jahre getroffen worden sind, und zwar weitgehend, ohne daß sie von einer kritischen Öffentlichkeit in den Ländern Westeuropas beachtet worden wären. Von diesen Regelungen darf man sagen, daß sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und Portugal resp. seinen "Überseeprovinzen" andererseits in Zukunft weiter intensiviert werden.

Im Juli 1971 führte die EWG ein System allgemeiner Präferenzen ein, durch das der Export von industriellen Halb- und Endprodukten aus der Dritten Welt gefördert werden sollte. Auf der Liste von abhängigen und unabhängigen Ländern und Gebieten, für die diese Regelung gelten sollte, kamen auch die Namen Angola, Mozambique und Guinea-Bissao vor. (1) Die Berücksichtigung dieser Gebiete erfolgte offenbar ohne Beteiligung des Europäischen Parlamentes. Denn erst im September 1971 verlangte der niederländische Abgeordnete Vredeling - bekannt dafür, daß er vom Recht, Fragen an die Kommission der EWG zu stellen, sehr ausführlich Gebrauch macht - von der EWG-Kommission Auskunft über diesen Vorgang. (2) Er wollte wissen, ob die EWG-Kommission es für einen weisen Beschluß hielte, daß die portugiesischen Kolonien von diesen Handelserleichterungen profitieren sollten. Außerdem fragte er, ob die Kommission nichts von politischen Einwänden gegen eine derartige Regelung wisse. Die Antwort der Kommission vom 4. Nov. 1971 ist kennzeichnend. Man behauptet, von Widerständen gegen eine derartige Regelung in europäischen Ländern oder in den bereits assoziierten afrikanischen Ländern nichts zu wissen. Statt einer Erklärung dafür, warum die portugiesischen Kolonien von der neuen Regelung profitieren sollen, wird allein festgestellt, daß die Liste von abhängigen Ländern und Gebieten, für die die Präferenzen der Gemeinschaft gelten, "anhand von Wünschen, die die betreffenden Länder vorgelegt hatten, zusammengestellt" wurde. Daraus ergibt sich, daß Portugal den Wunsch geäußert hat, seine "überseeischen Gebiete" in das System der allgemeinen Präferenzen mit einzubeziehen.

Diese Regelung für die portugiesischen Kolonien hat z.Zt. noch keine reale wirtschaftliche Bedeutung. Denn das EWG-System von allgemeinen Präferenzen kommt allein einer weiterentwickelten Volkswirtschaft zugute, die industriell verarbeitete Güter anzubieten hat. Diese spielen aber im Export der portugiesischen Kolonien noch keine Rolle. (3) Deren Export besteht z.Zt. hauptsächlich aus Kaffee, Tabak, Eisen, Baumwolle und Zucker. Während der letzten Jahre wurde aber durch die Portugiesen - unterstützt von ausländischem Kapital - sehr viel für eine industrielle Diversifikation getan. Es ist also zu erwarten, daß die portugiesischen Kolonien - an erster Stelle Mozambique - in nicht zu ferner Zukunft tatsächlich von dem System allgemeiner Präferenzen für industrielle Halb- und Fertigprodukte werden profitieren können.

Über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Portugal selbst und der EWG wurden im November 1970 offizielle Gespräche begonnen. Dies geschah im Rahmen der Verhandlungen mit den EFTA-Ländern (Schweden, Schweiz, Österreich, Island, Finnland, Portugal), die der EWG nicht beitreten wollten. (4)

Die Erwartungen, die Portugal über die zukünftigen Beziehungen zur EWG hegte, wurden in den Worten ihres Außenministers deutlich. Minister R. Patricio plädierte bei der Eröffnung der Gespräche in Brüssel für möglichst enge Beziehungen zwischen Portugal und der europäischen Gemeinschaft. Er schlug vor, einen Assoziationsvertrag zu schließen, der die Beziehungen zwischen dem Mutterland und der EWG regeln sollte. Er sagte: "Meine Regierung ist der

Meinung, daß eine derartige Übereinkunft im Geiste der Präambel des Vertrages von Rom darauf gerichtet sein muß, die allgemeine Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft und in Sonderheit die Industrialisierung zu fördern."

Der portugiesische Außenminister konnte sich unangefochten auf den Vertrag von Rom berufen. Daß nach der Präambel des genannten Vertrages die wirtschaftliche Entwicklung kein Ziel an sich ist, sondern als ein Mittel zur Wahrung und Förderung von Frieden und Gerechtigkeit angesehen wird, spielte für die Verhandlungen mit Portugal offenbar keine Rolle. Walter Scheel, amtierender Präsident des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften, erwähnte in seiner Begrüßungsansprache die recht unterschiedliche politische Lage in den verschiedenen EFTA-Ländern nicht. Nach seinen Worten hatte es bei den Verhandlungen allein um die Lösung der allgemeinen wirtschaftlichen Probleme zu gehen, die mit der nur teilweisen Verschmelzung von EFTA und EWG entstehen. Er sagte: "Die Gemeinschaft ist der Meinung, daß man bei diesen Verhandlungen nach Lösungen für die Probleme suchen muß, die die Ausbreitung der Gemeinschaft für europäische Staaten mit sich bringt, die nicht um Aufnahme in die Gemeinschaft gebeten haben."

Die in diesem Geiste begonnenen Gespräche brachten für Portugal ein Angebot zustande, das die drei niederländischen Gewerkschaften am 23.11.1971 zu einem offenen Brief an das niederländische Parlament veranlaßte. (5) Darin wird festgestellt, daß das EWG-Angebot für Portugal nicht allein die Wahrung der Handelsmöglichkeiten bedeute, die es im Rahmen der EFTA bereits gehabt hat, sondern noch zusätzliche Handelsmöglichkeiten eröffne, nämlich mit den gegenwärtigen (sechs) EWG-Staaten. Angesichts der Verletzung der Menschenrechte durch die portugiesische Regierung in Portugal und Afrika wandten die Gewerkschaften sich an die Parlamentarier mit der dringenden Bitte, "alles zu tun, damit erreicht wird, daß eine günstige handelspolitische Regelung für Portugal nur gegen politische Konzessionen auf dem Gebiet der Innenpolitik und des Auftretens in Afrika zugestanden wird. Wenn dies nicht erreicht werden kann, muß nach unserer Auffassung von einer besonderen Handelsregelung für Portugal im Rahmen der EWG abgesehen werden."

Vredeling fragte am 9. Dezember 1971 die Kommission, ob sie den offenen Brief der niederländischen Gewerkschaften kenne und ob dieser Brief für die laufenden Verhandlungen mit Portugal eine Bedeutung hätte. (6) Aus der Antwort der Kommission vom 1. März 1972 wird deutlich, daß man den offenen Brief zur Kenntnis genommen hat, ihm jedoch für die Unterhandlungen mit Portugal keine Bedeutung zumaß. Auf die politische Bedeutung eines wirtschaftlich günstigen Vorschlags an Portugal, auf die die Gewerkschaften und Vredeling hingewiesen hatten, geht die Kommission nicht ein. Als Erklärung für die Haltung gegenüber Portugal wird festgestellt, es sei notwendig gewesen, für die nicht beitrittswilligen EFTA-Länder einen Ausgleich für Handelsverluste durch den EWG-Beitritt anderer EFTA-Länder zu finden.

Die Verhandlungen zwischen der EWG und Portugal wurden im Juli dieses Jahres abgeschlossen. (7) Am 22. Juli konnte - neben den Verträgen mit Schweden, Island, Schweiz und Österreich - auch der Vertrag mit Portugal unterzeichnet und dadurch eine Freihandelszone für industrielle Produkte geschaffen werden, die alle EFTA- und alle EWG-Länder umfaßt. Zwar konnten noch nicht alle Probleme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Portugal gelöst werden - trotz besonderer Verhandlungen mit Portugal noch nach dem Schluß der allgemeinen EFTA-Verhandlungen. Aber Portugal bekam doch recht günstige Bedingungen. Der Vertrag mit Portugal beschränkt sich nicht nur auf den Bereich industrieller Güter, sondern enthält - wie im Falle Islands - auch Regelungen über den Handel mit Agrarprodukten, in erster Linie Tomatenmark und Wein. Diese Produkte werden - nach der schwedischen und schweizer Zusage zur Aufnahme entsprechender italienischer Produkte - auf dem Markt der erweiterten Gemeinschaft zugelassen. Portugal wird außerdem - wie Island - ein längerer Zeitraum eingeräumt, um seine Zölle abzubauen. Beiden Ländern wird 2 1/2 Jahre länger als den übrigen EFTA-Ländern Zeit gegeben, um die Zollschranken zu beseitigen.

Auf den Wunsch Portugals nach einer Assoziation ist man jedoch (noch)

nicht eingegangen. EWG-Kommission und Ministerrat haben sich Portugal gegenüber an den sog. Dehousse-Bericht des Europäischen Parlamentes gehalten, in dem 1965 - nachdem die Assoziationsverträge mit Griechenland und der Türkei schon geschlossen waren - festgelegt wurde, "daß das Bestehen einer demokratischen Regierungsform, d.h. einer politischen Ordnung, die in erster Linie auf der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten beruht, eine der wichtigsten Vorbedingungen für den Beitritt bzw. die Assoziation ist".

Der Vertrag mit Portugal enthält allerdings - wie bei den übrigen EFTA-Staaten - eine sog. "Entwicklungsklausel". Demnach kann sowohl Portugal als die EWG die Initiative zur "Weiterentwicklung der durch das Abkommen aufgenommenen Beziehungen" ergreifen, wenn dies "im Interesse der Wirtschaften der beiden Partner" ist. (8)

Im Blick auf die Handelsregelungen, die zwischen Portugal und der EWG in der letzten Zeit zustande gekommen sind, muß man feststellen, daß die EWG eine große Bereitschaft gezeigt hat, die wirtschaftlichen Interessen Portugals in Europa und Afrika zu unterstützen. Den Grund für diese Bereitschaft wird man nicht lange suchen müssen. Bedenkt man, daß Portugal - wie Island - NATO-Partner ist, so sind die besonderen Vergünstigungen im EWG-Vertrag mit Portugal (und Island) Indiz für eine weiterreichende, politische Interessengemeinschaft. Es bleibt nur die Schlußfolgerung: Der EWG-Vertrag mit Portugal hat die Funktion, den Zusammenhalt in der NATO zu festigen, einen wirtschaftlich schwachen Bündnispartner mit besonderer strategischer Bedeutung wegen eines angeblichen oder wirklichen gemeinsamen Nutzens zu unterstützen. Aus diesem Grunde erfordert die Beziehung EWG-Portugal in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit einer kritischen Öffentlichkeit. Die "Entwicklungsklausel" bildet die vertragliche Basis dafür, daß der Vertrag mit Portugal - trotz des "Dehousse-Berichtes" - in Richtung auf eine Assoziation ausgebaut wird.

---

(1) Verordening (EEG) Nr. 1308/71 van de Raad van 21 juni 1971, bijlage B in: Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen 14e jaargang nr. L 142, 28 juni 1971, p. 12.

(2) Schriftelijke vraag nr. 298/71 van de heer Vredeling aan de Commissie van de Europese Gemeenschappen met antwoord in: Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen 14e jaargang nr. C 117, 19 november 1971 S. 10/11.

(3) nach afrique 71-72, NUMERO SPECIAL ANNUEL von: jeune afrique, S. 122 f und S. 443-446.

(4) Vgl. Europa-Archiv 1971,2 D 33 ff. "Probleme der europäischen Einigung". Von hier stammen die folgenden Zitate aus der Rede Scheels und Patricios.

(5) Der Brief ist abgedruckt im Angola-Bulletin (Ausgabe des holländischen Angola-Comités) 10. Jahrgang Nr. 2, Februar/März 1972, S. 15.

(6) Question écrite no. 440/71 de M. Vredeling à la Commission des Communautés européenes - Objet: Relations futures entre le Portugal et la CEE, in: Journal officiel des Communautés européenes, 15e année no C 27, 17 mars 1972, S. 4/5.

(7) Presseberichte über den Verlauf der Verhandlungen finden sich in: FACTS & REPORTS, herausgegeben vom Angola-Comité, Vol. 8 Nr. 401, 448; Vol. 10 Nr. 541, 542; Vol. 11 Nr. 612; Vol. 12 Nr. 647; Vol. 14 Nr. 788; Vol. 16 Nr. 868; Vol. 17 Nr. 912. - Zum Vertragsabschluß s. auch Europa-Archiv 1972 Nr. 16. Den Bericht von Christian Lutz, Der handelspolitische Brückenschlag in Westeuropa. Die Perspektiven für die "Rest-EFTA", S. 549 ff und die dazugehörigen Dokumente D 373 ff.

(8) Europa-Archiv 1972, 16, S. D 375. - Am 22.7.72 wurden auch die Verhandlungen mit Finnland abgeschlossen, der Vertrag jedoch nur paraphiert, da die finnische Minderheitsregierung zurücktrat und die Entscheidung über das Abkommen einer neuen Regierung überließ.

Südliches Afrika

Zur psychologischen Kriegführung Portugals

Vorbemerkung der Redaktion:

Der folgende Bericht, der von portugiesischer Seite in Angola stammt, vermittelt einen Überblick, welche Methoden und Instrumente die Kolonialmacht anzuwenden plant, um Teile der afrikanischen Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen und so die kolonialistische Herrschaft zu verlängern.

Übersetzung vom iz3w (rv)

INSTITUTO DO TRABALHO, PREVIDENCIA E ACÇAO SOCIAL DE ANGOLA
(Institut für Arbeit, soziale Sicherheit und soziale Wohlfahrt in Angola)

GEHEIM

Wichtige Aspekte der Gegen-Subversion

(Bericht von Dr. Alfonso Mendes)

1. 1960 wurde die Bevölkerung Angolas auf ungefähr 95,4 % Afrikaner, 3,5 % Europäer und 1,1 % Farbige geschätzt. Von 1950 bis 1960 vergrößerte sich die Gruppe afrikanischen Ursprungs um 567 675 Personen; die europäischen Ursprungs nahm um 93 703 Personen zu, und die der farbigen Bevölkerung nahm um 23 744 ab. Wegen des Problems der Unsicherheit, die durch Terror verursacht wird, vergrößerte sich die Bevölkerung europäischen Ursprungs nicht schneller. In seinem Buch "Problemas do Desenvolvimento Economico em Angola" (Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Angolas) berechnet Walter Marques auf S. 38, daß diese Provinz mehr als 5,5 Mill. Einwohner hat mit mehr als 5 Mill. Schwarzen, was ungefähr 91 % der Gesamtbevölkerung ausmacht.

So gehört die größte Majorität des Volkes dieser Rasse zu, und dies wird sich in dem Ausmaß, wie die medizinische Versorgung verbessert wird und der gegenwärtige soziale Fortschritt sich auswirkt, noch verschärfen. Trotzdem werden fast aller Reichtum, alle Führungspositionen, alle landwirtschaftlichen Unternehmen, aller Besitz an Vieh, alle Industrie- und Handelsunternehmen, und die wirkliche Entscheidungsmacht in den Händen des europäischen Teils der Bevölkerung bleiben, die auch 1970 nur eine kleine Minorität darstellen wird, wie es immer der Fall gewesen ist. Ebenso werden die Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung von diesem Bevölkerungsteil besetzt.

Diese Situation führt zu einer außerordentlichen wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen der "weißen Gruppe" und der "schwarzen Gruppe". Dies wiederum führt zu sozialer Ungleichheit und Erhaltung kultureller Ungleichheit.

Diese Unterschiede zusammen haben eine starke Polarisierung zwischen den beiden Bevölkerungsteilen verursacht. Durch die Aufhebung des "indigenato" war eine gewaltige Anstrengung unternommen worden, diese Polarisierung zu reduzieren, und diese Anstrengung wird weiterhin fortgeführt durch Erziehung, freie Arbeit, zunehmende Inanspruchnahme qualifizierter Arbeiter afrikanischen Ursprungs, durch einen besseren Schutz der Besitzrechte an Boden, durch den sozialen Aufstieg der Afrikaner und die Beendigung diskriminierender Maßnahmen und Praktiken. Aber der Weg ist lang, schwer, und nimmt Zeit in Anspruch, und das Ziel, die Lebensbedingungen der Weißen und Schwarzen anzugleichen, bleibt hypothetisch. Solange der Fortschritt weitergeht, falls dies möglich ist, wird es Anregung für Einwanderung von Europa geben.

Es ist nicht zu widerlegen, daß jetzt ein weiter und tiefer Graben zwischen den beiden Bevölkerungsteilen existiert. Wegen der Möglichkeiten der Afrikaner, am Wettbewerb teilzunehmen, wegen ihrer Sitten und ihres niedrigen Bildungsstands ist es schwierig, diesen Graben zu überbrücken.

Die letzten Konsequenzen dieses Grabens führen unwiderruflich zu Rassismus, mehr auf Seite der Schwarzen als bei den Weißen, obwohl gewisse Haltungen des Weißen, besonders des "petit blanc", unter diese abscheuliche Kategorie menschlicher Beziehungen fällt.

Diese sehr knappe und äußerst trübe

Darstellung der angolesischen Verhältnisse beabsichtigt, die Existenz schwerwiegender "sozialer Mißstände" zu klären, die der Ursprung der Risse sind, durch die subversive Kräfte mit der Aufgabe der Spaltung eindringen, um die Sympathie der Unzufriedenen zu gewinnen. Und im Falle Angolas mögen diese Unzufriedenen mehr als 90 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Aber die subversiven Elemente versuchen auch, die instinktive Solidarität innerhalb der herrschenden Minorität, den Weißen, zu unterminieren, in der ein Großteil der Mischlinge und eine zunehmende Zahl von einigen Zehntausend Schwarzen integriert sind, indem sie die vielen Motive für Unzufriedenheit ausnutzen, den Mangel an Vertrauen in die Zukunft, die Rivalität zwischen den Untergruppen, indem sie Erwartungen und Wünsche wecken, - in einem Wort, durch Spaltung.

Es wäre ideal, wenn es die Zeit erlaubte und wenn ein detailliertes Wissen über unsere Gesellschaft zur Hand wäre, die eine Beschreibung aller "sozialen Mißstände" erlaubte, die durch die Subversion ausgenützt werden können. In diesem Fall wären wir fähig, diesen Rissen ein Ende zu setzen oder sie als dem FEIND nützliche Elemente zu neutralisieren. Vielleicht wäre es ratsam, später eine ausführliche Untersuchung über diesen Aspekt durchzuführen.

Es liegt jedoch bereits innerhalb unserer Möglichkeiten, einen generellen Hinweis über einige Versagen unserer Sozialstruktur zu geben. Dies ist das Thema der folgenden Punkte.

2 Die subversiven Kräfte versuchen, die afrikanischen Massen gegen unsere politische und administrative Macht und gegen die Anwesenheit der weißen Bevölkerung in der Provinz aufzuwiegeln. Aus diesem Grund tun sie alles, was sie können, diese afrikanischen Massen aufzuwiegeln, sie von den Europäern abzusondern, schwarzen Rassismus unter ihnen zu verbreiten, den Glauben an eine leichte, reiche und glückliche Zukunft zu wecken, - kurz, die Massen zu mobilisieren, um ihrer Ideologie zu dienen und ihre Ziele zu verfolgen.

Folglich scheint es logisch, daß sie Gebrauch machen von:

a. Irrtümern und Mißbräuchen in unserer politischen und administrativen Struktur in der jüngsten Vergangenheit.

Sklaverei, die Befriedungskriege, der Machtmißbrauch, physische Gewalt, bei Verwaltungsbehörden, Zwangsarbeit mit allen unerfreulichen Begleitumständen, Mißbrauch der Vormundschaft während der "indigenato"-Herrschaft, Maßnahmen der Verwaltung, die Konfiszierung von Boden, der nach üblichem Recht der Gemeinschaft gehörte und nicht als Privateigentum bestimmt war, die Umsiedlung der Bevölkerung, die zwangsweise Kultivierung, die zahlreichen Verletzungen der traditionellen Rechte und des afrikanischen Wertesystems, usw., usw., all dies formt sicherlich den Inhalt bekannter Geschichten, Legenden und Märchen in den langen Gemeinschaftsversammlungen, die der schwarzen Bevölkerung so eigen sind. Hier wird der Weiße immer als eine böse und gierige Kreatur dargestellt werden, als der alleinige Grund all des Elends der Vergangenheit, und als der vom Schicksal bestimmte traditionelle Feind der Schwarzen. Und weil der Weiße in der Vergangenheit so war, wird es für sehr wahrscheinlich gehalten, daß er in der Gegenwart und Zukunft weiterhin so ist. Deshalb wird die Bevölkerung in hohem Maße für die subversiven Doktrinen empfänglich sein.

Deshalb können wir es uns nicht leisten, diesen fundamentalen Gesichtspunkt, der Subversion, der die Tür zum Vorteil des Feindes öffnet, zu vernachlässigen.

<u>Vorschlag:</u>
Wir müssen so schnell wie möglich eine Doktrin entwickeln, die die Irrtümer der Vergangenheit rechtfertigt und ihre Folgen minimalisiert. Wir müssen uns bemühen, unsere Arbeit zu planen und auszuweiten und ihre vielen positiven Aspekte hervorheben.

b. Die ungeheure Diskrepanz zwischen dem Lebensstandard der afrikanischen Bevölkerung und der Bevölkerung europäischen Ursprungs.

Die Realität ist so offensichtlich, daß es fast Zeitverschwendung wäre, zu versuchen, dies aufzuzeigen. Der Feind wird dies sicherlich ausnutzen, indem er es als unwiderlegbaren Beweis für die Fortführung der Ausbeutung der Schwarzen durch die Weißen darlegt.

<u>Vorschlag:</u>
Wir müssen die Idee verbreiten, daß diese Diskrepanz eine Folge der mangelnden Bildung der Afrikaner, ihres geringeren Arbeitswillens und ihres fragwürdigen Unternehmergeistes sei. Verschiedene Beispiele müssen zeigen, daß der Schwarze, wenn er es nur will, die gleichen Möglichkeiten hat wie der Weiße. Die Regierung versucht jetzt, die Negerbevölkerung wirtschaftlich durch Bildung und technische und mate-

rielle Hilfe anzuheben. Aber sie müssen mitarbeiten. Schließlich müssen wir eine Propaganda schaffen, die die Bevölkerung führt und ihre Aufmerksamkeit auf die gemeinsame Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung lenkt.

c. Verschiedene Fälle von Machtmißbrauch ergeben den Eindruck, daß das Volk afrikanischen Ursprungs sich nicht derselben Rechte erfreut wie andere und daß es schwereren Verpflichtungen unterliegt.

Gewisse Fälle von Machtmißbrauch durch Beamte, die paternalistische Tradition des "indigenato", und das Mißtrauen gegen Neger, das bei einer Großzahl der Europäer herrscht, liegen der Anwendung besonderer Maßnahmen gegen Personen afrikanischen Ursprungs zugrunde, die nicht gegen Mitglieder der weißen Gruppe angewendet werden. Solange diese Maßnahmen durchgeführt werden, und solange diese Einstellungen bleiben, kann der Feind sich immer der eingeborenen Bevölkerung als Befreier und Alliierter darstellen.

Vorschlag:
Wir müssen versuchen, die Behörden, besonders die der Verwaltung und der Polizei, zu zwingen, die Afrikaner als portugiesische Bürger zu behandeln, ihre menschliche Würde und ihre Rechte zu achten und ebenso, sie bei ihren Problemen und Bedürfnissen zu unterstützen. Diese Behörden dürfen nicht wie Bürokraten handeln, die Zuflucht suchen hinter Formalitäten und gesetzlichen Vorschriften, die es schwerer oder sogar unmöglich machen, diese Probleme zu lösen, sondern es müssen Leute sein, die die Sympathie der schwarzen Bevölkerung gewinnen wollen und versuchen, ihnen zu helfen.

d. Die zunehmenden landwirtschaftlichen Unternehmungen und die zunehmende Viehzucht hatte immer die Vertreibung der Afrikaner von ihrem Land zur Folge, das sie immer als ihren Besitz oder den ihrer Gemeinschaft betrachteten. Sie betrachten dies als ein ernstes Vergehen und einen Diebstahl, der sie nicht nur ihres gegenwärtigen Unterhalts beraubt, sondern ebenso all ihrer Hoffnung auf ihre Zukunft.

Diese Art des Mißbrauchs, der in der Vergangenheit in Cuanza Sul, Cuanza Norte, Uige, Benguele und später in Huila begangen wurde, bleibt den Afrikanern immer im Gedächtnis, führt leicht zu Sympathien für den Feind, und kann die Afrikaner sogar zur Unterstützung seiner Aktivitäten verleiten.



Collage: Holtfreter

Vorschlag:
Bei der Vergabe von Land müssen wir äußerste Sorge tragen, die traditionellen Rechte der Afrikaner zu wahren, und, falls diese Rechte verletzt werden müssen, so muß dem eine Vereinbarung und eine angemessene materielle Entschädigung vorausgehen, mit einer Ersetzung des Landes, die der vertriebenen Gruppe eine Fortführung der Landwirtschaft ermöglicht. Die Entschädigungen und Garantien dafür müssen insgesamt veröffentlicht werden.

e. Es existiert ein gewaltiger Lohnunterschied zwischen afrikanischen Arbeitern und Arbeitern europäischen Ursprungs.

Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Landarbeiters oder eines ähnlichen Arbeiters, immer afrikanischen Ursprungs, beträgt 600 escudos, während der städtische Arbeiter, vorwiegend europäischen Ursprungs, sechsmal soviel erhält. Es muß berücksichtigt werden, daß die erste Gruppe etwa 3/4 aller Arbeiter repräsentiert. Insoweit diese Tatsache noch nicht von der feindlichen Propaganda benützt wird, wird dies mit aller Sicherheit geschehen und wird eine weitere gefährliche Waffe in ihre Hände geben.

Vorschlag:
Die Geschwindigkeit, mit der die Löhne angeglichen werden, muß, obwohl sie bereits fortschreitet, durch die Festsetzung von Mindestlöhnen für den landwirtschaftlichen Sektor, durch die Liberalisierung der freien Arbeitsplatzwahl, und durch die Ausweitung der Arbeitsinspektion vergrößert werden.

f. Es ist ein hohes Maß an Hindernissen für die Mobilität der Landwirtschaftsarbeiter vorhanden, die für die gewünschte Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen nötig ist. Abgesehen von den Konsequenzen im Arbeitsbereich kann diese Tatsache als ein Beweis für eine weitere diskriminierende Maßnahme gegen die Schwarzen genommen werden.

Um der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage zu entkommen, ist es eine "conditio sine qua non", daß die Landarbeiter die Möglichkeit haben, ihren Arbeitgeber und ihren Arbeitsplatz zu wählen, die Arbeitsbedingungen zu erörtern, und die Arbeit, die ihre Erwartungen oder die versprochenen Bedingungen nicht erfüllt, aufzugeben. Solange die Arbeitgeber weiterhin professionelle Anwerber und Kontraktarbeiter ausnutzen, um ihren Arbeitsbedarf zu decken, kann kein wesentlicher Fortschritt bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und im besonderen bei der speziellen Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erwartet werden.

Gegenwärtig gibt es noch viele Hindernisse, die nicht nur durch die zivilen, sondern auch durch die militärischen und para-militärischen Behörden aufgerichtet werden; all dies geschieht mit der Ausrede der Verteidigungssituation. Wenn wir erst die Wichtigkeit der Entkräftigung der Argumente des Feindes verstanden haben, daß nämlich die schwarzen Arbeiter ausgebeutet werden, und die Wichtigkeit, den schwarzen Arbeiter zu überzeugen, daß sich die Bedingungen nun zu seinem Wohl ändern, müssen wir die Notwendigkeit erkennen, diesen Punkt zu berücksichtigen.

Vorschlag:
Es muß eine Form der Bevölkerungskontrolle gefunden werden, die nicht mit der Freiheit der Mobilität der Landarbeiter in Konflikt steht. Die Behörden müssen überzeugt werden, diese Mobilität zu achten.

g. Verwaltungsbehörden greifen noch häufig auf entsprechendes Verlangen der Arbeitgeber zu Repression gegen Arbeiter. Wir können aus jüngster Zeit ein ähnliches Verhalten der Polizei und der para-militärischen Behörden nachweisen. Die Fälle äußerster physischer Gewalt sind nicht selten.

In der gesetzlichen Ausdrucksweise wird dies Vorgehen "Zwangsarbeit" genannt, und wird als moralisch falsch und mit bis zu zwei Jahren Gefängnis strafbar angesehen. Diesem äußerst schlechten Beispiel offizieller Stellen sind die Arbeitgeber gefolgt, die nicht zögern, zu körperlicher Züchtigung für jegliche Nachlässigkeit oder Unregelmäßigkeit zu greifen. Solche Praktiken erwecken den Haß der Schwarzen, was die Ausweitung der subversiven Aktion des Feindes erleichtert.

Vorschlag:
Den zivilen, militärischen und paramilitärischen Behörden und der Polizei muß es zur Pflicht gemacht werden, von Interventionen in Konflikten zwischen Arbeitgeber und Landarbeiter Abstand zu nehmen, die den Gerichten überlassen werden sollten. Körperlicher Züchtigung, die illegal ist, muß endgültig ein Ende gesetzt werden. Selbstverständlich müssen subversive Haltungen der Arbeiter bekämpft werden, aber nur durch spezielle Organisationen und nur, wenn diese nachgewiesen sind.

h. Die Nicht-Auszahlung von Lohn und andere schwerwiegende Vergehen, die von den Arbeitgebern begangen werden, werden nicht effektiv bestraft, was bei den betroffenen Arbeitern den Eindruck hinterläßt, daß der Weiße weiterhin ungestraft tut, was er auch will.

Es gibt zu wenig Arbeitsgerichte und sie sind oft sehr langsam in ihren Entscheidungen. Es geschieht häufig, daß Arbeiter in abgelegenen Distrikten lange warten müssen, ehe ihre Löhne von einem oder mehreren Jahren gezahlt werden. Dieser Verzug ist den Arbeitern unverständlich und sie schließen daraus, daß ihre Interessen immer noch nicht gewahrt werden. Und was sehr ernst ist, sie verbreiten diese Ansicht, um ein Klima der Hoffnungslosigkeit zu schaffen, was für die Aktivitäten des Feindes vorteilhaft ist.

Vorschlag:
Die Effizienz und Schnelligkeit der Gerichtsverwaltung muß entweder durch die Gründung neuer Gerichtshöfe oder durch die Schaffung einer angemessenen Arbeitsgesetzgebung verstärkt werden.

i. Die Personen europäischen Ursprungs beleidigen die Afrikaner absichtlich und bösartig in ihrem täglichen Kontakt mit Haltungen, die einer unmißverständlichen Feindseligkeit entsprin-

gen.

Diese Haltungen verschärfen die Differenzen, mit denen der Feind versucht, die Weißen von den Schwarzen zu trennen, was schlecht ist.

Vorschlag:
Es muß eine Propagandakampagne entwikkelt werden, die darauf abzielt, das gegenseitige Verständnis zwischen beiden Gruppen zu fördern.

j. Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung auf der Basis des ethnischen Ursprungs ist ein Prinzip von uns, das im täglichen Leben nicht immer beachtet wird.

Jeder, der etwas mit dem Leben in unserer Provinz vertraut ist, weiß, daß dies so ist. Kein anderes Argument wird so häufig vom Feind gebraucht wie der offensichtliche Mangel an Ehrenhaftigkeit und Aufrichtigkeit der portugiesischen Aktionen in Angola. Mit diesen Argumenten versucht der Feind, die Afrikaner glauben zu machen, daß sich bei der Anwesenheit des europäischen Elements ihre Zukunft kaum verbessern wird. Und wir wissen, wie der Hoffnungslose reagiert.

Vorschlag:
Die im vorigen Abschnitt vorgeschlagene Kampagne muß die Zielsetzung haben, alle Abweichungen vom gesetzlichen Prinzip der Nicht-Diskriminierung zu bekämpfen.

k. Die Abwesenheit wirtschaftlicher Bande an die städtischen Zentren macht die afrikanische Bevölkerung zu einem leichten Ziel der Subversion. Diese Subversion wird verstärkt durch die Unterstützung des Feindes, der die Idee verbreitet, daß alles zu gewinnen und nichts zu verlieren sei.

Das Wohnungsproblem in den städtischen Zentren wird schließlich ein gewichtiges Argument sein, das der Feind zum Vorteil seiner Subversionskampagne einsetzt.
Die Tatsache, daß die Schwarzen nicht an den Handels- und Industrieaktivitäten teilnehmen, begründet einen weiteren Aspekt des Mangels wirtschaftlicher Bande und fester materieller Interessen. Dies führt zum Fehlen einer schwarzen Mittelklasse, die von Natur aus konservativ ist und nicht leicht empfänglich für revolutionäre Doktrinen und Bewegungen.

Vorschlag:
Es muß ein Kreditsystem geschaffen werden, das fähig ist, eine schwarze Bourgeoisie zu begründen. Es muß ein angemessenes Wohnungsprogramm entwickelt und durchgeführt werden, das auf festem Eigentumsrecht basiert (propriedade resolúvel).

1. Es existiert eine Sozialgesetzgebung, ausschließlich für Afrikaner (CTR), die als gesetzliche Etablierung eines diskriminierenden Systems angesehen wird.

Vorschlag:
Verstärkte Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung.

3 Es gibt Gründe für Unzufriedenheit, Zerrissenheit, Rivalität, und Unsicherheit für die Zukunft innerhalb der ethnischen Minorität, die hauptsächlich aus Europäern besteht, in der aber auch Farbige und sozio-ökonomisch fortgeschrittene Schwarze langsam integriert werden. Der Feind scheint größere Anstrengungen zu unternehmen, diese Gruppe durch bekannte Propaganda zu spalten.

In diesem Zusammenhang muß die öffentliche Verwaltung ein Programm entwikkeln, das auf die Gruppe zielt und ungerechte und oft unvernünftige Ungleichheiten ausschaltet. Ein Geist der Hoffnung muß dieser Gruppe eingeflößt werden, der sie dazu führen wird, sich in gemeinsamer Verteidigung zu vereinen. Es muß für sie leicht gemacht werden, echten Besitz zu erwerben, der sie an die Provinz binden würde.

Es ist deshalb wichtig, eine Studie über die Zusammensetzung dieser Gruppe und die Gründe für Unzufriedenheit durchzuführen mit dem Ziel, sie zu eliminieren, oder, wenn dies nicht möglich ist, sie zu minimalisieren.

Die zahlreichen Probleme, die zu internem Disput geführt haben, müssen untersucht werden mit der Absicht, eine Lösung zu finden, die nicht mit der Konstruktion einer Gesellschaft friedlicher, fruchtbarer und vielrassiger Koexistenz in Widerspruch steht, in der der Wert des Individuums ohne Rücksicht auf ethnischen Ursprung die alleinige Basis des Erfolgs bildet.

Dies ist das einzige Ziel, das wir als vereinbar mit dem endgültigen Sieg gegen Subversion und mit der andauernden Konsolidierung Angolas als ein teurer und wichtiger Teil des portugiesischen Imperiums ansehen.

4 Im Gegensatz zu unserer ursprünglichen Absicht haben wir Gesichtspunk-

(Fortsetzung auf Seite 35)

Radio für die befreiten Gebiete

aus : "links"
Sozialist. Zeitung
(Okt. 72)



Colage: Holtfreter

Wer wann warum politisch wird, ist für die Arbeit aller politischen Gruppen eine der zentralen Fragen. Zu diesem Punkt hat Alberto Bento, Verantwortlicher für Fernmeldetechnik im MPLA, bei seinem Besuch in Frankfurt Stellung genommen:
„Die MPLA ist der Meinung, daß Handarbeit nicht nur in den befreiten Gebieten eine wichtige politische Funktion hat, sondern auch in den Metropolen als Mittel zur Politisierung eingesetzt werden kann. Wenn wir Gruppen animieren, Material für die Befreiungsbewegungen selbst herzustellen, dann ist das nicht nur politische und materielle Hilfe für uns und unseren Kampf, sondern hat auch eine ganz spezifische Rückkoppelung auf das politische Bewußtsein derjenigen, die diese Sachen herstellen und sich so mit den Befreiungsbewegungen beschäftigen. Sie schließen sich damit ein in einem Produktionsprozeß gegen den Kapitalismus, gegen den Imperialismus."
Die beiliegende Materialliste (Anlage 1) beinhaltet dringend benötigtes technisches Material für Kommunikationsmedien. Beigefügt ist eine Bauanleitung für einen Morsesummer, den technisch Versierte leicht herstellen können.
Die Kommunikation über Radio bei den Befreiungsbewegungen hat einen großen Stellenwert. Nicht nur im Rahmen des taktischen Kampfes, sondern auch bei der politischen Arbeit. Die Aufgaben sind fest umrissen: aufklären ~~und informieren~~, die politische und soziale Bewußtseinsbildung fördern, die nationale Identität artikulieren und ethnische Gegensätze abbauen.
Unsere Aktion „Radios für die befreiten Gebiete" – FRELIMO und MPLA haben dazu aufgerufen – soll dazu beitragen, diese Aufgaben besonders in den ländlichen Gebieten besser zu ermöglichen.
Wer selbst keine der Teile bauen kann, sollte Geld schicken. Wir haben die Möglichkeit, davon die Radios zentral und bis zu $1/3$ billiger einzukaufen und ohne Mehrwertsteuer und Zoll direkt zu versenden. Regelmäßige Informationen über eingegangenes Geld, Zahl der verschickten Radios und Bestätigung der Ankunft der Sendungen werden wir veröffentlichen.
Alberto Bento hat uns gebeten, die Koordination der technischen Hilfe zu übernehmen. Deshalb bitten wir alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich an der Materialsammlung beteiligen wollen, uns darüber zu informieren. Doppelte Arbeit und vielleicht unnötiger Einkauf können dadurch vermieden werden.
Cabora Bassa Gruppe, Reinhold Einloft, 6 Frankurt, Robert-Mayer-Str. 31, Tel. 0611/55 40 42, Spenden an Bankkonto: Bank f. Gemeinwirtschaft Frankfurt Nr. 10 51 41 09.

Materialliste der MPLA

Ausbildung zum Funken

– Morsetasten „Professionell" (Bezug z. B. Arlt, Ffm. 49,50 DM)
– Morsetasten einfach, robust (Preis etwa 6,– DM)
– Summer für Morsetasten
– Magnettonbandgeräte, normale, ~~einfache~~ Ausführung mit mindestens 2 Geschwindigkeiten (z. B. Neckermann Nr. 823/392, 199,– DM)
Die Geräte zur Ausbildung müssen robust sein. Sie unterliegen starker Beanspruchung. Eine kontinuierliche Nachfrage ist vorhanden.

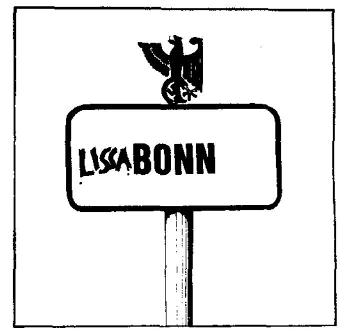
Kommunikation und Reparatur

– Tischkopiergeräte (gleich welcher Marke)
– Langzeitaufzeichnungsgeräte für die Aufzeichnung der portugiesischen Sendung. Mit großen Spulen und langsamer Laufgeschwindigkeit.
– tragbare Uher-Geräte (Uher Report) dringend!
– Akkumulatoren, Nickel Cadmium, hermetisch dicht, für 6 V (z. B. Fa. Sonnenschein).
– Kleinmeßgeräte: Multimeter, Elektronische Voltmeter (zur Reparatur von Rundfunkempfänger und -sender), Transistortester und Röhrentester (zum Selbstbauen für technisch Versierte).
– Funkgeräte (Walky-Talky), nur robuste Ausführungen wie sie im Bergbau und bei der Polizei verwendet werden.
– Radios, stabil, nicht zu staubempfindlich, MW und KW 19–49 m. 1,5 V Monozelle (ideal), Anschluß für Außenantenne.
– Linearverstärker, für den KW-Bereich 10–25 Mhz. 500 W sollen auf 5000 W verstärkt werden (an der Antenne), 220 V Stromversorgung.

Materialliste der Frelimo

Für Mozambique Institute

Dioden: AAY 43, BAX 23, BAY 40, BAY 98
Photoelemente: TP 60, TP 61, BPY 100, Potentiometer für Lautstärkeregelung (volumo control)
6 Paare I Mohm, 6 Paare 1,5M, 6 Paare 470 K, 6 Paare 200–100 K, 6 Paare 100 K–20 K, 6 Paare I K – 500, 6 Paare 500 – 100, 6 Paare 100 – 50



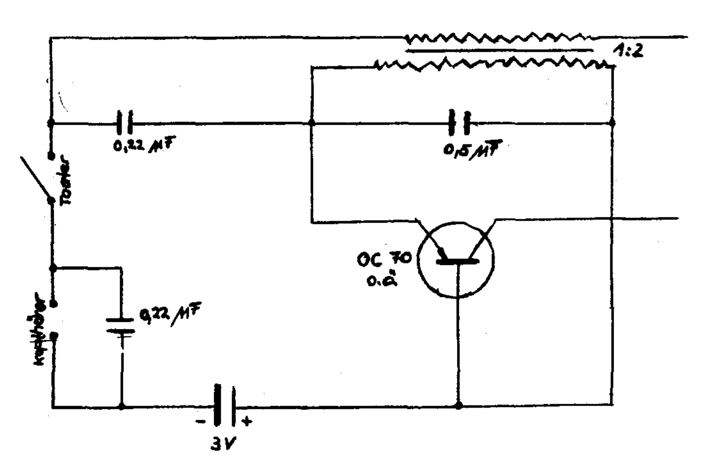
Holtfreter

Elektronenröhren (electron tubes) 1 Dutzend ECC 808, 1 Dutzend ECC 83, 1 Dutzend ECC 85, 1 Dutzend ECL 82, 1 Dutzend ECL 86, 1 Dutzend EL 84, 1 Dutzend EL 34, 1 Dutzend EL 503, 1 Dutzend EL 509, 1 Dutzend EM 84, 1 Dutzend Kammrelais for 12-6v
6 Paare Wolky Talky (Reichweite 1 km), I HF Oszillographon, I Signal Generator, I elektronischen Voltmesser (electrontubes voltimeter), I Transistortester (transistor Analyser)

Für das Informationsministerium

I-Tonbandgerät vom Typ Uher 4400 Report Stereo, mit 2 „dynamischen" Mikrophonen Tonbänder (Durchmesser 5 inches), so viel wie möglich (200).
Tonbänder (Durchmesser 7 inches) (100) Marke BASF oder Scotch, 2 Kasettenrekorder
Kasetten, so viel wie möglich (C 30, C 90)
2 Mikrophonständer (I-Tischständer und I-Bodenstativ)
1 Radio (Weltempfänger) für Aufnahmezwecke.

Transistor Morsesummer



1) Morsetaster separat, Ausgang Summer zum Taster mit Buchsen oder Leitung – 2) Kopfhöreranschluß: Buchsen – 3) Summer nicht abdecken.

BURUNDI: Zu den Ereignissen in den letzten Wochen

von Ulrich Stewen, Frankfurt

Die spektakulären Mai-Ereignisse, die Ermordung von bislang ca. 150.000 Burundiern, scheinen ihr vorläufiges Ende gefunden zu haben. Der Publizitätspegel schlägt nicht mehr aus, wenn rückkehrende Flüchtlinge verhaftet und liquidiert werden, wenn Tausenden von Familien Behausung und Ernährungsgrundlage fehlen.

Eine Zeitlang erging sich die internationale Presse in Massakern, Plünderungen, Menschenjagden und Grausamkeiten, deren detaillierte Darstellung von anderen Orten des Weltgeschehens hinreichend bekannt ist. Kaum eine Berichterstattung, die auf die Vokabeln 'Rassenkrieg' und 'Stammesfehde' verzichtete, die physischen Unterschiede der Kontrahenten gar - "Große gegen Kleine" (DER SPIEGEL) - mußten zur Deutung dessen herhalten, was sonst scheinbar unerklärbar geblieben wäre.

Und zugleich hantiert man noch mit einer weiteren Schimäre: der "hamitischen Völkerfamilie", integraler Bestandteil der eurozentrischen bürgerlichen Ethnologie und in der Kolonialzeit zur Legitimation imperialistischer Unterwerfung und Expansion herangezogen.

Am 29. April verkündete die "Stimme der Revolution" von Radio Bujumbura die Niederschlagung eines Putschversuchs gegen das Militärregime des Präsidenten Micombero. Einen Tag zuvor hatte Micombero sein gesamtes Kabinett entlassen. Ob diese Maßnahme in engerem Zusammenhang mit dem Umsturzversuch steht, ist bis heute nicht geklärt; fest steht jedoch, daß die Putschisten infolge der veränderten Bedingungen ihre Attacke sechs Stunden früher begannen als vorgesehen, zu einer Zeit - 20.00 Uhr -, als die Straßen Bujumburas noch belebt und die Soldaten in den umliegenden Kasernen einsatzbereit waren. Dieser Umstand mag entscheidend zum Überleben der Regierung beigetragen haben.

Der Angriff geschah zugleich an drei verschiedenen Orten: eine Gruppe versuchte erfolglos, den Radiosender Bujumbura zu besetzen, eine weitere stürmte den Ort Gitega, Sitz des wenige Wochen zuvor aus dem bundesdeutscher Exil zurückgekehrten Mwami (König) Ntare V., der unter bisher noch nicht völlig geklärten Umständen den Tod fand, während eine dritte ein Armeelager in Kashoza, nahe der tanzanischen Grenze zu überrennen versuchte. Sämtliche Angriffe konnten abgeschlagen werden, und die Putschisten der ersten Gruppe zogen sich aus Bujumbura nach Rumonge am Tanganyika-See zurück, von wo aus sie sich plündernd und mordend nordwärts bewegten. Weitere Gruppen von Aufständischen schlossen sich ihnen an, die Gesamtzahl der Aufständischen umfaßte allerdings zu keiner Zeit mehr als zweitausend Mann, während offizielle Regierungsquellen von achttausend sprechen.

Nach etwa einer Woche hatten Regierungstruppen die Situation wieder unter Kontrolle. Das Ergebnis: 5.000 ermordete Batutsi und ebensoviel getötete Bahutu.

Der Nachbarstaat Tanzania hatte zur Niederschlagung des Aufstandes Waffen geliefert und Präsident Mobutu von Zaire stellte Truppen zur Verfügung und zairische Kampfflugzeuge - von Europäern geflogen - griffen ebenfalls zur Unterstützung der Regierungstruppen ein. Das Engagement Mobutus geschah nicht ohne Grund: den Aufständischen hatte sich eine im burundischen Exil lebende Simba-Gruppe angeschlossen, Anhänger des Mobutu-Gegners Pierre Mulele, der 1968 auf Befehl des zairischen, damals kongolesischen Präsidenten erschossen worden war. Die Simba erhofften sich vom Sturz Micomberos eine verbesserte Ausgangssituation für ihre Guerillaaktivitäten gegen das zairische Mobutu-Regime.

Die Niederschlagung der Rebellion allerdings stellte erst den Auftakt für die nachfolgenden Massaker dar, denen seither - den unterschiedlichen Verlautbarungen zufolge - zwischen 120.000 und 200.000 Bahutu zum Opfer gefallen sind. Der Rachefeldzug der burundischen Armee erfaßte nahezu die gesamte Bahutu-Intelligenz, oft genug genügte die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, um in den Augen der auf Befehl der Regierung oder zu-

mindest ohne ihre Behinderung handelnden Armee der Subversion verdächtig zu sein.

Während Micombero den größten Teil der Getöteten der Tutsi-Bevölkerung zurechnet – wohl aus Opportunitätserwägungen heraus – weist die ethnische Zugehörigkeit der in die Nachbarländer Geflohenen darauf hin, daß sich die Vergeltungsmaßnahmen ausschließlich auf die Bahutu richteten, während zu Anfang der Auseinandersetzungen – bis die Armee Herr der Lage war – ebenfalls Batutsi Sicherheit jenseits der Grenzen suchten.

Radio Burundi meldete zu Beginn der Rebellion, die feindlichen Kräfte hätten versucht, eine "proimperialistische Anti-Volksregierung" zu etablieren. Sprach die "Stimme der Revolution" in den ersten Tagen noch von "monarchistischen Verschwörern", so entdeckte die Neue Züricher Zeitung (6.5.72) in der Änderung der Terminologie die Wiederaufleben der "uralten Rivalitäten zwischen den verschiedenen Tutsi-Klans", und tatsächlich scheint die tiefere Ursache der Mai-Ereignisse zwar in der Unterdrückung der bäuerlichen Hutu-Unterklasse durch Teile der herrschenden Tutsi-Minderheit zu liegen, der äußere Anlaß allerdings war nicht eine spontane Rebellion der Bahutu, sondern ein Putschversuch von oppositionellen Batutsi, die das Micombero-Regime stürzen und – so es sich um Anhänger des ehemaligen Königs Ntare V. handelte – die Monarchie wiedererrichten wollten. Zur Durchsetzung ihrer Ziele versicherten sie sich der Unterstützung von Hutu-Gruppen, während sich Armee und Polizei Micombero gegenüber offenbar loyal verhielten.

So widersprüchlich im einzelnen die Ereignisse in Burundi bis zum heutigen Tage geblieben sind, so unterschiedlich die Ortung der Verantwortlichen aus der jeweiligen Interessenlage der Betrachtung heraus sein mag, einem Verständnis der derzeitigen Situation nähert man sich wohl am ehesten, wenn man sich den historischen Hintergrund, der die Ereignisse der vergangenen Wochen ermöglichte, vergegenwärtigt.

Als die Batutsi vor ca. 400 Jahren aus Äthiopien in das Gebiet des heutigen Rwanda/Burundi einwanderten, trafen sie auf die dort bereits seit längerem ansässigen Bahutu, einer egalitär organisierten bäuerlichen Bevölkerung. Trotz unterschiedlicher Ernährungs- und Lebensweise und der nicht zuletzt daraus resultierenden physischen Unterschiede scheint es nicht berechtigt, von verschiedenen 'Rassen' oder 'Stämmen' zu sprechen, ebenso muß die Verortung der Batutsi als 'Hamiten', als hellhäutige, den Schwarzafrikanern überlegene und die die Königreiche des ostafrikanischen Zwischenseengebiets bildende Rasse aufgegeben werden. Die sogenannte Hamitentheorie diente im Kolonialzeitalter als Nachweis des dem "Neger" innewohnenden Mangels an staatenbildender Kraft, indem sie die Königreiche von Bunyoro-Kitara über Mpororo-Rhuzumbura bis Rwanda und Burundi externen – hamitischen – Einflüssen zuschrieb.

Die im Gegensatz zu den hierarchisch organisierten Tutsi-Hirten genossenschaftlich strukturierte Hutu-Gesellschaft konnte den "Eroberern" wegen des Fehlens an zentralen Herrschaftsinstanzen kaum Widerstand entgegenbringen. Die Tutsi-Herrschaft "basierte auf groben wie subtilen Mechanismen, auf ökonomischen Privilegien, auf Ausnutzung wirtschaftlicher Austauschbeziehungen, auf religiöser Beeinflussung, auf politischer Unterdrückung".(1)

Dennoch scheint es problematisch, bei der Betrachtung der sozialen Kommunikation beider Völker mit Kategorien wie "absolute Monarchie" oder "Feudalstaat" zu operieren, vielmehr lassen sich eher die hinsichtlich der Sozialstruktur von Marx und Engels entwickelten Begriffe der "Asiatischen Produktionsweise" oder "Orientalischen Despotie" anwenden. Der Zwei-Klassen-Staat, in dem die Tutsi-"Bürokratie" die Funktion des Adels wahrnahm – gesamtgesellschaftlich notwendig –, während in der bäuerlichen Unterklasse noch weitgehend traditionale genossenschaftliche Verhaltensmuster fortbestanden, wandelte sich in der Zeit der sozialen und politischen Transformation, die der deutsche und später belgische Imperialismus mit sich brachten. War die Sphäre der Machtausübung zuvor von relativ unbedeutender Ausdehnung, so ermöglichten die Kolonialherren den Batutsi im Rahmen der 'indirect rule', ihre Herrschaft in bislang nicht gekannter Weise auszudehnen und zu stabilisieren.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die gegenwärtigen Auseinandersetzungen nicht nur in erster Linie das Ergebnis extern bewirkter, sozialer und politischer Veränderungen sind, sondern auch korrekterweise mit sozioökonomischen statt ethnischen Kategorien gemessen werden müssen.

Als im Jahre der Unabhängigkeit 1962 die belgische Kolonie sich in die Republik Rwanda und das Königreich Burundi spaltete, herrschte in Bujumbura König Mwambutsa IV., Vater des Prinzen Charles, des späteren Königs Ntare V.. Mwambutsa verließ 1965 nach einem Aufstand der Bahutu, die in Burundi 84 % der Bevölkerung ausmachen - gegenüber 14 % Batutsi - das Land und exilierte in die Schweiz. Ntare unternahm am 8. Juli 1966 einen Staatsstreich gegen die inzwischen etablierte Regierung Biha, hob die Verfassung auf und erklärte seinen Vater für endgültig abgesetzt. Unterstützung erhielt Ntare durch den Chef der damals 1.350 Mann starken Streitkräfte, den Staatssekretär für Verteidigung Michel Micombero, der bereits zu jener Zeit die Rolle der 'grauen Eminenz' in Burundi spielte.

Als Ntare im November des Jahres sich anläßlich eines Staatsbesuchs im Kongo aufhielt, putschte der inzwischen zum Oberst und Premierminister avancierte Micombero erfolgreich, rief die Republik aus und ernannte sich zum Präsidenten.

Nach Tutsi-Vorstellung haftet Micombero ein gravierender Geburtsfehler an: er entstammt den sogenannten Tutsi-Hima, einem Klan, der nach der Überlieferung vermutlich im 18. Jahrhundert aus Uganda nach Burundi eingewandert ist. Hier trafen die Tutsi-Hima auf die bereits oben erwähnten und seit dem 15. Jahrhundert dort ansässigen Tutsi-Nyaruguru, in deren Hierarchie sie fortan eine inferiore Stellung einnahmen.

Dennoch ist es Micombero gelungen, unter Ausnutzung seines Amtes und mit Hilfe der von ihm befehligten Bataillone, dem Hima-Klan an die Regierungsmacht zu verhelfen. Aus Furcht vor Verfolgung hatten sich Tausende von Tutsi-Nyaruguru in das Nachbarland Zaire abgesetzt, wo sie auf ethnische Verwandte aus Rwanda trafen, die dort von den einstigen 'Underdogs', den Bahutu, außer Landes gejagt worden waren.

Bereits im September 1961 wurde der damalige Premierminister Prinz Louis Rwagazoro, der Sohn eines ehemaligen Tutsi-Monarchen und Führer der größten Partei des Landes UPRONA, von Mitgliedern eines rivalisierenden Tutsi-Klans ermordet, da er bei der Hutu-Bevölkerung große Sympathien genoß und somit für die Erhaltung der Privilegien der übrigen Tutsi-Fraktionen eine latente Gefahr darstellte.

Traditionell existieren vier königliche Familien in Burundi, die abwechselnd den regierenden Monarchen stellen. Die Bezi-Familie, der Prinz L. Rwagazoro entstammte, wurde von der Batare-Familie, die die christlich-demokratische Oppositionspartei stützte, verdächtigt, durch Erweiterung ihrer Machtbasis die Monarchie monopolisieren zu wollen.

Ähnliche machtpolitische Erwägungen mögen die königstreuen Tutsi-Fraktionen veranlaßt haben, König Ntare wieder zur Herrschaft zu verhelfen. Der jugendliche Bonvivant, Jahrgang 1947, kehrte durch Vermittlung Präsident Idi Amins von Uganda und unter Zusicherung freien Geleits durch Micombero bereits im März dieses Jahres nach Burundi zurück. Ob Ntare Putschabsichten hatte, wie Micombero später behauptete und ihn deshalb unter Hausarrest stellte, ist bislang im Dunkeln geblieben.

Die verspäteten und eher verstörten Stimmen aus dem Ausland zu den Vorgängen in Burundi legen die Vermutung nahe, daß ausländische Interessen zumindest nicht direkt Einfluß auf die Ereignisse hatten. Die jüngste Gipfelkonferenz der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) verweigerte jede offizielle Stellungnahme unter Hinweis auf die Nichteinmischungsklausel, der zufolge es sich bei den Massakern der Armee um "Innere Angelegenheiten Burundis" handelt.

In den letzten Wochen ist lediglich durchgedrungen, daß israelische Militärberater die Aufständischen ohne Wissen der Behörden in den Bergen Ost-Zaires ausgebildet haben sollen. Für Israel ist Burundi von strategischer Bedeutung - besonders seit der Ausweisung der israelischen Berater aus Uganda - in erster Linie wegen der geographischen Lage des Landes als südlicher Nachbar der arabischen Staaten. Als Indiz für ein mögliches Engagement Israels mag gelten, daß drei Minister infolge der Ereignisse ihre Ämter verloren haben; allen dreien werden besonders enge Verbindungen zu Tel Aviv nachgesagt.

Die Vorgänge der vergangenen Wochen haben Burundi nicht nur wirtschaftlich um Jahre zurückgeworfen, der Verlust einer Jahresernte ist im Vergleich zu dem Verlust eines Großteils der geistigen Elite leicht zu überwinden.

---

(1) Volker Weyel, Leserbrief bezügl. Burundi-Artikel, in: DER SPIEGEL, Nr. 24/72, S. 88 ff, unveröffentlicht

Lateinamerika

Zur Situation Boliviens

La Paz 10.9.1972

Auszug aus einem Dokument der Gruppe X (der Name wird wegen leicht möglicher Repressionen weggelassen), das als Vervielfältigung im Untergrund Boliviens kreist.

Das Regime Bánzer ging aus einem Kampf gegen das Volk hervor. Seither sind die Repressionen gegen alle Formen der Opposition (politische Parteien, Gewerkschaften, Presse, Radio und andere Organisationen) härter als jemals zuvor.

Im Augenblick "entdeckt" das Regime einen neuen Feind: die Fortschrittlichen der Kirche.

Das Dokument der bolivischen Gruppe kommt zu dem Schluß, daß Bolivien unter dem Regime Bánzer als nationalistisch-faschistisches System klassifiziert werden muß, und das wird mit jedem Tag deutlicher.

1. Die unterjochte Freiheit:

In Bolivien gibt es im Augenblick keine Möglichkeit einer politischen Opposition. Die Parteien, die nicht dem Regime dienen wollen, sind verboten. Nicht allein die Kommunistische Partei, sondern auch die MIR (Bewegung Linker Revolutionäre), die Christdemokratische Partei etc. sind verboten und werden verfolgt. Das Regime ist vollkommen militärisch.

Die jetzige Militärregierung ging aus einem Blutbad hervor.
Am 12. Aug. 71 wurden z.B. in der Stadt Santa Cruz 64 Personen, meist Studenten, erschossen, ohne daß irgendeine gerichtliche Instanz eingeschaltet war. Am 5.11.71 erließ das Militärregime ein Dekret, das die Todesstrafe wieder einführte. Dagegen protestierten verschiedene Gruppen auf Grund ihrer starken Befürchtung, daß die Funktionäre des Regimes nun mit Beschuldigungen wie: Staatsfeind, Terrorist etc. über Leben und Tod von vielen Personen entscheiden könnten und somit die uneingeschränkte Macht ausüben könnten (Presencia 15.11.71).

Die Todesstrafe wird im Augenblick häufig verhängt. Die Macht dazu ist in den Händen von einigen Funktionären.
Mit der Billigung des Innenministeriums entstand in Bolivien ebenfalls eine "Todesschwadron" (wie in Brasilien). Das einzige Ziel dieser Todesschwadron ist, alle Personen, die als Kommunisten verdächtigt werden, zu töten.

Derzeitig gibt es in Bolivien auch keinerlei Freiheit für die Gewerkschaften. Die COB - Zentrale Arbeitergewerkschaft - und die Gewerkschaft der Bergbauarbeiter wurden unbarmherzig unterdrückt. Die Gewerkschaftsleiter sind ins Ausland geflüchtet oder leben im Untergrund.
Diese Unterdrückung erfuhren auch die Vereinigung der bolivianischen Studenten, das Komitee der Menschenrechte, die Vereinigung der Mediziner sowie die der Journalisten und aller Personen, die auf irgendeine Weise einen Veränderungsprozeß anstreben.
Die letzten Gewerkschaftswahlen in einigen Kupferminen wurden von seiten des Arbeits- und Innenministeriums manipuliert. Einen Tag vor den Wahlen in Colquiri nahmen Agenten des Innenministeriums einen unabhängigen Kandidaten fest und steckten ihn ins Gefängnis.

Es gibt keine Pressefreiheit mehr. Die Zeitungen "el diario", "hoy", "ultima hora", "nueva jornada" usw. unterstehen total dem Diktat der Militärregierung. Die kath. Zeitung "presencia" wird mehr und mehr ein Blatt der Verwirrung. Durch die Finanzstrategie des Verantwortlichen, Bischof Prata, wird diese Zeitung mehr ein Unternehmen, um Geld zu machen als christl. Glaubenssätze der Realität gegenüberzustellen. Die Zeitung identifiziert sich aus diesem Grund mehr mit den Meinungen des Innenministeriums als mit der Meinung der meisten Bischöfe des Landes.
Die beiden Radiostationen "Radio Fides" (Jesuiten) und Radio Pius XII (Obladen) kritisieren bisher noch am stärksten die Maßnahmen der Regierung Bánzers. Die Repressalien gegen diese Sender werden immer stärker, es ist gut möglich, daß diese Sender bald ganz zum Schweigen gebracht werden.

Man schätzt, daß es z.Zt. über 1.500

polit. Häftlinge in Bolivien gibt, über 5.000 Personen emigrierten aus politischen Gründen.

Die Lebensumstände der Häftlinge sind entsetzlicher als man sich vorstellen kann. Vor allem diejenigen, die subversiver Vergehen beschuldigt wurden, müssen fürchterliche Folterungen durchmachen.
Die geschätzte Untergrundskämpferin Loyola Guzmann hatte einen Abort im Kerker von Ciacha, bedingt durch die unmenschlichen Folterungen. Die sadistischen Folterungsmethoden sind: Fußtritte in den Magenmund, Unterleib und die Genitalien.
Einem Führer der Landarbeiter, der im Kerker von Viacha eingesperrt war, bot man die Entlassung an, aus Furcht, daß er durch die mitgemachten Folterungen im Gefängnis sterben würde. Vor der Entlassung mußte er eine Erklärung unterschreiben, daß sein schlechter Gesundheitszustand auf keinen Fall auf eine schlechte Behandlung im Gefängnis zurückzuführen sei.

Man weiß, daß es in der Stadt Cochabamba 5 Häuser gibt, in denen polit. Gefangene gefoltert werden. Einige der Gefolterten kamen ohne Fingernägel von der "Behandlung" zurück. Mehrere von ihnen erlitten die Tortur "potro". Dabei werden die Hände mit einem Strang hinter dem Rücken zusammengebunden und die Personen an diesem Strang aufgehängt; die Schmerzen sind unmenschlich.

Eines der größten Probleme, dem sich das Regime Bánzer gegenübersieht, ist die Universität. In neun Monaten der Regierung Bánzers wurden in keiner der 9 Universitäten des Landes Vorlesungen gegeben.
Durch das Dekret vom 14.9.71 wurde die Autonomie der Universität aufgehoben und alle Professoren und Angestellten entlassen.

Viele Spekulationen sind im Umlauf, daß Bánzer bald gestürzt wird. Viele meinen, Coronel Selich, letztlich als Botschafter in Paraguay bestellt, könnte den Putsch gegen Bánzer unternehmen.
Trotz aller Spekulationen: sicher ist, daß das Bánzer-Regime die Repressalien und Unterdrückung auch deswegen gebraucht, weil es sich ausgesprochen schwach fühlt.

Trotz aller Repressionen gegen die Kirche will das Regime Bánzer nicht antiklerikal erscheinen. Es tritt im Gegenteil als Retter der wahrhaften Kirche auf. Das Militärregime stellt sich nicht nur als Besitzer der politischen, sondern auch der religiösen Wahrheit dar. Eine große Gefahr besteht darin, daß Bánzer, Militarist und Faschist in der Politik, diese Merkmale in seine Vorstellungen von religiösem Leben integriert.
In den permanenten Attacken gegen den Kommunismus gebraucht das Regime die simpelsten Schablonen. Christentum wird mit Antikommunismus identifiziert. Kommunismus wird deshalb auch mehr als Häresie denn als polit. System angegriffen.
Wie noch kein Regime vorher, wird die jetzige Militärregierung von vielen Bischöfen wegen der unzähligen Verletzungen der Menschenrechte angegriffen; bes. von Bischof Manrique (La Paz). Im Einvernehmen mit dem Nuntius von Bolivien wartet das Regime auf den günstigsten Augenblick, Bischof Manrique abzusetzen und einen "Regierungsfreund" einzusetzen.

2. Wirtschaftliche Probleme:

Die Privatunternehmen in Bolivien waren nicht nur Unterstützer des Putsches von Bánzer, sondern oft auch aktiv Beteiligte. Das vorhergehende Regime von Torres, mit nicht sehr definierten sozialistischen Tendenzen ("wir gehen soweit wie das Volk mag"), hatte viele Feinde bei den Privatunternehmern. Deshalb arbeiteten sie nicht nur an dem Sturz des Regimes Torres mit, sondern hatten bald nach Antritt der neuen Regierung sowohl mit dieser als auch untereinander Einverständnis über ihre Interessen erzielt.

Gemeinsam mit den Privatunternehmen erhält der amerik. Imperialismus fette Zinsen für die Beteiligung am Putsch für Bánzer.
Die Ex-Besitzer der Mine Matilda (Chemicals Phillips Corp. u. die US Steel Corp.) fordern vom Regime 25 Mill. Dollar an Entschädigung, obwohl das Militärregime lediglich eine Summe von 8 Mill. Dollar vorgesehen hatte.
Brasilien meldet ebenfalls "Vaterschaftsrechte" gegenüber dem Regime Bánzer an. Dieses kaufte auch prompt für 6 Mill. Dollar Zucker einer sehr schlechten Qualität ein.
40.000 Landarbeiter des Altiplano, bis hinauf nach Santa Cruz, werden beherrscht und ausgebeutet von diesem unmenschlichen System. In der Baumwollernte erreicht der Tageslohn keine 9 Pesos, die Arbeiter leben in Baracken ohne Wasser und Licht und in Promiskuität. Weil viele Arbeiter (Männer und Frauen) wegen der unmenschlichen Bedingungen wieder in ihre Dörfer zurückgehen wollten, sorgten die Privatunternehmen dafür, daß die Polizei diesen die Dokumente wegnimmt, damit sie nicht

zurückgehen können. Viele sind an den elenden Bedingungen, unter denen sie arbeiten mußten, gestorben.

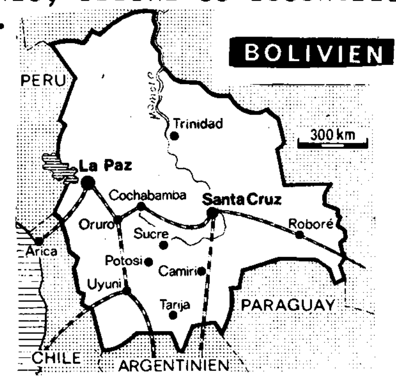
Die Staatsschulden haben sich auf mehr als 600 Millionen Dollar erhöht. Nach der Erklärung des Finanzministers wurde die Bürokratie so ausgeweitet, daß dafür eine Summe von 150 Millionen Pesos (12 Mill. Dollar) notwendig wurden. Nicht allein die "politischen Ministerien" wie das Innenministerium, sondern auch die Steuerämter, die Post und das Erziehungsministerium haben das Personal gewechselt und dessen Zahl erhöht. Die Post hat 400 Personen zur Briefkontrolle eingestellt.

Die Lebenshaltungskosten steigen, der Wert des Peso sinkt laufend.

3. Außenpolitik:

Die Außenpolitik des Regimes Bánzer zeigt eine totale Kurzsichtigkeit. Als Nixon z.B. seine Reise nach China plante, flog Außenminister Mario Gutierrez nach Formosa, um den greisen Generalissimo Chiang Kai Chek zu umarmen, eine der geschichtlichen Entwicklung völlig zuwiderlaufende Politik. China könnte Bolivien finanziell unterstützen, sicher aber nicht das unbedeutende Formosa. - Die Beziehungen mit Perú sind "eingefroren".
Zweifellos ist das hervorstechendste Merkmal der Außenpolitik Boliviens die Aggressivität gegenüber Chile.
Coronel Valencia, Botschafter Boliviens in Washington, erhielt die Weisung, daß er für eine Verstärkung der Sanktionen gegen Cuba arbeiten sollte.
Als die UdSSR einen Kredit von 27 Mill. Dollar zur Einrichtung von 8 Zinnverwertungsanlagen geben wollte, wies Bolivien 78 Funktionäre der sowj. Botschaft und anderer sowj. Organisationen aus. Die Begründung dafür lag im ungleichen Zahlenverhältnis zwischen der sowj. Botschaft in Bolivien und der boliv. Botschaft in der UdSSR. - Die Botschaft der USA in La Paz ist mit 400 Funktionären besetzt. In diesem Fall akzeptiert das boliv. Regime das ungleiche Zahlenverhältnis, obwohl es wesentlich markanter ist.





5. Treffen der Priesterbewegun für die Dritte Welt in Argentinien

Aus Lateinamerika erreichte uns der folgende Kurzbericht über das 5. Treffen der Priesterbewegung für die Dritte Welt in Argentinien

140 Priester aus 32 argent. Diözesen hatten sich am 19.8.72 versammelt, um über das Evangelium und die Bedeutung der christl. Botschaft für die argentinische Realität zu diskutieren.

Im Abschlußpapier wurde die Existenz von zwei verschiedenen historischen Systemen betont, die heute stark gegeneinander kämpfen.

Ein System will die Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung zugunsten einer privilegierten Gruppe.
Das andere System will die Befreiung, die das Volk in einem Kampf seit langer Zeit sucht, um die Macht der Mehrheit der Bevölkerung zu geben. Damit würde die Unterdrückung durch das Ausland beendet werden und ein lateinamerikanischer Sozialismus begründet.

Das System der Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung hat ein Stadium erreicht, das in sich aufgezeigt hat, daß es nicht weiter existieren darf.

Beispiel Wirtschaft

- die maßgeblichen Industrieunternehmen sind in ausländischen Händen
- von 1967-1971 mußten 10 708 einheimische Betriebe Konkurs anmelden
- mehr als die Hälfte der Banken befindet sich in ausländischen Händen
- "galoppierende Inflation" - 61 % in den letzten 12 Monaten; das bedeutet "Weltrekord"; Argentinien hat demnach eine höhere Inflationsrate als Südvietnam
- steigende Arbeitslosigkeit.

Beispiel Politik:

Die jetzige Militärdiktatur ist politisch unfähig; das wird an folgenden Beispielen belegt:

- es besteht eine totale Besetzung des Landes durch die Streitkräfte
- es besteht eine institutionalisierte und generelle Repression
- es bestehen institutionalisierte Folterungen.

In dieser Situation, so stellen die Konferenzteilnehmer fest, werden die Bewegungen der Arbeiter immer konkreter in ihrem Prozeß der Befreiung von dieser Unterdrückung. In diesem Jahr bestehen in ganz Argentinien Arbeiterbewegungen, Landarbeiterbewegungen zur Rebellion der Basis gegen die Herrschenden.

Angesichts der Unterdrückung des Landes durch das Militär ist eine große Anzahl der bewußtgewordenen Jugend der Überzeugung, daß ein Ausweg aus dieser Misere nur der bewaffnete Kampf sein kann.

In ihrer Aufgabe und Funktion als Priester entdeckten die Teilnehmer dieser Konferenz, daß die Unterdrückung der Kristalisationspunkt der strukturellen Ungerechtigkeiten ist. - Darum begründen sie die Verpflichtung des gemeinsamen Weges mit dem unterdrückten Volk.

Erklärung zu den politischen Gefangenen und den Folterungen:

In dem Abschlußpapier erklärten die Konferenzteilnehmer zu dem System der Gefangennahme von politisch Tätigen und den Folterungen:

"Wir stellen in Argentinien eine Situation der institutionalisierten Gewalt fest, die das letzte Mittel zur Verteidigung der aufgehäuften Privilegien ist. Diese Privilegien beruhen auf dem Diebstahl an dem Reichtum, der dem Volk zusteht, da das Volk diese Reichtümer produziert.
Diese Unterdrückung beruht einzig auf der Macht des Kapitals und der Macht der Waffen. - Aber mehr und mehr gibt es spontane, massive Manifestationen gegen die Unterdrückung und für die Durchsetzung der Rechte der Mehrheit des Volkes. Diese vom Volk getragenen Manifestationen waren Gegenstand einer von oben geplanten harten Repression. Unter diesen, die als politisch Gefangene mit harten Repressionen und Folterungen rechnen müssen, gibt es viele Christen und Priester.
Wir können mehr als 50 Namen von unseren Freunden und Mitarbeitern unserer Bewegung für die 3. Welt nennen, die z.Zt. im Gefängnis sitzen und härtesten Folterungen ausgesetzt sind."

Diese ungerechten Methoden zeigen sehr klar die Aggression des argent. Militärsystems gegen diejenigen Personen, die die Freiheit des argent. Volkes anstreben.

(Fortsetzung von Seite 27; "Psychologische Kriegsführung")

te und Vorschläge genereller Art betrachtet, die etwas schwierig in konkreter Terminologie auszudrücken sind.

Kontrasubversion kann nur durch extensive soziale, politische und administrative Reformen wirksam werden. Beträchtliche Geldmittel sind dafür erforderlich, ebenso wie Anti-Guerilla-Kriegsführung, weil beide fundamentale Prinzipien der Verteidigung sind in dem Kampf, in dem wir jetzt stehen, in unserem Kampf für die Einheit der Nation. Unglücklicherweise ist noch kein Anzeichen zu sehen für den Willen, die menschliche Kraft und die legale und exekutive Macht zu mobilisieren, was zur Erreichung dieser Ziele unerläßlich ist.

Und die Zeit arbeitet für den Feind.

Wir erachten die örtlichen Maßnahmen als bloßen zeitweiligen Ersatz, der, obwohl nützlich, weit von einer globalen Lösung, die gefordert ist, entfernt ist.

Die Reichen müssen noch reicher werden

Deshalb CDU

Fidel Castro

Ehrlich mit Christen

Gespräch in Chile, berichtet von Pater Hubert Daubechies SJ

Die Vorträge Fidel Castros in Chile sind fast alle veröffentlicht worden. Aber er traf sich auch mit Gruppen, die ihn kennenlernen und mit ihm sprechen wollten. Eine davon war die „Gruppe der 80 Priester“. In Wirklichkeit umfaßt sie heute mehr Personen. Andere Priester stießen zu dem ursprünglichen Kern, auch Ordensleute und Laien, alle in einem konkreten Prozeß des Übergangs zum Sozialismus.

Am 30. November 1971 wurde diese Gruppe — darunter auch der Autor — von Fidel Castro in der Botschaft seines Landes empfangen zu einem Gespräch über eineinhalb Stunden. „Ich hatte großes Interesse, mich mit Ihnen zu treffen“, sagte er uns; „es interessiert mich als Revolutionär, als Mensch, als Neugieriger. Mein Interesse ist revolutionärer Art. Ich glaube an das, was wir tun. Ich fühle mich mit Ihnen solidarisch.“

I.

Kirche in Kuba vor der Revolution

Die Anschauung Fidel Castros vom Katholizismus ist so, wie er ihn in seiner Heimat während der Jugend und in den Jahren der Befreiungskämpfe kennenlernte, also nicht sehr schmeichelhaft. „Die Religion war keine des Volkes, sondern der Reichen. Warum? Weil der Glaube über die Privatschulen verbreitet wurde, die nur der Mittel- und Oberschicht offenstanden und wo es nur ausnahmsweise einen armen Teufel gab; sie gaben ~~ihm ein Plätzchen~~ ... und ließen ihn die Schule säubern.“ Für die große Masse „ging der Katholizismus nicht weiter als die Gewohnheit, die Kinder zu taufen. Die Bürger, die großen Grundbesitzer, die großen Eigentümer praktizierten nicht die christliche Nächstenliebe, aber sie nannten sich Katholiken.“

Das war, nach dem Urteil Fidels, die Wurzel des Konflikts zwischen Revolutionären und Katholiken in seinem Land, als er die tiefgreifenden Sozialreformen begann. „Die Konflikte waren nicht religiöser Natur — zwischen der Revolution und der Kirche —, sondern zwischen der Revolution und der Bourgeoisie. Diese benützte die Religion als poetisches Instrument des Widerstandes gegen die Revolution. Die Klasse, die durch die Revolution betroffen war, hatte ihre offizielle Religion und zögerte nicht, sie gegen die Revolution auszuspielen. Im ganzen gesehen, kann man aber nicht sagen, daß die Christen die Revolution hemmten. Es gab auch christliche Teilnehmer am Befreiungskampf. Es gab sogar einige Märtyrer. Priester solidarisierten sich, wie P. Sardiñas.“

„Auf alle Fälle war der Klerus, als das Revolutionsheer von der Sierra Maestra herabstieg und in Havanna einzog, im allgemeinen gegenüber den Sozialreformen sehr reserviert. Seine engen Verbindungen mit der Oberschicht verleiteten ihn, soziale Probleme zu übersehen. Es darf daher nicht befremden, daß es zur Austreibung vieler Priester und Ordensleute kam.“

Aber die Regierung mäßigte sich in der Behandlung solcher Konflikte. Es wurden keine Priester erschossen, wohl aber gefangengesetzt oder ausgewiesen. Kein Priester **blieb** in Haft; wir setzten alle in Freiheit, egal wie schwer ihre Vergehen waren. Wir machten das aus freien Stücken, um zu verhindern, daß der Eindruck entstehe, die Revolution verfolgt die Religion.“

„In einer späteren Epoche, als die Bourgeoisie schon nichts mehr zu verlieren hatte, weil sie keine gesellschaftliche Macht mehr darstellte, legt sich die Konflikte. Die Kirchen arbeiten heute ungehindert. Es gibt ein Priesterseminar, in dem auch Ordensleute ausgebildet werden, es herrscht Friede und Harmonie. Die Ruhe wurde hergestellt, obwohl von Zeit zu Zeit von außen — gestützt auf religiöse Elemente — ~~Störversuche auf~~flackern. Aber sie sind nicht schwerwiegend, dank der Haltung der Revolution einerseits, anderseits dank einiger geistlicher Führer, die besonderen Eifer und Geschick entwickelten, um Formeln der gegenseitigen Annäherung und Problemlösungen zu finden.“

Unter diesen Persönlichkeiten hebt Fidel besonders Msgr. Zacchi hervor, den Nuntius Pauls VI. in Kuba.

In seiner Jugend war Fidel Castro Schüler der Jesuiten. Welcher Art war die Krise, die ihn veranlaßte, den Glauben zu verlassen und sich dem Marxismus zuzuwenden? Einer der „80“ stellte ihm diese Frage.

Von seinen Erziehern hat er im allgemeinen eine „hohe Meinung. Sie waren gerecht, beherrscht, streng, intelligent; es waren Menschen mit Berufung. Aber an religiöser Ausbildung ließen sie es fehlen. Es war wie das Herleiern von Dingen, die ich nicht verstand. Es gehörte zum Ritual, ich hatte es nachzuplappern, und es wurde eintönig. Ich hatte nie eine Glaubenskrise, einfach weil ich nie geglaubt habe“.

II.

Die Christen: taktische oder strategische Verbündete?

Auf Grund der Zusammensetzung der Gruppe, mit der sich der kubanische Staatschef unterhielt, war es selbstverständlich, daß Fragen gestellt wurden wie diese: „Kommandant, was erwarten die Kommunisten und Sie im besonderen von uns? Sind wir für Sie Menschen, deren sie sich bedienen werden, solange sie nützlich sind, um uns später fallenzulassen? Wie meinen Sie das, daß wir strategische und nicht taktische Verbündete seien? Und wenn Sie mit unserer Mitarbeit rechnen: Wie stellen Sie sich diese Mitarbeit vor? Glauben Sie auch, daß die Geistlichen sich nicht in Politik einmischen sollen, daß dieses Gebiet ihnen nicht zusteht? Wenn Christsein bedeutet, die ganze Menschheit zu lieben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, und Marxismus die historische Konkretisierung der menschlichen Vergangenheit und der Aufbau der künftigen Menschheit ist: kann man behaupten, daß man, um konkret Christi zu sein, notwendigerweise Marxist sein muß?“

Die Antwort kam rasch, klärte Zweifel, die allerdings für die meisten mehr intellektuellen als lebendigen Charakter hatten.

„Das große Interesse an dieser Begegnung mit Ihnen besteht einfach darin, daß ich an das glaube, was wir tun. Ich

fühle mich als Ihr Verbündeter. Che sagte, daß der Tag, an dem die Christen das Bewußtsein der Revolution erlangen, ein Tag von entscheidender Bedeutung sein wird. Auf dieser Ebene will ich in aller Klarheit reden. Die Bewegung der Christen in Lateinamerika ist ein neues Phänomen, das wir schätzen und begrüßen als ein sehr positives Ereignis. Wir können nicht sagen, daß die Christen in Kuba ihr Bestes für die Revolution gaben. Glücklicherweise haben aber die Priester sehr rasche Fortschritte gemacht. Sie tun Dinge, von denen wir möchten, daß sie die Kommunisten tun."

„Ihr Problem ist, das Christentum aus seiner Rolle als Instrument der bürgerlichen Ideologie zu befreien. Sie kennen die Gewohnheiten der Bürger, der Reichen. Sie haben nichts Christliches an sich. Es gibt keine Aufrichtigkeit. So haben wir das Christentum kennengelernt. Es trägt nichts Menschliches an sich. Und kann es auch nicht. **Sie können im Zirkus nicht Christ und Löwe zugleich sein.“**

„Viele der Mächtigen wollten sich der Religion bedienen, um Ausbeutung, Elend, Privilegien zu rechtfertigen; sie vergessen, daß das Christentum die Religion der Niedrigen ist, der Sklaven Roms, jener, die zu Zehntausenden im Zirkus starben, verschlungen von den Löwen, und die ganz bestimmte Ausdrucksweisen kannten für die Solidaritt der Menschen, die Nächstenliebe, welche Habsucht, Völlerei, Egoismus verurteilten; eine Religion, die vor 2000 Jahren Händler Händler und Pharisäer Pharisäer nannte; die die Reichen verdammte und eindeutig sagte, daß sie nicht ins Himmelreich eingehen werden; welche die Fische und Brote vermehrte: genau das, was der Revolutionär von heute sich vornimmt zu vollbringen mit Hilfe der Technik, mit seiner Hände Kraft, mit der rationellen und planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft."

„Sucht man die Parallelen zwischen den Zielen des Marxismus und des Christentums, wird man entdecken, in wie vielen Punkten sie übereinstimmen. Man wird sehen, warum ein einfacher Pfarrer, der den Hunger kennt — weil er ihn aus der Nähe sieht —, die Krankheit und den Tod, das menschliche Leid, der Revolution ganz nahesteht, Priester unter einfachen Landfamilien arbeiten, identifizieren sich mit ihren Problemen und kämpfen gemeinsam mit ihnen. Es gibt selbstlose Christen, die ihr Leben aufopfern, um Kranke zu pflegen."

„Sucht man alle Parallelen auf, so wird man sehen, daß tatsächlich ein strategisches Bündnis zwischen revolutionären Marxisten und revolutionären Christen möglich ist."

„Und deshalb sehen wir die Aufgabe der revolutionären Christen, der christlichen Linken, darin, jene zahllosen Massen von Arbeitern, Bauern, Studenten, einfachen Männern und Frauen des Volkes zu gewinnen für die Sache der Niedrigen und Ausgebeuteten."

„Und es wird ein außerordentlicher Dienst an der revolutionären Bewegung sein, ganz gleich in welchem Land, und ein Dienst an Lateinamerika, so wichtig, wie die Revolution in diesem Kontinent wichtig ist."

„Und deshalb sagten wir, daß das Bündnis nicht taktisch sei, sondern einfach strategisch. Diese Kräfte müssen vereinigt werden, denn der Imperialismus ist mächtig. Man muß Kräfte sammeln, um ihn und seine Verbündeten zu überwinden."

„Vielfach nahmen wir Bezug auf die Geschichte jenes Christentums, das so viele Märtyrer hervorbrachte, so viele Menschen, die für den Glauben starben. Und immer werden sie unsere tiefste Ehrfurcht erwecken, weil sie für ihren Glauben das Leben hinzugeben vermochten. Auch in unseren Tagen war Camilo Torres ein Held, der sein Leben als Kämpfer verlor. Das sind die Menschen, die aufbauen helfen."

„Wie ist es möglich, daß Christen sich abschließen vor der menschlichen Gemeinschaft, ihren menschlichen Problemen? Sind sie vielleicht von den sozialen Phänomenen unabhängig? Die Christen haben verschiedene Phasen in der Geschichte durchlaufen: In einer Epoche waren sie Sklaven, wurden verfolgt — die Christen des Zirkus — später kam die Zeit der Inquisition, in der in der Religion ein ernster Konflikt ausbrach, eine dunkle Zeit, in der Menschen verbrannt wurden. Das war Antichristentum par excellence. Wir erleben nun eine Phase, wo das Christentum das man eine Utopie nennen könnte, einen simplen geistlichen Trost, nicht mehr utopisch erscheint und real wird für den Menschen. Nun, wo ist der Widerspruch zum Marxismus? Ich glaube nirgends, im Gegenteil, es wird eine Wiederbegegnung stattfinden mit dem Christentum der Urzeit in seiner menschlichsten, offensten, sittlichsten, gerechtesten Form."

„Nun sind Sie, die Christen der Linken, diejenigen, welche uns helfen werden, die Annäherung zu suchen. Was will ich mit Annäherung sagen? Nicht nur Frieden, nicht nur freundschaftliche Beziehungen, sondern Begegnung von Gemeinden, von Zielen, von Vorhaben. Das haben wir bisher nicht gemacht. Nicht aus Geringschätzung, aber wir waren mit anderen Problemen beschäftigt. Ihre Bewegung der ‚80' entstand außerhalb Kubas. Sie hat Einfluß gewonnen, wir hätten uns mehr mit ihr zusammenschließen sollen. Es ist notwendig, daß wir die Initiative ergreifen, daß sich diese Bewegung auch in Kuba entwickelt."

„Man kann nicht universal lieben und in seinem sozialen Verständnis Antikommunist sein. Christentum und Marxismus müssen sich nicht wie Antagonisten gegenüberstehen. Wenn man in 90 Prozent der Dinge übereinstimmt, dann laßt uns darin übereinstimmen, arbeiten wir auf diesen Gebieten und tolerieren wir einfach jene Punkte, in denen wir nicht so einig sind. Arbeiten wir zusammen im sozialen, wirtschaftlichen, humanitären Bereich. Ich glaube, daß neue Dinge und neue Ideen geboren werden. Bleibt das Problem des Glaubens. Aber die streng philosophischen Punkte sind nicht das fundamentale Problem. Man kann Christ und Marxist in Wirtschaft, Politik und in all diesen Disziplinen sein, ohne das Gebiet der Philosophie zu betreten."

> **„Sie können nicht Christ und Löwe zugleich sein“**

III.

Brüderliche Gesellschaft gegen Konsumgesellschaft

Um zu verstehen, warum Fidel Castro die Allianz zwischen Christen und Marxisten für möglich, wünschenswert und fast selbstverständlich hält, muß man zeigen, welche Art Gesellschaft er anstrebt und wie er dazu kam, sie zu konzipieren.

„Nicht genug, daß die Industrienationen unsere Naturprodukte wegführten, uns ausbeuteten, uns in Schulden stürzten, nicht genug, daß sie den Erlös unserer Arbeit in ungerechter Verteilung bezahlten: sie brachten uns auch ihre Lebens-

gewohnheiten und ihr Konsumdenken. Die Metropolen sahen prächtig aus in ihrem Lichterglanz und mit ihren. Autos. Aber die in diesen Autos fuhren, waren nicht die 500.000 Arbeiter, die bei niedrigster Produktivität die Devisen erzeugten, mit denen das Land die Autos kaufte. Nein, diese kannten keine Schulen, keine Spitäler, keine Transportwege, ja sie hatten nicht einmal Leichenwagen, um den Sarg zum Friedhof zu führen."

„Die schöne Hauptstadt und die Leuchtreklamen, alle die Mittel der Massenbeeinflussung, um die Kauflust zu wecken: Kaufen Sie einen Cadillac, kaufen Sie ein Oldsmobile, kaufen Sie diese Küche, solche Möbel, kaufen Sie den neuesten Stoff, die letzte Mode! Das Kleid trägt man lang oder kurz oder knielang, wer nicht mitmacht, macht sich lächerlich, wird verachtet. Riesige Spalten in den Massenmedien handelten nur davon. Obwohl die Länder in Schulden erstickten, enorme grundlegende menschliche Bedürfnisse unbefriedigt blieben. Man zwang ihnen eine Doktrin auf, eine massive Deformation mit allen Mitteln. Diese entsprach den sozialen Realitäten, die auf der Grundlage der individuellen und egoistischen Interessen aufgebaut waren, ohne die gerinste Wertschätzung der menschlichen und moralischen Werte."

„In einer solchen Gesellschaft weckt die Oberschicht in den Armen eine verrückte Sucht, zu konsumieren, sie sehen die Verschwendung vor sich und spüren das irrsinnige Verlangen, zu besitzen, was für ihren Arbeitslohn unerreichbar bleibt."

„Viel wird geredet von Freiheit, von Gleichheit. Aber welche Gleichheit ist das? Während die Töchter der Reichen durch Europa reisen oder Adelstiteln nachjagen oder der Heirat mit einem Millionär, bleibt den Töchtern der Bauern und Arbeiter kein anderer Weg als ins Bordell? Was sind das für Menschenrechte, in denen ein Mensch die Hand ausstrecken muß, um ein Almosen zu erbetteln, in denen ein Kind barfuß und bettelnd vagabundieren muß, in denen eine Frau sich wie eine Ware verkaufen muß auf dem Marktplatz? Das sind die Menschenrechte einer Gesellschaft, die nicht für die Menschen und ihre Bedürftigen arbeitet, sondern für Gewinne und Privatinteressen. Die Reichen und Mächtigen diktieren, während es Hunderttausende Analphabeten und Zehntausende Kinder gibt, die an Hunger, Krankheiten und Unterernährung sterben."

„Wie kann sich in solchen Gesellschaften einer als Mensch fühlen, der über seinem Kopf die Ausbeuter sieht, die ihn anspucken, ihn mißhandeln, ihn verachten, ihn verhungern lassen?"

In Gegensatz zu dieser Gesellschaft, die er in seiner Heimat durch Jahre erfahren hatte, begann Fidel ein anderes Gesellschaftskonzept zu entwickeln und zu formen, immer stärker von marxistischen Ideen beeinflußt. Er leugnet nicht die Notwendigkeit des materiellen Fortschrittes — „er ist die Basis der Gesellschaft" — aber nach seiner Überzeugung ist er nicht das Wichtigste noch das Dringendste. Vor allem muß der Mensch sich als Person fühlen können. „Unsere Gesellschaften sind zu arm, um dem Menschen materielle Reichtümer geben zu können — wir können nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigen — aber wir geben ihm das Empfinden der Gleichheit. Wir geben ihm ein Gefühl von Menschenwürde. Er beginnt sich als Mensch zu fühlen, nicht mehr als Unterdrückter."

„Wir sind ein armes Land. Aber es gibt keinen einzigen Menschen mehr, der seinem Schicksal überlassen ist. Das Wenige, das wir haben, teilen wir auf. Niemand legt sich schlafen ohne Essen, niemand geht barfuß, niemand stirbt, weil Arzt oder Medikamente fehlen, niemand bleibt Analphabet, alle Kinder haben Schulen, alle Jugendlichen haben ihre Ausbildungsstätten und haben die Möglichkeit, in die Oberstufe und auf die Universitäten zu gelangen."

„Unsere Revolution ist nicht vollkommen. Noch sind wir nicht zu Ausdrucksformen dafür gelangt, was wir die neue proletarische Demokratie nennen könnten. Die Revolutionsregierung begann mit Dekreten zu regieren. Aber schon diskutieren jedes Gesetz, das die grundlegenden Interessen des Volkes betrifft, Millionen Menschen in unseren Arbeiterzentren, in unseren Massenorganisationen, in unseren Militäreinheiten. Denn uns alle interessieren diese Probleme. Sagen Sie mir jetzt, daß der bürgerliche Parlamentarismus demokratischer ist! Bei uns sind wir alle Parlamentarier, alle Gesetzgeber und wir sind es unausgesetzt. Das Volk braucht niemand, der es repräsentiert, denn es repräsentiert sich selbst."

„Es gibt menschliche Gesellschaften, die große Reichtümer durch die technologische Entwicklung angesammelt haben, aber moralisch und geistig ruiniert sind. Wohlstand bedeutet nicht nur Besitz von Gütern, mit denen die materiellen Gesellschaften sich zufriedengeben — das ist höchstens eine Grundlage. Wohlstand ist auch der Geist. Wohlstand ist die Brüderlichkeit und die wahre Freundschaft zwischen den Menschen. Wohlstand ist die Gesundheit des Menschen. Wohlstand ist das moralische Gewissen des Menschen. Unter den Gütern, die eine Revolution der menschlichen Gesellschaft bringen kann, ist jenes das höchste, das es gestattet, daß die Menschen untereinander eins sind, daß die Menschen, anstatt sich gegenseitig zu verschlingen, sich zu Brüdern wandeln, Wesen werden, welche Liebe fühlen und die Notwendigkeit, miteinander zu arbeiten, sich für den andern aufzuopfern."

IV.

Fidel und Kuba

Wer Fidel Castro reden gehört hat und wer leidenschaftslos diese Zeilen liest, wird von Begeisterung, Unruhe, Zweifeln und Fragen geschüttelt.

> **Erstmals eine Regierung, die uns nicht ausraubt**

Unbestreitbar strahlt der Revolutionsführer eine Aura absoluter Aufrichtigkeit aus, die allen Politikern gut anstünde. Sicherlich genügt es nicht, aufrichtig zu sein, um ein guter Staatsmann zu sein, aber zumindest in Lateinamerika und im allgemeinen in der Dritten Welt, scheint uns diese Tugend die Grundlage zu sein, um im Volk die freiwillige Hingabe an die Sache zu wecken und wachzuhalten, die man verteidigt und vorantreiben will.

Ebenso muß die Ehrenhaftigkeit Fidels hervorgehoben werden. Ein alter Kubaner sagte zu einem chilenischen Besucher: „Zum erstenmal haben wir eine Regierung, die uns nicht ausraubt!" Auch diese Tugend ist unter Politikern selten.

Ein anderes Kennzeichen seiner Persönlichkeit, vielleicht das hervorragendste, ist seine Authentizität: Fidel Castro praktiziert selbst, was er von den andern verlangt. Stolz trägt er seine Militäruniform, und als er sein Volk bat, weniger zu rauchen, um mehr Havannas exportieren zu können und dadurch zusätzliche Devisen zu beschaffen, gab er als erster das Rauchen auf.

Das mag eine Einzelheit scheinen, aber sie ist sehr wichtig. Ein berühmter kolumbianischer Soziologe, Fals Borda, sagt, daß in Perioden der Gesetzlosigkeit, d. h. in denen die Werte eines Systems zerbrechen und am Horizont noch nicht neue Werte erscheinen, die ein Volk motivieren und mobilisieren könnten, es von fundamentaler Bedeutung ist, daß jeder politische Führer selbst die Werte verkörpert, die die Massen auf einen neuen nationalen Weg führen sollen. Worte genügen da nicht, so beredsam sie auch vorgetragen werden, sondern der Politiker muß durch sein Leben dem Volk die Werte aufzeigen, die für den Übergang eines Systems in ein anderes unerläßlich sind: in diesem Fall: von einem korrumpierten Kapitalismus zu einem neuen Sozialismus.

Von dieser Authentizität Fidels leitet sich ab, was alle bestätigen werden, die ihn sehen: Wenn er spricht, strahlt von ihm eine Überzeugungskraft aus, die aller demagogischen Rhetorik entbehrt. Selbst der Ton ist nicht so, wie wir ihn von Politikern gewöhnt sind. Er spricht einfach, natürlich, in einer unmittelbaren Sprache. Auf diese Art scheint seine tiefe Überzeugung durch, die das Volk packt und bewegt, überzeugt, mitreißt. In diesem Sinne dürfen wir behaupten, daß er **der beste Pädagoge Lateinamerikas** ist.

Um zu der Gesellschaft zu gelangen, in der alle im Revolutionsprozeß eingegliedert sind, mußte Fidel — und er muß es noch heute bis zu einem gewissen Grad — mit jenen unduldsam verfahren, die nicht mit seinen Ansichten übereinstimmen. Die Vehemenz seiner Angriffe gegen die „Faschisten" beweist es. Das bezeugt auch die Vertreibung von Männern aus staatlichen Posten, die öffentlich ihren christlichen Glauben ausübten (Katholiken und andere). Wie vertragen sich die vielen ehrlichen Äußerungen Fidels zugunsten der Freiheit, der Menschenwürde, des Respekts vor allen Religionen mit gewissen Maßnahmen, die man ergriff und zum Teil noch ergreift in dem Kuba, das er anführt? Darf ein Regierungschef einem ganzen Volk nicht nur einen Lebensstil, sondern auch eine Ideologie aufzwingen, und sei es auch für ein zutiefst anerkennenswertes Ideal?

Castro wollte die kubanischen Massen befreien, die dem Elend ausgeliefert und zugleich verzaubert waren durch die Lockbilder „Made in USA" der Konsumgesellschaft; er wollte seinem Volk dessen Eigenwert bewußt machen, indem er es aufrief, sich aktiv in den Aufbau eines brüderlichen Vaterlandes einzugliedern. Von daher erscheint es uns als absolut legitim, alle Staatsbürger zur engsten Mitarbeit aufzurufen, sie mit allen Mitteln zu überzeugen und sogar zu verlangen, daß sie diesen Aufbau nicht stören. Aber das Problem liegt in der Art und Weise, dies zu erreichen. Wenn auf das Gewissen ein allseitiger Druck ausgeübt wird mit den Mitteln, über die ein Staat mit fast unbeschränkter Macht verfügt; wenn man einen unerträglichen Milieuzwang ausübt; wenn man Beschäftigung und Existenzgrundlagen entzieht; wenn man Menschen in Zwangsarbeitslager steckt; wenn man, wie es am Anfang geschah, Todesurteile ohre richterliches Urteil vollstreckt: in all diesen Fällen müssen wir energisch solchen Machtmißbrauch zurückweisen. Dasselbe gilt, wenn man versucht, gewaltsam eine bedingungslose Hingabe an eine Ideologie, ganz gleichgültig welche, aufzuzwingen.

Fidel selbst gab Irrtümer in den ersten Jahren seiner Regierung zu, und das ist ein weiterer, höchst überzeugender Beweis seiner Aufrichtigkeit und Authentizität. In dem Maße, in dem er diese Irrtümer bekennt und ausmerzt, ist auch unsere Freude aufrichtig. Und wir hoffen, daß die Priester nicht die einzigen sind, die er mit Achtung behandelt. Offensichtlich wandeln sich Mentalität und Vorgehen der untergeordneten Funktionäre langsamer, als es die Gründer und Führer der Revolution möchten. Aber diese Humanisierung ist ein Ziel, das mit absoluter Priorität angestrebt werden muß. Die hier ausgesprochenen Worte von Fidel selbst geben uns die feste Hoffnung, daß in diesem Sinn Fortschritte erzielt werden.

Erinnern wir uns aber auch, daß ein Gutteil jener, die Kuba verließen und von außen ihre Regierung schmähten, das nicht nur aus Gründen des Gewissens taten, sondern eindeutig aus Gründen des Lebensstandards. Gerade ihre Eigensucht trieb sie ins „Land der Verheißung" aller modernen Bequemlichkeiten, aus dem sie diese früher bezogen.

Die „freien Menschen" der großen kapitalistischen Länder sind nur zum Schein frei; in Wirklichkeit haben sie ihre tiefste Freiheit um ein Linsengericht verkauft. Was sie denken, sagen, fühlen und anstreben, ist ihnen von außen aufgezwungen. Sie sind „eindimensionale" Menschen, unfähig zu wahrhaft schöpferischer Arbeit und zur Vereinigung mit anderen in echter Liebe. Das Schöpferische wirken andere, die Supertechniker, die großen Konzerne im Verein mit den Universitäten. Die große Masse führt nur mechanisch aus. Sie sind keine Menschen, sondern menschliche Roboter. Ist das ein Ideal? Welche Gesellschaft ist dem Christentum näher?

Übersetzt von Josef Pernerstorfer

A U F R U F

SOLIDARITÄT MIT DEN VÖLKERN INDOCHINAS IN DIESER ENTSCHEIDENDEN ETAPPE IHRES KAMPFES FÜR FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT!

Der Kampf der Völker von Laos, Kambodscha und Vietnam ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Angesichts der verzweifelten Situation des US-Imperialismus, der von Niederlage zu Niederlage getrieben wird, ist der Sieg der Völker Indochinas so nahe wie noch nie. Nur noch der totale technologische Krieg, nur noch die totale Vernichtung der Menschen und des Landes kann die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina aufhalten.

Die internationale Solidarität mit dem vietnamesischen und den anderen Völkern Indochinas muß den US-Imperialismus so weit isolieren, daß er aus Furcht vor einer Verschärfung der nationalen und internationalen Widersprüche vor der Ausführung seiner verbrecherischen Pläne zurückschreckt. Die Friedenssehnsucht des amerikanischen Volkes macht die US-Imperialisten gerade in Zeiten des Präsidentschaftswahlkampfes gegenüber der Aufdeckung ihrer Verbrechen und Absichten verwundbar.

In den USA und überall in der Welt finden deshalb in den kommenden Wochen umfangreiche Solidaritätskampagnen für den Sieg der Völker Indochinas statt. Ein Vertreter des vietnamesischen Volkes hat gegenüber westdeutschen Genossen in Paris erklärt:

> "Wir bitten euch eine ausdauernde, konsequente Kampagne unter Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Unterstützung Vietnams durchzuführen, indem ihr versucht, die größtmögliche Zahl von Menschen in eurem Land zu mobilisieren und uns die größtmögliche Unterstützung auf moralischer, geistiger, politischer und materieller Ebene zukommen zu lassen."

Die unterzeichnenden Organisationen werden in den kommenden Wochen ihre Anstrengungen zur Unterstützung des Kampfes der Völker Indochinas verstärken und eine Solidaritätskampagne einleiten, die am Samstag, den 4. November, wenige Tage vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, in Demonstrationen in verschiedenen westdeutschen Städten gipfelt. Sie fordern alle Demokraten und Kommunisten und ihre Organisationen in Westdeutschland auf, diese Initiative zu unterstützen, in möglichst vielen Städten eine breite Vietnam-Kampagne einzuleiten und die Durchführung von machtvollen Demonstrationen am 4. November überall in Westdeutschland vorzubereiten.

FÜR DEN GERECHTEN KAMPF DER VÖLKER INDOCHINAS! SIEG IM VOLKSKRIEG!

Mit der seit März dieses Jahres andauernden Offensive ist es den Befreiungsstreitkräften gelungen, die Söldnerarmeen der Marionettenregimes weitgehend zu zerschlagen. Damit ist die Vietnamisierungsstrategie Nixons gescheitert. Schon in den ersten Wochen der Offensive gingen über 100 000 Soldaten aus Thieus Söldnerarmee auf die Seite des Volkes über. Über 2 Millionen Menschen, weite Landstriche, zahlreiche Städte und Dörfer Vietnams wurden in diesen Monaten befreit. Selbst in ihren Luftwaffenstützpunkten und der Hauptstadt Saigon sind die Aggressoren nicht mehr sicher.

Auch der Versuch, durch die verbrecherische Ausweitung des Krieges auf Laos und Kambodscha ihre Herrschaft doch noch zu behaupten, ist auf die Imperialisten selbst zurückgeschlagen. Der größte Teil von Laos ist befreit. Die in den letzten Tagen angelaufene jährliche Operation der laotischen Söldnerarmee zur Rückeroberung der Ebene der Tonkrüge wurde in diesem Jahr schon im Ansatz gestoppt. Von Kambodscha sind gleichfalls 4/5 des Landes befreit. Die Hauptstadt ist isoliert und von der Versorgung abgeschnitten. Die großen Siege der Befreiungsarmee schaffen die Voraussetzungen für den Sturmangriff auf die Hauptstadt selbst.

Um die totale Niederlage zu verhindern, verschärft der US-Imperialismus seinen barbarischen Bombenkrieg gegen die ganze Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen. Sogar vor dem Einsatz international geächteter biologischer Waffen, Viren und Raupeneiern zur Erntevernichtung, schreckt er nicht zurück. Pausenlos werden Fabriken, Wohngebiete, Schulen, Krankenhäuser, die Transportwege, das Kulturland und die lebenswichtigen Deichsysteme im Delta des Roten Flusses

bombardiert. Durch das Versprühen von Silberjodidkristallen werden die Regenfälle intensiviert und um Monate verlängert, das Regenwasser vergiftet, daß es sogar Metall angreift. Damit verfolgen die US-Imperialisten das Ziel, durch heimtückisch geschaffene "Naturkatastrophen" Überschwemmungen und Hungersnöte auszulösen und dadurch Millionen von Menschen zu terrorisieren und umzubringen, um sie vom Widerstand gegen die imperialistische Herrschaft abzuhalten.

Der Sieg ist militärisch allein nicht zu erringen. Es ist notwendig, dem US-Imperialismus auch politisch in den Volksmassen und diplomatisch auf internationaler Ebene zu isolieren.
"Die drei Formen des Kampfes sind nicht voneinander zu trennen. Die Diplomatie allein kann das Problem nicht lösen, aber durch die Kombination der drei Formen zusammen gelingt es, den Feind zu schlagen."
"Indem ihr uns in der BRD unterstützt, beteiligt ihr euch an unserem Kampf an der dritten, der internationalen Front". (Erklärung eines Sprechers der PRR in Paris)

Das vietnamesische Volk hat das Ziel seines antiimperialistischen Kampfes, Freiheit und Unabhängigkeit in einem 7-Punkte-Programm formuliert. Die wichtigsten Punkte sind: Bedingungslose Aufgabe der Vietnamisierungsstrategie, Abzug aller US-Truppen und Einstellung aller Angriffshandlungen, Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zur Vorbereitung von wirklich freien und demokratischen Wahlen.

Nur durch siegreichen Vormarsch im Volkskrieg und die Solidarität der Völker der Welt kann dieses Ziel erkämpft werden.
Die Forderungen zur Durchsetzung des 7-Punkte-Programmes müssen im Mittelpunkt der Solidaritätskampagnen mit dem Kampf der indonesischen Völker stehen. Gleichzeitig müssen die westdeutschen Antiimperialisten ihren Kampf gegen den BRD-Imperialismus richten. Die BRD finanziert über ihre Devisenausgleichszahlungen und Rüstungskäufe nicht nur die imperialistische Aggression in Indochina, sie unterstützt auch direkt das Thieu-Regime. Darüber hinaus gibt sie ihm die Möglichkeit, in der BRD die südvietnamesischen Studenten zu verfolgen. Den Vertretern der Provisorischen Revolutionären Regierung verweigert sie die Errichtung eines Informationsbüros in die BRD. Die westdeutsche Kapitalistenklasse ist ein treuer Gehilfe des US-Imperialismus in seiner Aggression gegen das vietnamesische Volk.

Sofortige Einstellung aller Angriffshandlungen gegen die Völker Indochinas - Schluß mit dem Bombenterror!

Amis raus aus Vietnam, Laos und Kambodscha!

Weg mit den Marionettenregimes!

Für den gerechten Kampf der Völker Indochinas - Sieg im Volkskrieg!

Schluß mit der Unterstützung der imperialistischen Verbrechen in Indochina durch den BRD-Imperialismus!

Freie Einreise für alle Vertreter des kämpfenden vietnamesischen Volkes!

Zulassung eines Informationsbüros der provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnam in der BRD!

Schluß mit der Verfolgung fortschrittlicher vietnamesischer Studenten in der Bundesrepublik!

BKA Freiburg, KB Bremen, KB Göttingen, KG (NRF) Mannheim-Heidelberg, KB Osnabrück, KB Wolfsburg

Die Aktion Dritte Welt Freiburg schließt sich diesem Aufruf an und fordert alle entwicklungspolitischen Gruppen auf, an den Vorbereitungskomitees und den Demonstrationen am 4. November teilzunehmen.

Buchbericht:

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Übersetzung von "Industrialization, Foreign capital and forced labour in South Africa", herausgegeben von Unit on Apartheid, Department of Political and Security Council Affairs, Vereinte Nationen; Verfasser: Sean Gervasi

Herausgeber der deutschen Übersetzung: Sozialistisches Büro, Offenbach, Aktion Dritte Welt, Freiburg

Die Absicht der deutschen Herausgeber wird im Vorwort so formuliert: "Wir setzen gegen die These vom Ende des Zeitalters des Kolonialismus die Behauptung von der Fortdauer der Abhängigkeit vieler afrikanischer Völker von den kapitalistischen Industriestaaten. Zwar haben viele dieser Völker den Status einer Kolonie aufgeben können - ein Fortschritt, den wir nicht leugnen. Die alte Abhängigkeit ist jedoch in subtilerer Form neu etabliert worden, eine Abhängigkeit, die trotz aller vorgeblichen Entwicklungshilfe dazu dient, die alte Ungleichheit zum ökonomischen Nutzen der Industriestaaten beizubehalten." (S. 3) Die Studie von Sean Gervasi, einem Wirtschaftswissenschaftler am "Inst. of Commonwealth-Studies" der Oxford-Universität, belegt diese Meinung an Hand von zahlreichen Einzelheiten und Statistiken; und zwar gibt der Verfasser nicht nur ein Bild der augenblicklichen ökonomischen Lage der Republik in Südafrika, sondern er benutzt Quellen der letzten 20 Jahre, um die Entwicklung aufzuzeigen und die Zusammenhänge deutlich zu machen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es ihm dann auch, die Zukunft realistisch einzuschätzen.

Im folgenden soll nur eine grobe Übersicht über die 5 Kapitel dieses Buches gegeben werden. Dabei ist es natürlich nicht möglich, alle Einzelheiten, die Gervasi herausarbeitet, zu berücksichtigen.

Kapitel 1: Industrialisierung und Armut

Die gegenwärtige Lage in Südafrika ist dadurch gekennzeichnet, daß wenige reiche Weiße ihre Herrschaft und Privilegien gegenüber der afrikanischen Bevölkerung erhalten wollen.
Noch vor 50 Jahren war Südafrika ein von England abhängiges, zurückgebliebenes Land. Der Staat förderte nach der politischen Unabhängigkeit Industrialisierung, um diese direkte Abhängigkeit zu verringern. Dies Ziel wurde auch erreicht, aber es traten negative Folgeerscheinungen auf:

a) Da im Zuge der Industrialisierung die Importe schneller als die Exporte stiegen, wurde Südafrika (erneut) von den Industriestaaten abhängig.

b) Aufgrund der Armut des Großteils der Bevölkerung sind die Absatzmöglichkeiten im Inland sehr gering. Ein stetiges Wirtschaftswachstum ist (bei Aufrechterhaltung der Apartheid) nur durch Expansion möglich.

Gervasi zieht das Fazit: "Das besondere Dilemma der weißen Südafrikaner ist einfach dies: Die Weltopposition gegen die Politik der weißen Vorherrschaft zwingt die Regierung und ihre Unterstützer, sich auf ihren eigenen Bereich zurückzuziehen. Gleichzeitig zwingt jedoch der wirtschaftliche Druck, durch die Widersprüche der Apartheid-Politik hervorgerufen, das Land, seine Waren- und Kapitalexporte auszuweiten." (S.16)

Kapitel 2: Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika

Die Apartheid dient dazu, ein ständiges Reservoir von billigen Arbeitskräften zu erhalten: "Die Regierung ist nicht wirklich daran interessiert, die 'Rassen zu trennen'. Sie ist an der Aufrechterhaltung eines billigen Arbeitsvorrates interessiert, und in gewisser Weise gezwungen, dieses Ziel zu erreichen." (S. 39) Dementsprechend war Apartheid vor Beginn der Industrialisierung, als nur relativ wenig Arbeitskräfte gebraucht wurden, nur ein lockeres Bündel von Gesetzen und Vorschriften. Aufgrund der Industrialisierung stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften, und Millionen Schwarze zogen in die Städte. Um diese Veränderungen in den Griff zu bekommen, mußte das Apartheitsystem parallel zur Wirtschaftsentwicklung weiterentwickelt werden:

1) Den Afrikanern wurden Reservate zugeteilt. Nur dort dürfen sie sich ständig aufhalten. Aber die Lebensbedingungen dort sind so schlecht,

daß die meisten gezwungen sind, in "weiße Gebiete" auszuwandern.

2) Die in den "weißen Gebieten" lebenden Afrikaner besitzen fast keine Rechte. Vier Bereiche sind dabei besonders wichtig:

   a) Nur die Afrikaner, die in der Wirtschaft benötigt werden, dürfen in "weißen Gebieten" bleiben. Wer keine Arbeit nachweisen kann, dem bleibt nur die Wahl zwischen Reservat, Gefängnis und Arbeitslager. Die Kontrollen sind streng, die Strafen nicht minder.

   b) Streik und die Mitgliedschaft in Gewerkschaften sind für Afrikaner Kriminaldelikte.

   c) Afrikaner haben praktisch keinen Zugang zu Bildung und Ausbildung.

   d) Afrikaner verdienen nur 1/15 bis 1/6 von dem Lohn, den Weiße erhalten.

Dies alles führt Gervasi zu dem Schluß: "Apartheid ist ein System, mit dessen Hilfe die weiße Gesellschaft die große Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert. Und dieses System von Kontrollen ist brutal und totalitär." (S. 47)

Kapitel 3:
Südafrikas Außenhandel

Die im ersten Kapitel nur angedeutete Abhängigkeit Südafrikas vom Handel mit den kapitalistischen Industrieländern wird in diesem Abschnitt systematisch untersucht. Gervasi kommt zu folgender Schlußfolgerung: Für Südafrika ist der Handel mit den Industriestaaten (wie GB, USA, BRD, Japan) lebensnotwendig; dagegen hat Südafrika in den Handelsbeziehungen der "Partnerländer" nur geringe Bedeutung. Da die Handelsbilanz ständig negativ ist, wachsen die Schulden Südafrikas und damit auch seine Abhängigkeit von den Industriestaaten. Zitat: "Die meisten seiner Haupthandelspartner erlauben Südafrika, die durch sein Handelsdefizit bisweilen entstandenen Schulden anwachsen zu lassen. Südafrika würde daher für einen wirtschaftlichen Druck von anderen Ländern außerordentlich verletzbar scheinen." (S. 59)

Kapitel 4:
Auslandsinvestitionen in Südafrika

Die beiden wichtigsten Investoren in Südafrika sind GB und die USA. Erst in den letzten Jahren begannen auch die übrigen Industriestaaten hier verstärkt zu investieren. Der Grund für die ständig wachsenden Investitionen: Wegen der billigen schwarzen Arbeitskraft und der schon fortgeschrittenen Industrialisierung liegen die Profite erheblich über denen, die in anderen Ländern erzielt werden. So kommt es, daß heute 22 % der südafrikanischen Industriekapazitäten von ausländischen Interessen kontrolliert werden.

Im einzelnen zeigt Gervasi dann, warum sowohl GB als auch die USA an der Erhaltung des jetzigen Status von Südafrika interessiert sind. Großbritannien braucht die Profite aus Südafrika, um seine Zahlungsbilanz ausgleichen zu können. Für die USA spielen die Investitionen dagegen nur eine geringe wirtschaftliche Rolle (1,1 % der gesamten Auslandsinvestitionen der USA). Da die Republik Südafrika eine Schlüsselstellung bei der Erschließung des südlichen Afrikas hat, sollen die Investitionen den Vereinigten Staaten hierbei Einflußmöglichkeiten sichern.

Kapitel 5:
Das Auftauchen eines südafrikanischen Blocks

Zur Überwindung des in Kap. 1 angesprochenen "Dilemmas" versucht Südafrika eine neue Strategie: Unter dem Namen "Zusammenarbeit für Entwicklung" versucht es, die Handelsbeziehungen mit den anderen südafrikanischen Ländern auszuweiten, um damit neue Absatzmärkte zu erschließen und seine Einflußzone zu vergrößern. Angola, Mozambique, Namibia, Botswana, Lesotho und Swaziland sind schon heute von Südafrika wirtschaftlich abhängig.

Als Prognose für die Zukunft meint Gervasi: "Unvermeidlich wird es in Südafrika zu einem bewaffneten Konflikt kommen." (S. 113) Wann diese Auseinandersetzung stattfindet, hängt im wesentlichen davon ab, ob es Sambia gelingt, sich dem Einfluß Südafrikas zu entziehen. "Wenn es Sambia gelingen sollte, eine nördliche Allianz zusammenzubringen, wird die Linie am Sambesi gezogen. In diesem Fall wird Südafrika durch seine gegenwärtigen Bemühungen wenig Zeit gewinnen." (S. 103/104)

Bei dieser Inhaltsangabe konnte verständlicherweise nicht auf das zahlreiche statistische Material eingegangen werden, das den einzelnen Kapiteln angefügt ist. Dazu nur ein Beispiel: Der Anhang zum Kapitel 4 (Privatinvestitionen) umfaßt allein 18 Seiten. Außerdem

ist von den deutschen Herausgebern eine Liste der wichtigsten westdeutschen Firmen, die in Südafrika investieren, angefügt.

Mißt man dies Buch an dem Anspruch, den der Autor im Vorwort angibt, nämlich "eine vorläufige Studie über die allgemeine ökonomische und politische Situation im südlichen Afrika zu geben", so läßt sich sagen:
Die ökonomische Situation wird gut herausgearbeitet. Bei der politischen dagegen werden einige Aspekte vernachlässigt. So werden z.B. die südafrikanischen Gewerkschaften und die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien nur je einmal erwähnt, aber ihre Bedeutung und ihr Einfluß wird nirgends untersucht.

Dem Titel wird dieses Buch jedoch gerecht: Die Zusammenhänge zwischen (kapitalistischer) Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika werden durch die Lektüre dieses Buches deutlich.

ww

zu bestellen bei: iz3w
Einzelpreis DM 4 ,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 10 % Rabatt; jeweils zuzüglich Versandkosten.

Spendenkonto
"Technische Hilfe"
Zur Unterstützung der Arbeit der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika
Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg
Nr. 1.022.623.301

